

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. (bei 100 Pf. Ausgabe Nummer 5 Pf.). Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stillegedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Clémenceau im Lager der Reaktion

Paris, 12. März. (Fig. Ver.)

Die Haltung der Regierung während des Elektrikerstreiks hat wieder einmal den Abgrund erkennen lassen, der die Bourgeoisie — mag sie sich auch noch so radikal und volksfreundlich geben — vom Proletariat trennt. Das radikale Ministerium Clémenceau, dem zwei sogenannte Sozialisten den modernsten Aufputz verleihen, hat sich nicht um Haarsbreite von dem Wege entfernt, den die schädigsten reaktionären Regierungen in solchen Situationen einschlagen: Schändliche Versammlungsbefehle, Polizeiaufmärsche, Drohungen und als Krönung des Ganzen der Mißbrauch der Armee zum Streikbrecherdienste — das war die sozialpolitische Weisheit, mit der Clémenceau die Forderungen des Tages zu erfüllen suchte. Auch nach der siegreichen Beendigung des Ausstandes durften die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse es nicht unterlassen, eine so gesinnte Regierung vor dem Lande zur Verantwortung zu ziehen und den Zusammenhang der bürgerlichen Regierungsprinzipien mit den materiellen Interessen der Kapitalistenklasse bloßzulegen. Das hat Jaurès gestern in einer Rede von schlagender Logik getan.

Der Angriff richtete sich vor allem gegen die kundgegebene Absicht der Regierung, die Gendarmen zur Arbeit in den Elektrizitätswerken zu kommandieren. „Die Beleuchtungsindustrie“, so sagte der Redner, „ist jetzt kein kommunaler Dienst. Sie wird an einen privaten Bewerber vergeben und ist einer öffentlichen Industrie nur durch ihre Ausdehnung gleichzustellen. Wenn man aber um dieser willen das Streikrecht aufheben will, dann gibt es überhaupt kein Streikrecht mehr. Was würde man bei den Gas- und Wasserwerken, den Straßenbahnen, den Transportindustrien machen? Und wollen Sie die Proterzeugung auch in einen öffentlichen Dienst verwandeln? Die antike Welt hatte solche Fälle vorgeesehen. Sie ließ das Brot von Sklaven herstellen. Wollen Sie neue Sklaven schaffen? Und was vom Brot gilt, gilt auch für die Kohlen, gilt für die Eisenbahnen. Auch wenn die Arbeiter dieser Industrien streiken, wäre das Leben der Nation unterbrochen. Wollen Sie die Soldaten auf die Lokomotiven steigen lassen? Auf diese Art kommen Sie zu der Theorie, daß die Menschen um so mehr unterjocht werden sollen, je notwendiger sie sind! Wenn Sie aber den Arbeitern sagen: „Ihr habt nicht das Recht, eure Arbeit einzustellen, da eure Weigerung die soziale Maschine in Unordnung bringen würde“, so dürfen jene erwidern: „Wenn die Produktion ein sozialer Dienst ist, so machen Sie aus ihr doch eine soziale Angelegenheit! Die Arbeit ist für Sie eine Privatsache, solange es Profite einzufahren gibt, eine öffentliche Sache, sobald die Pflicht des Arbeiters in Betracht kommt.“ — Aus diesem Widerspruch kommen Sie nicht heraus. Das Problem wird auch nicht gelöst, wenn Sie ans Militär appellieren. Uebrigens hätte dies Mittel diesmal nichts genützt. Wenn die Arbeiter, die — wie ich besonders betonen will — nicht ... Drohung gewichtig sind, auf diese Art erseht worden wären, glauben Sie, daß ihre Vorgesetzten das neue, zum angewiesenen Dienst untaugliche Personal akzeptiert hätten? Und glauben Sie, daß die Soldaten selbst nicht mit der Macht der Untätigkeit erwidert hätten? Glauben Sie, daß sich diese Soldaten, die Brüder der Streikenden und durch die Disziplin berufen, nicht als Soldaten, sondern als Arbeiter die Mäse anzuziehen und die Werkzeuge ihres sonderlichen Berufes zu handhaben, gezwungen fühlen würden, allen Ihren Launen zu folgen? Mit welchem Recht, im Namen welches Artikels Ihrer Gesetze appellieren Sie an die Soldaten, um ausständige Arbeiter zu ersetzen? Dies ist es, was ich Sie frage. Bestern war es nur das Licht, morgen können es andere Dinge von allgemeiner Nützlichkeit sein, um die es sich handelt. Aber die Arbeiter haben das Recht, die Macht von Mirabeaus Wort zu beweisen: „Dieses Volk brauchte nur unbeweglich zu sein, um fürchtbar zu werden.“ Ja, dieses Proletariat hat das Recht, den Generalkrieg zu machen, der für seine Leben und Räte gefühllosen Gesellschaft zu zeigen, daß es selbst nur stehen zu bleiben braucht, um alles zum Stehen zu bringen. Der gestrige Streik hat alle Gewohnheiten in Erschütterung gebracht, Vergnügungen gestört, auch Interessen geschädigt, ja — ich gebe es zu — Bürgern aller Klassen Nachteile zugefügt. Aber haben Sie dem Lande gesagt, daß sich die Gerechtigkeit durch die Freiheit ohne Schwierigkeit und ohne Schmerzen durchsetzen wird? Lassen Sie sich nicht von der Bourgeoisie in Paniken hineinziehen! Sie können nicht mehr den Konservativen dienen. Sichern Sie dem Proletariat den Gebrauch seiner Rechte! Sonst werden Sie selbst zwischen den kämpfenden Parteien verschwinden!“

Clémenceaus Erwiderung war nur darum merkwürdig, weil sie den jämmerlichen Zusammenbruch des von diesem Politiker am radikalsten vertretenen Liberalismus offenbarte. Clémenceau hat ebendam als Oppositionsmann und als Schriftsteller einen den Anarchismus hart streifenden Individualismus bekämpft. Zur Regierung gelangt, ruft er das Ordnungs- und Autoritätsprinzip an — wie ein Staatsmann der heiligen Allianz. Während des Bergarbeiterstreiks mochte noch die angebliche Bedrohung der Streikbrecher für

die Beugung der Koalitionsfreiheit einen Vorwand geben. Aber diesmal gab es keine Streikbrecher, und niemand war von den Arbeitern bedroht. Die Intervention des Militärs soll nun nach Clémenceau durch das „Lebensrecht der Gesellschaft“ gerechtfertigt sein, und er wies auf die Gefahr hin, daß Uebelthäter die Dunkelheit zu Verbrechen benutzen könnten, schwieg aber davon, daß die Unterdrückung des Streiks dem Kapital zugute gekommen wäre. „Wir wollen nicht die Arbeiter zu Tyrannen! Wir wollen das Gute, das die heutige Gesellschaft hat, gegen Sie verteidigen und das Bessere vorbereiten.“ — Dann zog der Redner die sentimentale Seite auf: er jammerte über die Armensteuer, die durch Schließung der Theater in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Und weiter führte er aus: Hinter dem kapitalistischen Regime, das er immer angegriffen habe und angreifen werde, wenn man ihm Zeit lasse, gebe es die Gesellschaft, die bestehende Gesellschaft, die leben wolle.

Zum Schluß verurteilte Clémenceau noch, den Syndikalismus gegen die sozialistische politische Partei auszuspielen und die Sozialisten sogar der Allianz mit der Rechten zu verdächtigen! Nicht vergessen werden darf seine Erklärung, daß die Verwendung der Gendarmen zum Streikbruch von seinen Kollegen einstimmig gebilligt worden sei! Also auch die „Sozialisten“ Viviani und Briand haben für die Intervention des Militärs zugunsten des Kapitals gestimmt!

Jaurès replizierte mit außerordentlicher Schärfe: „Haben Sie, der Mann der Revolution, der Mann des revolutionären Bloks vergessen, daß es schon viel größere Schwierigkeiten gegeben hat? In der Krise nach dem Sturz der Girondinen sagte Baudot in Castres: „Wenn die Unternehmer kein Brot liefern oder ihren Arbeitern keinen gerechten Lohn zahlen wollen, so muß die Gemeinde das Brot erzeugen, und wenn die Bebereiber den Betrieb einstellen oder den Arbeitern den Lohn verweigern, so muß die Nation, müssen die Gemeinden die Kleider herstellen.“ Clémenceau ruft: „Wir befolgen das gleiche Prinzip!“ Jawohl, Sie haben die Elektrizität vergesellschaftet, indem Sie sie militarisieren! Und Sie haben sie nur für die kurze Minute nationalisiert, wo diese Nationalisation den Interessen der Arbeiter entgegensteht. Aber morgen, wenn die Arbeitgeber eine Forderung erheben, werden Sie den soldatischen Elektrikern sagen: Verlasst die Werkstätten, Ihr könnt die Arbeiter, aber nicht die Unternehmer ersetzen! — Ihre Versuche, gewisse Ausführungen von Anhängern der direkten Aktion gegen uns ins Treffen zu führen, lassen uns unberührt. Wir können verkannt und verleumdet werden, wir können ganz verschwinden. Aber wir haben keinen anderen Ehrgeiz, als daß unser Werk sich bestellige.“

Die Replik Jaurès hat die moralische Niederlage der Regierung vollendet. Sogar auf der radikalsten Linken riefen die Angriffe auf Clémenceau laute Zustimmung hervor. Das Abstimmungsergebnis war indes nicht zweifelhaft. Dem von Jaurès eingebrachten Labellvotum wurde die Priorität mit 418 gegen 86 Stimmen verweigert, und die von der Regierung akzeptierte Tagesordnung, welche die Regierungserklärungen billigte, wurde mit 378 gegen 68 Stimmen angenommen. Von den „unabhängigen Sozialisten“ stimmten 19 für die Priorität der Jaurès'schen Tagesordnung. Zwei enthielten sich der Abstimmung. Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum enthielten sie sich zumeist.

Für den Eindruck von Clémenceaus Rede ist das Urteil der reaktionären Presse am bezeichnendsten. Der „Gaulois“ sagt: „Die Geschlagenen von gestern sind die Radikalen, die den Bankrott ihrer Partei erklärt haben, indem sie gegen das Streikrecht stimmten.“ Das „Echo de Paris“: „Clémenceau möchte seine Karriere als zweiter Gallifet euden.“ Die „Patrie“: „Herr Clémenceau hat gestern eine Sprache geführt, die bei den energischsten Ministern der „eisernen Faust“ Billigung gefunden hätte. Die seine Vorgänger hat er erklärt, die Gesellschaft zu verteidigen“ und „der Ordnung Respekt zu verschaffen“.

Diese höhnischen Urteile sind darum nicht weniger treffend, weil ihre Urheber Stimmung für die auch des republikanischen Scheins entkleidete Reaktion machen wollen. Denn Georges Clémenceau ist der gefährlichste Konkurrent der antirepublikanischen Staatsstreicher geworden. Er beweist nämlich, daß auch die radikal getriebene Republik ganz gut die Geschäfte des Ausbeutertums besorgen kann.

Die russische Revolution.

Die parlamentarische Situation.

Petersburg, 13. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zwischen Sozialdemokraten und Kadetten ist eine Verständigung angebahnt. Man erwartet, daß es in einer heute bei dem Fürsten Dolgoroufow stattfindenden Versammlung den Kadetten gelingen wird, die Sozialdemokraten zu bewegen, daß sie in der Duma nach Verlesung der ministeriellen Erklärung für ein faches, nicht motiviertes Uebergang zur Tagesordnung ohne Mißtrauensvotum stimmen. — Da Präsident Golowin erklärt hat, daß er vor der ministeriellen Erklärung keinem Abgeordneten das Wort erteilen werde, haben die Sozialdemokraten von einer Erklärung in bezug auf die Amnestie Abstand genommen und beschloffen, diese Frage in der Debatte zur Sprache zu bringen, die sich etwa an die ministerielle Erklärung anschließen sollte. Besonders scharf verurteilen bauerliche Abgeordnete die Absicht der Bolschewisten und Sozialdemo-

kraten, an der Regierungserklärung scharfe Kritik zu üben. Falls beide Parteien ihre Absicht nicht aufgeben, wollen die Bauern ohne Unterschied der politischen Richtung öffentlich erklären, daß die der Intelligenz angehörigen Mitglieder beider Parteien gegen den Willen der Bauern handeln.

Die Reaktion rüstet.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:
 Helsingfors, 13. März. Wie ich soeben erfahre, geht man mit dem Plane um, nach Auflösung der Duma sofort auch gegen Finnland einen reaktionären Vorstoß zu machen: der Generalgouverneur Gerard soll abgesetzt werden, und Großfürst Nikolai Nikolajewitsch soll das militärische Oberkommando über Finnland erhalten, wohin bereits neue Truppen unterwegs sind!

Die politische Stimmung im Kosakentum.

Die Wahlen zur zweiten Reichsduma zeigen, daß die politische Stimmung im Kosakentum den Hoffnungen der Bureaucratie nicht im engersten Grade entspricht. In sechs Bezirken und Gouvernements mit vorwiegend kosakischer Bevölkerung ist nur ein Rechter gewählt, die anderen 34 Deputierten reichen nach rechts nicht über die Kadetten hinaus. Elf von ihnen gehören zu den Kadetten, 6 sind Fortschrittler, 2 Kadowski (Arbeitsgruppe), 8 Linke (darunter 2 extreme Linke, 1 Bolschewist, 2 Sozialdemokraten, 2 Sozialrevolutionäre), einer ist partellos. Diese Zahlen reden eine sehr beredete Sprache. Die konstitutionellen Ideen im Kosakentum haben die Oberhand gewonnen, es hat den wahren Sinn der Rolle begriffen, die ihm von der Bureaucratie im Gange des inneren Lebens des russischen Reiches aufgezungen wurde. Also haben auch alle die kleinen Mittel nicht genügt, mit denen die Regierung die Kosaken in der letzten Zeit zu fesseln suchte, wie z. B. die erhöhten Geldunterstützungen an die im Heeresdienst befindlichen Kosaken und die reichlichen Geldgeschenke an die Regimenter, die den Polizeidienst versehen. Die alte Freiheitsliebe der Kosaken ist erwacht. Die Ereignisse der letzten Jahre haben ihnen die Augen geöffnet und ihrer Freiheitsliebe revolutionären Charakter verliehen.

Ein Werk der Polizei?

Die Petersburger Telegraphen-Agentur hat auch die west-europäische Presse von der aufsehenerregenden Durchsuchung des Petersburger Polytechnikums benachrichtigt, bei der einige Explosivgeschosse und Gewehre aufgefunden und gegen die Polizisten eine Bombe geworfen wurde, die aber nicht explodierte. Viele Umstände geben Anlaß zu der Annahme, daß hier wieder einmal mit einem Werk der Polizei zu tun haben. So hat sich z. B. herausgestellt, daß in dem Zimmer, in welchem die drei Gewehre gefunden wurden, kurz vorher einer von den Professoren gewesen war, ohne von den Gewehrern das geringste bemerkt zu haben. Die Bodenlampe, in der die Bomben gefunden wurden, wird alle Tage von der Feuerwehrtwache des Polytechnikums sorgfältig revidiert. Der Rat der Studentenältesten hatte daher eine Untersuchung angeordnet, um diese Angelegenheit aufzuklären. Jetzt teilt die Zeitung „Kowaja Gilyb“ folgendes mit: „In der Sitzung des Rats der Studentenältesten am 8. März wurde aus dem gesammelten Material festgestellt, daß alle Bomben und Gewehre in denjenigen Zimmern gefunden wurden, deren Bewohner gerade abwesend waren, nur in einem Zimmer, wo man drei Bombenhüllen fand und aus dem eine vierte Bombenhülle herausgeworfen wurde, befand sich ein unbekannter Mann, der sich Nikolais aus Usa nannte und erklärte, daß er hier bereits mehr als zwei Wochen wohne. Jetzt ist der Rat der Studentenältesten im Besitz von gewichtigen Anhaltspunkten dafür, daß der Unbekannte kein Arbeiter, sondern ein Agent der Spionageabteilung sei. Der Rat hat beschloffen, eine besondere Kommission aus Studenten und Professoren zu bilden, welche das Material systematisieren soll. Wahrscheinlich wird auch in den nächsten Tagen eine Interpellation in der Reichsduma erfolgen.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. März 1907.

Block-Sprünge.

Zur ersten und zweiten Beratung des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnverkehr ergriff Genosse Stolle das Wort, um zu monieren, daß in der 1906 in Bern abgehaltenen Konferenz die Vertreter der deutschen Regierung gegen einen von Oesterreich-Ungarn gestellten Antrag auf Erleichterung des Verkehrs durch Schaffung eines Konnossements, ähnlich wie beim Schiffsverkehr, gestimmt und damit dem deutschen Handel und Verkehr einen schlechten Dienst erwiesen haben. Auch den preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg streifte der Redner. Darauf wußte der Präsident des Reichseisenbahnamtes, der einige Details über die Konferenz mitgeteilt hatte, nichts zu entgegenen.

Die Weiterberatung der Interpellation über die Strafprozessordnung zog noch eine Reihe von Rednern auf die Tribüne, von denen die meisten, wie Müller-Reiningen, Dobe usw., Wünsche bezüglich der Verfassung, der Zahlung von Diäten an Schöffen und Geschworene und der Frage der Auswahl der Schöffen und Geschworenen an den Staatssekretär des Reichsjustizamts stellten.

Ein heikleres Intermezzo rief ein Schlußantrag hervor, der bei der Abstimmung keine feststellbare Mehrheit erhielt, so daß zum ersten Male im neuen Reichstag der „Sammlersprung“ vorgenommen werden mußte. Bei dieser Abstimmung erhielt der „nationale Bloch“ einen — Sprung: eine Anzahl freisinnige Abgeordnete stimmten gegen den Schluß, der denn auch mit 132 gegen 121 Stimmen abgelehnt wurde. Nunmehr erhielt Genosse Stadthagen das Wort, der dem Abgeordneten Varenhorst nachwies, daß er seine, Stadi-

Hagens gestrige Ausführungen völlig in ihr Gegenteil verdreht und daraus Gelegenheit zu unberechtigter Erwiderung genommen habe.

Der Abgeordnete Gerschler (rs. Bg.) interpellierte den Staatssekretär darüber, wie er sich zu der Handhabung des Gesetzes bezüglich der Auswahl der Schöffen und Geschworenen verhalte. (Bekanntlich werden die Arbeiter von dieser Befugung der Gerichte so gut wie gänzlich ausgeschlossen.) Die Kontroverse machte den Staatssekretär, der diese Ausschließung der Arbeiter durch seine Haltung begünstigt, nervös. Es sprangen ihm deshalb einige dienstbefähigte, um die Gunst der Regierung bühnende Abgeordnete bei, die behaupteten, die Klagen über die Ausschließung der Arbeiter seien unberechtigt! — Besonders tat sich dabei der sächsische Abgeordnete Amtsdirektor Wagner hervor, der die Ausschließung sozialdemokratisch gestimmter Arbeiter als selbstverständlich hinstellte und in der Art der Reichstagsverhandlungen gegen die Sozialdemokratie operierte. Gegen dieses zweierlei Recht brutal empfindende Auftritte gingen mit aller Schärfe unsere Genossen Heine, Stadthagen und Singer vor, wobei die sächsische Rechtsprechung einer verdienten Kritik unterzogen wurde.

Mit unnötigem Eifer trat der Abg. Müller, Reiningen dem Genossen Singer entgegen, der die Haltung des „nationalen“ Blocks in dieser die Arbeiter betreffenden Frage festgenagelt hatte. Als echter Blockredner reklamierte Müller-Reiningen die Vertretung der Arbeiter für seine Partei und seine Blockfreunde. Es wurde ihm aber von Stadthagen nachgewiesen, daß die sozialdemokratische Fraktion schon 1893 Anträge gestellt hat, welche die Heranziehung von Arbeitern zu den Schöffengerichten usw. energisch forderten.

Zur Verteidigung der Wagnerischen Ausführungen ergriff noch der Abgeordnete Kretsch das Wort, der aber die Debatte wieder auf persönliches und parteipolitisches Gebiet zog. Mit dieser Kontroverse schloß die Beratung, in der das „Arbeiterfreundliche“ Gewand des Blocks arg zerfächelt wurde.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus, das am Mittwoch eine Sitzung, die dritte in dieser Session, abhielt, hat seinem alten Rufe, das am schnellsten arbeitende Parlament der Welt zu sein, Ehre gemacht: In knapp einer Stunde verabschiedeten die „geborenen“ Gesetzesgeber ein halbes Duzend Vorlagen, darunter die betreffend die Erweiterung des Landespolizeibereichs Berlin (Einbeziehung von Wilmersdorf), und sie nahmen außerdem noch den Antrag Stolberg auf Unterstützung der durch Spermaerregeln gefährdeten Grundbesitzer an. Die Kommission hatte an dem ursprünglichen Antrag einige geringfügige Veränderungen vorgeschlagen, denen das Haus zustimmte. Am Donnerstag steht neben kleineren Vorlagen und Rechnungsachen das Beamtenpensionsgesetz auf der Tagesordnung.

Kolonialpolitik und Landwirtschaftsrat.

Der zurzeit hier tagende Deutsche Landwirtschaftsrat hatte heute einen sogenannten großen Tag. Da alles in Kolonialpolitik mack, wollte auch diese von dem bekannnten Grafen Schöner-Löwyt geleitete Vereinigung nicht zurückbleiben und hatte deshalb als wichtigsten Punkt auf die heutige Tagesordnung das Thema: „Die Entwicklung und Besiedelung unserer Kolonien“ gesetzt. Um der Inszenierung die höhere nationale Weiße zu geben, fand die Verhandlung in höchstgelegener Gegenwart des Kolonialdirektors Dernburg, der bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt wurde, des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, und der Spitzen der kolonialen und landwirtschaftlichen Verwaltungsbehörden statt.

Zum ersten Referenten war Rittmeister v. Böhlendorff-Alpin bestellt. Er sprach von der Bedeutung der Landwirtschaft für die Kolonien, verlangte die Ausrichtung von Forschungs Expeditionen, die Anlegung von landwirtschaftlichen Versuchstationen und von Eisenbahnen und forderte dann die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit. Grundsätzlich meinte er, müsse als Hauptaufgabe betrachtet werden, in möglichst großem Maßstabe die Eingeborenen für die Landkulturarbeiten zu erziehen und von ihnen in selbstständigen Betrieben die Bodenproduktion ausüben zu lassen. Daß man daneben große Plantagenbetriebe auch als einen willkommenen Kulturförderer in der Kolonie betrachtet, ist ebenso selbstverständlich, wie es falsch sein würde, lediglich Großbetriebe (Plantagenbetriebe) erziehen lassen zu wollen. Die Hauptsache sei, wie in jeder gesunden Volkswirtschaft, daß in den kolonialen Gebieten nach Möglichkeit viel an Landesprodukten wie an Vieh erzeugt werde.

Anderes als Herr v. Böhlendorff sah die zweite Referent Generalsekretär Dr. Sander seine Aufgabe auf. Hatte erstere von der großen Vermehrung der kolonialen Landesprodukte gesprochen, so suchte Herr Sander, um die Herren Landwirte zu beruhigen, diesen zu beweisen, daß auf einen nennenswerten Getreidebau in den deutschen Kolonien niemals zu rechnen sei, also alle Bestrebungen vor einer kolonialen Getreidekonkurrenz hinfällig wären. Zwar habe Erzengel v. Trotha in einer Wahlrede in Köln der Ansicht Ausdruck gegeben, Südafrika werde einst so viel Weizen produzieren können, um Deutschland damit zu versorgen. Das halte er nach seinen Erfahrungen und seiner Kenntnis der Kolonien jedoch für gänzlich ausgeschlossen. Habe das Kapland doch auch bisher nie Getreide noch dem Mutterlande ausgeführt, sondern müsse im Gegenteil aus Australien Getreide importieren.

Auch der dritte Referent Herr Dr. Max Weder arbeitete nach diesem Schema. Der Getreidebau habe in den deutschen Kolonien nirgends in nennenswertem Umfange Aussicht auf Erfolg, wohl aber können die für den Bedarf des einzelnen und der Gesamtheit in diesen beiden Schutzgebieten notwendigen vegetabilischen Nahrungsmittel selbst erzeugt werden. Die Kleinbesiedelung sei auf eine intensive Gartenkultur angewiesen, müsse aber auch Viehzucht treiben.

Nachdem zur Beruhigung der agrarischen Konkurrenzbedürfnisse die Kolonien als ganz ungeeignet für den Getreidebau hingestellt worden waren, wurde wieder das alte Schema hervorgeholt und der deutsche Kolonialbesitz als eine höchst wertvolle Erwerbung gepriesen. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg sprach von der Verminderung der Zweifacher (Wiederläufer) im Kolonialamt, von Südwest im Vergleich zu Mecklenburg und der Nützlichkeit des Bahnbaues. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf Wöben erörterte die Frage, ob Ostafrika zur Ansiedelung für Deutsche geeignet sei. Er empfahl, einen Versuch zu machen. Dann redete Gouverneur v. Lindquist über das prächtige Klima von Südwestafrika und der unvermeidliche Farmer Schmetterling über koloniallandwirtschaftliche Praktiken.

Darauf wurde diniert. —

Deutsches Reich.

Vertuschung der kolonialen Vertuschungspolitik des Zentrums.

Die „Köln. Volksztg.“ versucht die Tatsache in Abrede zu stellen, daß die Abschüttelung der Erzbergerischen und Roren'schen Kolonialentwürfe durch den Fraktionsredner Herrn v. Gerking, sowie ihre eigene Warnung, in der Kritik der

kolonialen Mißstände künftig „vernünftiges Maßhalten“ zu üben, da sich die Öffentlichkeit „schon viel zu lange“ mit den von Roren und Erzberger aufgedeckten Skandalen beschäftigt habe, eine ultramontane Esbaje an die Kolonialkritik selbst bedeute. Das Zentrum werde es auch künftig nicht an härtester Kritik fehlen lassen. Nur der „Wiederholung immer derselben alten Geschichten“ könne es „keinen Geschmack abgewinnen.“ Im übrigen sei „kein Mitglied des Zentrums von dem sozialdemokratischen Hauptorgan schäme begierig“ worden als gerade Erzberger, als dessen Anwalt sich jetzt der „Vorwärts“ aufspiele.

Auf diese schwächliche Ausrufe entgegen wir: Dem „Vorwärts“ ist es gar nicht eingefallen, sich als Erzbergers Anwalt aufzuspielen. Er hat nur die Tatsache festgestellt, daß Erzberger und Roren die einzigen Zentrumsabgeordneten waren, die sich in das Studium der Kolonialskandale vertieft hatten. Ihre Sachverständnis und ihren Fleiß auf diesem Gebiete haben wir auch jederzeit rückhaltlos anerkannt; unser Tadel setzte erst dann ein, als sich Erzberger und Roren schließlich der fraktionellen Vertuschungspolitik unterwarfen.

Wenn die „Köln. Volksztg.“ jetzt wegwerfend von den „alten Geschichten“ spricht, so betonen wir, daß gerade die Vertuschungs- und Hintertreppenspolitik des Zentrums resp. seiner Kolonialschaffstündigen die Schuld daran trägt, daß diese Skandalosa erst nach Jahren an die Öffentlichkeit kamen! Und die Zentrumsfraktion desabourierte dann noch abscheulich ihre eigenen Fraktionsmitglieder — wohlgerne, die einzigen aus der Fraktion, die sich überhaupt mit den Kolonialskandalen befaßt hatten! Diese „alten Geschichten“ der ungeheuerlichsten Art sind aber auch heute noch ungekühlt! Die Hauptschuldigen sitzen noch in den einflussreichsten Posten der Regierung! Lediglich die Ankläger der Kolonialskandale, die Wistula und Wöpla sind niedergelassen! Und trotzdem soll Gras über die „alten Geschichten“ wachsen! — Und da will die „Köln. Volksztg.“ noch behaupten, daß sie nicht für die Unterdrückung der Kolonialskandale eingetreten sei! —

Politischer Boykott.

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht einen Bericht aus Mingen (Regierungsbezirk Arier) über einen dort gegen israelitische Geschäftsleute durchgeführten Boykott. In dem Bericht heißt es:

In unserem 4000 Einwohner zählenden Ort besteht eine Anzahl nicht unbedeutender Geschäfte, die sich im Besitz von Israeliten befinden. Die stark bevölkerte Umgegend deckt ihren Bedarf ebenfalls in den hiesigen Geschäften. Seit Jahren war das Verhältnis unserer zu 90 Proz. katholischen Bevölkerung zu diesen israelitischen Geschäftsleuten das denkbar beste. Durch die letzte Reichstagswahl ist es jedoch gründlich zerstört worden. Unser Ort gehört zum Wahlkreis St. Wendel-Dittweiler-Weisenheim, in dem sich bei der letzten Reichstagswahl der Zentrumskandidat Marx und der Nationalliberale v. Schubert gegenüberstanden. Die Wahl endete mit der Niederlage des Zentrums, das auf einen sicheren Sieg gerechnet hatte und durch den Ausgang doppelt enttäuscht worden ist. Es war leicht festzustellen, daß die israelitischen Geschäftsleute nicht für das Zentrum gestimmt haben konnten. Schon gleich nach der Hauptwahl setzte die Agitation gegen die israelitischen Geschäftsleute ein; es wurden ihnen Drohbriefe zugesandt. Der Ausgang der Stichwahl brachte dann die Judenhege offen zum Ausdruck. Die Drohungen mehrten sich. In der Nacht wurden aufgerichtete Flugblätter in die Häuser geworfen, die „an die katholischen Glaubensgenossen“ gerichtet waren und in denen es hieß, es sei festgestellt, daß die Juden in Saarbrücken, Neunkirchen und Mingen liberal gewählt hätten. Die Juden hätten damit gegen die Katholiken, die ihnen das ganze Jahr hindurch ihren Verdienst zutrügen, gestimmt. Es folgte dann die Aufforderung, nichts mehr bei den Juden zu kaufen, sondern nur bei katholischen Geschäftsleuten. Der geschäftliche Boykott wird seit vier Wochen streng durchgeführt, ja, immer härter gehandhabt, da nach und nach auch die Kundschaft in der Umgegend mit aufgehetzt wird.

Liberaler Blätter drucken diesen Bericht mit der höchsten stillen Entrüstung nach und fordern das Zentrum auf, sich zu veranworten. Jämmerliche Heuschreck! Gegen den Boykott sozialdemokratischer Arbeiter durch liberale Unternehmer haben sie nichts einzuwenden, selbst wenn es sich bei diesem um die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Arbeiters, nicht nur um eine Schmälerung des Geschäftsprofits handelt. Auch für die Boykottierung katholischer Geschäftsleute durch eine protestantische, liberale Bevölkerung finden sie, wie die Beurteilung des Duisburger Boykotts durch die liberale Presse beweist, viele Entschuldigungsgründe. Aber die Boykottierung liberaler jüdischer Geschäftsleute durch katholische Wähler — das ist ein Frevel an den heiligsten Idealen der Kulturmenschen, ein Rückfall in die schwärzesten Zeiten mittelalterlicher Barbarei. Je nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Boykottierten ändert sich also der Grad der moralischen Entrüstung. Wir werden erst dann die liberale Entrüstung für eine ernsthafte Sache ansehen, wenn die liberale Presse die Boykottierung sozialdemokratischer Arbeiter durch liberale Unternehmer genau ebenso beurteilt, wie die Boykottierung liberaler jüdischer Geschäftsleute durch Zentrumsmitglieder.

Ein Urteil über Wohlfahrts-Einrichtungen.

„Die Gewerbefreiheit hat dem Arbeiter auch die persönliche Freiheit gebracht; das Arbeitsverhältnis in Deutschland ist heute rechtlich frei. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen sich theoretisch als völlig gleichberechtigte Kontrahenten gegenüber. Die Arbeiter wollen diese Bestimmung auch in die Wirklichkeit umgesetzt wissen. Wegen dem Mangel oder der Verteuerung von Arbeitskräften suchen sich viele Arbeitgeber durch ihre sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen sicher zu stellen. Die wichtigste Wohlfahrts-Einrichtung aber ist die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung durch Zulassung von Arbeiterausschüssen und Anerkennung der Organisation der Arbeiter durch ihre Zuziehung bei Feststellung der Bedingungen des Arbeitsvertrages. Darauf kommt es an. Wenn man den Arbeiter, der in Not ist, unterstützt, um ihn abhängig zu machen, bringt man ihn um die Möglichkeit, die anerkannte Rechtslage auszunutzen. Das Arbeitsverhältnis ist frei, aber wie sehr kann es durch Wohlfahrts-Einrichtungen unheimlich gemacht werden. Will der Arbeiter auf seinem Recht bei Abschluss der Arbeitsbedingungen bestehen, so wird ihm gekündigt und daran sind die schon oft erwähnten Nachteile der Wohlfahrts-Einrichtungen geknüpft: Kündigung der Wohnung, Verlust der Pension. Es ist immer die alte Geschichte: man hat das Bedürfnis, „großmütig“ zu sein und „feinen“ armen Arbeitern mehr zu geben als ihnen eigentlich von Rechts wegen zusteht, und verlangt von den also Beschenken, daß sie die Güte ihrer „Wohltäter“ stets vor Augen halten und sich dafür dankbar erweisen, z. B. durch Verzicht auf politische und soziale Rechtsansprüche. Menschenrechte sollen gegen ein Pensenmus eingetauscht werden.“

So sprach nicht etwa ein Sozialdemokrat, sondern ein christlicher Gewerkschaftsführer in einer Versammlung christlicher Arbeiterbeiräte der frommen Stadt Aachen. Vor einigen Jahren noch würde kein Zentrumsblatt angestanden haben, decartige Ausführungen als „sozialdemokratische Verheerung“, als die Kampfbahn von Deuten zu bezeichnen, die auch die besten Absichten begehen und die besten Einrichtungen mit Not bemerken. Die christlichen Arbeiter haben also auch in den dunkelsten Gegenden

zu lernen angefangen, seit sie sich um ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bekümmern und ihre Rechte gegen das Unternehmertum verteidigen müssen.

Die Versammlung, in der obige Ausführungen gemacht wurden, fand statt zwecks Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Firmeneinhabern der Farbwarenfabrik Wehr, Kössen in Aachen. Diese Firma wählte ihr Unternehmen bisher als Musterbetrieb anzupreisen. Damit, so meinte der Vorsitzende der Versammlung, habe man aber die Öffentlichkeit nur getäuscht. Von der Firma, so führte der Referent in Anknüpfung an seine Schilderung vom Wesen der Wohlfahrts-Einrichtungen weiter aus, seien ebenfalls solche Einrichtungen getroffen worden. Der Herr Kommerzienrat glaube, den Arbeitern mehr gegeben zu haben, als ihnen eigentlich zustehe. Die Arbeiter sind zum Teil von ihm abhängig gemacht worden. Zum Dank fordert Herr Kommerzienrat Kössen die Arbeiter auf, ihm zu Liebe auf ihre Rechte zu verzichten und sich nicht der Organisation anzuschließen. Und da wundert man sich noch, wenn die Arbeiterschaft gegenüber diesen Wohlfahrts-Einrichtungen immer skeptischer wird. Sie erhält ein Stück Brot, das sie selbst erarbeitet hat, in höheren Ehren als einen geschenkten, aber mit Preisgabe von Rechten und Freiheiten erkauften Kuchen. Wir wollen uns den Vorwurf der Undankbarkeit gegenüber solchen Einrichtungen gern gefallen lassen. Andererseits werden wir alles daran setzen, aber den wahren Wert solcher Einrichtungen die Öffentlichkeit voll aufzuklären. Die Arbeiterschaft kämpft nicht nur um höheren Lohn, um kürzere Arbeitszeit, sie kämpft auch um ihre Rechte; die Arbeiter sind selbständig geworden, sie wollen auf eigenen Füßen stehen.

Diese Auslassungen aus christlichem Munde sind umso bemerkenswerter, als gerade die katholischen Unternehmer im Rheinland, die Zentrumsgegner, sich viel auf ihre Wohlfahrts-Einrichtungen zugute tun — als Beweis ihrer Nächstenliebe und Arbeiterfreundlichkeit. —

Wer boykottiert?

Das Organ der rheinisch-westfälischen Häuten- und Grubenmagnaten, die „Rhein. Westf. Ztg.“, veröffentlicht einen ihr aus nationalliberalen Parteikreisen zugegangenen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Der wirtschaftliche Boykott eines politischen Gegners ist die denkbar roheste Form, mit welcher ein Wahlkampf geführt werden kann und bezeichnet die höchste Spitze der Gesinnungsgräueltat, die gerade von der Sozialdemokratie gebrandmarkt worden ist. Was immer es für Wahlbeeinflussungen geben kann, diese ist die schmutzige und ihre Ausübung heißt geradezu die politische Gewissenlosigkeit erzeugen.“

Den Nationalliberalen steht die moralische Entrüstung über den wirtschaftlichen Boykott wirklich sehr gut. Man hätte dort unten im Reiche der Fabrikschächel zu solcher Entrüstung aber schon längst Ursache gehabt. Die Wähler des Reichstags wissen davon zu erzählen. Der Exminister undormalige nationalliberale Abgeordnete Müller mußte mehrere Male auf seinen Reichstagsstuhl „freiwillig“ verzichten, weil er sonst wegen großer Stimmenverpressung, hinter denen die Drohung des wirtschaftlichen Boykotts stand, zum Tempel hinausgeworfen worden wäre. Unter Aufsicht der Beamten wurden die Leute zum Wahllich geführt, die Hoerde Pappdeckelstimmgelb haben einige Verhinderung erlangt. Zahlreich sind im Ruhrrevier die Wirt, denen wirtschaftliche Vernichtung angedroht wurde für den Fall, daß sie der Sozialdemokratie oder den freien Gewerkschaften ihre Lokalitäten zur Verfügung stellten! Die Kolonialbewohner stellen unter Kontrolle, sie fliegen hinaus wenn sie sozialdemokratische Zeitungen halten! Bei Krupp war Jahrelang auch die ultramontane „Essener Zeitung“ verboten! Dies Verbot wurde in den Verfassungen angehängt! Ebenso erging es auf anderen Werken nach dem großen Streik 1890/91 anderen ultramontanen Blättern! Anfang der 90er Jahre wurden bei Krupp die Schranken der Arbeiter heimlich revidiert, um die Mitgliedschaft zum Metallarbeiterverband auszukundschaften und die ermittelten Mitglieder fliegen auf Pfahle. Jorgeseht, besonders nach stattgefundenen Wahlen, bekann Leute, die als sozialistische Wähler denunziert wurden, den Kaufpaß, so jetzt wieder in Bochum, Essen, Duisburg. Bekannte Sozialdemokraten wurden aus ihren Wohnungen herausgeschleudert; unseren Zeitungsträgerinnen stellten Amtsdirektoren die Alternative, die rote Zeitung nicht mehr auszutragen oder in mancherlei Weise boykottiert, geschädigt zu werden!

Gerade die Nationalliberalen haben von jeher mit der Waffe des wirtschaftlichen Boykotts gekämpft. Wenn das nun anders werden soll, wäre es ja zu begrüßen. Aber die Entrüstung richtet sich ja leider nicht gegen die eigene Roheit und Gewissenlosigkeit, sondern gegen die, zum Teil noch erlogenen, Notwehrrufe der Arbeiter!

Aus dem Reiche Städt.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Wie an vielen Orten, so besteht auch hier seit längerer Zeit eine Bildungskommission, eingeseht vom Gewerkschaftsrat und sozialdemokratischen Vereinen. Von dieser Kommission ist im Oktober vorigen Jahres ein Rufus ins Leben gerufen worden, in welchem circa 75 Teilnehmer in der deutschen Sprache unterrichtet werden sollten. Hierzu wurden drei Lehrer, zwei von der Volksschule und einer von der Oberrealschule genommen, die in drei getrennten Abteilungen unterrichten und bereits für jeden Rufus an 14 Abenden je 2 Stunden Unterricht erteilten. Am Mittwoch, den 6. März 1907, erhielt plötzlich der Obmann der Abteilung B von seinem Lehrer folgendes Schreiben:

Kiel, den 6. 3. 1907.

An den Obmann des Unterrichtsurses B Herrn D. Wahl. Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß mir durch das Provinzial-Schulkollegium auf Veranlassung des Herrn Ministers jede weitere Teilnahme an den Unterrichtskursen untersagt worden ist. Hochachtungsvoll

H. Wilhelmfen.

Wilhelmfen ist Lehrer an der Oberrealschule. Den beiden anderen Lehrern ist bis heute ein Unterrichtsverbot noch nicht zugegangen. Dieses der nackte Tatbestand. Wir Arbeiter sind ja manche Dinge gewöhnt, aber wie ein sogenannter „Kulturminister“ es fertig bringt, einen Unterrichtskursus, in dem nur die deutsche Sprache gelehrt wird, zu inhibieren, geht uns Arbeitern doch über die Quaschnur. —

Regentenwahl in Braunschweig.

Der braunschweigische Landtag beschäftigte sich gestern mit der demnächst vorzunehmenden Wahl eines neuen Regenten für Braunschweig. Der Oberbürgermeister Retemeyer befürwortet dringend die Annahme des Regierungsantrages, nach welchem der Landtag sein Einverständnis damit erklärt, daß nunmehr die Wahl eines Regenten in die Wege geleitet werde. Denn der Landtag und die Regierung hätten, bemerkte Retemeyer, vergeblich alles getan, um eine definitive Regelung der Thronfolgefrage herbeizuführen.

Dann nahm Staatsminister Dr. v. Otto das Wort zu einer längeren Rede, in der er die Verhandlungen in den Bundesratsauschüssen und dem Bundesrat kurz schilderte und der sachlichen Behandlung und der eingehenden Darlegung der Verhältnisse durch den sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen Wittum von Eschütz, der als Referent fungierte, volle Anerkennung schenkte. Weiter erwähnte der Minister, daß Braunschweig für den Fall der Annahme des Antrages Sachsen folgenden Unterantrag gestellt hatte:

Im Absatz 1 die Worte „sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewählten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet und Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates erhebt“, zu streichen und statt dessen folgende Worte einzufügen: „Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen erhebt“.

Dieser Antrag sei im Bundesrat einstimmig abgelehnt worden. Weiter habe dann das Ministerium unter dem 10. Februar in einer eingehenden Darlegung der Verhältnisse im Herzogtum den Wunsch ausgesprochen, daß jedenfalls in dem neuen Bundesratsbeschlusse den Zweifeln ein Ende gemacht werde, die jetzt bezüglich des Bundesratsbeschlusses von 1885 laut wurden, nämlich, ob dieser Bundesratsbeschlusse sich nur auf die Person des Herzogs von Cumberland beziehe. Diefem Wunsche sei dann auch in dem neuen Bundesratsbeschlusse entsprochen worden.

Der Minister trat dann dringend für Annahme des Antrages der Regierung ein, da jetzt, nachdem der Bundesrat gesprochen und damit eine Willensäußerung des Bundesrats, der höchsten Autorität in dieser Frage, vorliege, kein anderer Weg übrig bleibe, als nunmehr zur Wahl des Regenten zu schreiten. Der Minister erwähnte, daß auch im Bundesrat das vom Referenten erwähnte Schreiben des Herzogs von Cumberland vom 15. Dezember erörtert worden sei, aber niemand habe daran gedacht, den vom Herzog von Cumberland vorgeschlagenen Weg zur Anrufung eines Schiedsgerichts zu beschreiten. Weiter erwähnte der Minister unter anderem das Gerücht, das in der Presse aufgetaucht sei, daß man im Bundesrat über die Person des Regenten verhandelt habe. Das Gerücht sei vollständig falsch. Es sei allein Sache Braunschweigs, sich über die Person des Regenten den Kopf zu zerbrechen; darin würde sich kein einziger deutscher Bundesstaat mischen.

Der Antrag der Regierung wurde darauf einstimmig und ohne jede weitere Debatte angenommen.

Das russische Programm für die Haager Friedenskonferenz.

Die russische Regierung zeigt sich außerordentlich arbeitsam. Obgleich sie mit den inneren Angelegenheiten des Reiches genug zu tun hat, hat sie doch die Zeit gefunden, ein lautes Programm für die Haager Friedenskonferenz auszuarbeiten. Wie der „Köln. Ztg.“ von ihrem Petersburger Korrespondenten gemeldet wird, enthält dieses russische Programm folgende Punkte:

1. Das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung der internationalen Streitfälle soll in denjenigen Punkten verbessert werden, die von der Verständigkeit der Haager Friedenskonferenz und von der internationalen Untersuchungskommission handeln.

2. Das Haager Abkommen über die Befehle und Gebrauche des Landkrieges soll durch neue Bestimmungen über den Beginn der Feindseligkeiten, über die Rechte der Neutralen zu Lande und über andere Punkte abgeändert werden.

3. Es soll ein Abkommen ausgearbeitet werden über die Befehle und Gebrauche des Seekrieges, namentlich über folgende Fragen: Operationen des Seekrieges, sowie Bombardement von Häfen und Seeräubern, Begung von Seeminen usw. Der russische Entwurf enthält ferner Vorschläge, die die Handelsmarine betreffen. Die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe, die Gewährung von Fristen für die Handelsschiffe der Kriegführenden zum Verlassen neutraler und feindlicher Häfen nach Beginn der Feindseligkeiten. Ferner sollen behandelt werden die Fragen des Privateigentums der Kriegführenden auf See, die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege, darunter die Frage der Kriegskontributionen, die Behandlung der Schiffe der Kriegführenden in neutralen Häfen und die Verurteilung neutraler Prisen im Seekriege.

4. Es soll das Haager Abkommen dahin ergänzt werden, daß die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention über den Seekrieg noch schärfer zum Ausdruck gebracht werden, als dies im Jahre 1864 geschehen ist.

Erzbischof und Domdechant.

Der in letzter Zeit vielgenannte rellamesüchtige Erzbischof von Bamberg, Dr. Albert, beabsichtigt, wie die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ zu melden weiß, gegen den Reichstagsabgeordneten Domdechanten Dr. Schäbler ein Disziplinarverfahren anzustrengen, weil Schäbler, wie bekannt, in ziemlich scharfer Weise den Erlaß „seines“ Erzbischofs getadelt hat, in welchem die katholischen Wähler Bayerns vor den Stichwahlen aufgefordert wurden, in keinem Fall ihre Stimme einem Sozialdemokraten zu geben. Das Blatt der Seidenbarone fügt dieser Meldung hinzu:

Bruner sagt in seiner Pastoraltheorie: „Revolutionären Persönlichkeiten seine Stimme zu geben, ist unter allen Umständen schwere Sünde.“ (2. Aufl., II. Bd. S. 383.) Die meisten Moraltheologen sagen dasselbe. Vom christlich-theologischen Standpunkte aus ist das einfach selbstverständlich. Da Dr. Schäbler Bamberger Diözesanpriester ist, so hat er strikten Gehorsam gegen seinen Erzbischof zu halten und war gehalten, unter allen Umständen der bekannten bayerischen Zentrumsparole nicht beizupflichten.“

Es ist schon möglich, daß Herr Dr. Albert die ihm zugeschriebene Absicht hat; daß sie aber zur Ausführung gelangt, glauben wir kaum; denn die allein-seligmachende Kirche ist keine Freundin solcher das Kirchenregiment bloßstellender Stände und wird deshalb die Erregung des Herrn Erzbischofs zu dämpfen wissen.

Versehrte nationale Schweine.

Unter den Schweinen des Postbesizers Meyer in Stubbenhorn bei Segeberg ist vor einiger Zeit die Schweinepest ausgebrochen. Herr M. hatte von dem Magerviehhof in Friedrichsfelde 400 Spanferkel und Läufer Schweine bezogen und zwar alle gleichzeitig. Am einundzwanzigsten Tage nach ihrem Eintreffen in Stubbenhorn trat die Krankheit auf, Tag um Tag krepierten zehn Stück. Der Kreisarzt stellte Schweinepest fest, konstatierte aber auch Symptome von Schweinefeuche. An der Pest starben 66 Schweine, etwa 180 Stück erkrankte Tiere wurden auf Veranlassung des Kreisarztes getötet, um den Krankheitsherd zu beseitigen. 80 Stück, die nicht gesund erschienen, wurden zum Schlachten verkauft und der Rest umgestallt. Die Stallungen wurden gründlich desinfiziert. Herr Meyer hatte den ganzen Bestand mit Kollanferum impfen lassen, weil die gefallenen Tiere rote Ohren hatten. Er glaubte an eine Kollanferinfektion durch das Serum und hoffte die Serumgefahr durch den großen Schaden hoffentlich machen zu können. Nach den Feststellungen des Kreisarztes war aber die Gesellschaft nicht hoffentlich. Die Schweine waren mit Fleischmehl gemästet worden. Man nahm daher an, daß die Infektion mit Pestkeimen durch das Fleischmehl entstanden sein könne. Das Mehl wird vielfach aus Kadavern gefallener Tiere hergestellt. War vielleicht bei der Verarbeitung nicht die erforderliche Hitze im Kessel gewesen, so konnten Pestbazillen im Mehl geblieben sein. Diese Annahme hat der Vorsteher des bakteriologischen Instituts in Kiel Dr. Bugge wider-

legt. Die Pest ist von Friedrichsfelde eingeschleppt.

Das Vorkommnis widerlegt gründlich die Behauptung der agrarischen Presse, der deutsche Viehbestand sei seuchenfrei und die angeblich nur ganz vereinzelt auftretenden Krankheitsfälle lediglich die Folge von Seucheneinschleppungen aus dem Auslande. Der Magerviehhof in Friedrichsfelde bei Berlin ist bekanntlich eine rein agrarische Gründung. Er verdankt sein Entstehen dem früheren Leiter der Viehverwertungs-Zentrale, dem bekannten Herrn Ring.

Die Hege gegen die russischen Studenten

— die seit den Reichstagswahlen besonders lebendig geworden ist — wurde heute in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses betrieben. Beim Kapitel „Universitäten“ des Kultus Etats wurde die „Ausländerfrage“ zur Sprache gebracht. Es wurde von einer Seite verlangt, daß angesichts der Teilnahme russischer Studenten an den Wahlen in Leipzig diejenigen Ausländer, die Sozialdemokraten seien, entseht würden! Die Regierung hielt grundsätzlich auf denselben Standpunkt, betont aber, daß in Preußen eine Gefahr sich bisher nicht gezeigt habe, die Zahl der Ausländer sei konstant, sie betrage annähernd 8 Proz.; in Berlin seien die Bedingungen für die Aufnahme sehr streng, da man von den Ausländern eine gleichwertige Bildung mit der der Inländer verlange; man werde der Teilnahme der Ausländer an der Politik mit Nachdruck entgegenstellen, zudem würden die Ausländer auch von der Polizei kontrolliert. Eine Ausländergebühr zu erheben, sei aus manchen Gründen bedenklich.

Am Dienstag standen vor dem Schöffengericht in Dresden sechs russische Studenten, Söhne an der technischen Hochschule, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. (Die „Tägliche Rundschau“ empfindet eine lächerliche Genugung wegen der Tatsache, daß der erste der Angeklagten Jude ist und freigeistlich heilt!) Die sechs haben gerichtliche Entscheidung über Strafmandate von je 75 M. beantragt, womit die Polizeibehörde sie bedacht hatte, weil sie einen politischen Verein gebildet haben sollen unter dem Deckmantel einer unpolitischen Vereinigung, die in ihren Statuten die Unterhaltung einer russischen Delegation als Zweck angab. Die Vereinsmitglieder sollen sich aber intensiv mit Politik, besonders mit der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung in Deutschland beschäftigt haben. Als Vereinsmittel dienten sozialdemokratische und revolutionäre Schriften, sowie Protokolle einer Kampfs- und Emigrantenliste. Die Angeklagten erklärten, daß diese Listen mit der Delegation und dem Klub nichts zu tun gehabt hätten.

Das Schöffengericht aber hielt den politischen Charakter der Vereinigung für erwiesen und belieh es bei den hohen Geldstrafen. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kühn, führte aus, daß russischen Studenten befänden sich hier in einem fremden Hause, und die Regierung könne nicht dulden, daß sich in Deutschland revolutionäre Bestrebungen geltend machen, die sich gegen eine bestreudete Macht, gegen Rußland, richten.

Der Vorsitzende hat also die Gelegenheit benützt, dem Prozeß einen politischen Anstrich zu geben. Er hat geglaubt, den sechs angeklagten Russen noch einen besonderen Tadel aussprechen zu müssen, weil sie „das Gastrecht mißbraucht“ haben, wie der jetzt viel gebrauchte Ausdruck lautet. Seine Worte zeigen, daß es ihm weniger um die Abhandlung der Uebertretung des Vereinsgesetzes zu tun war, sondern um eine politische Maßregel, die mit der Verhängung der Geldstrafe nicht erledigt ist. Ihr folgt die Ausweisung — sind doch erst dieser Tage fünf in Dresden studierende Russen ausgewiesen worden, weil man durch Polizeikontrolle — nach dem in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses angegebenen Rezept — herausbekommen hat, daß die Leute sozialdemokratische Versammlungen besuchten.

Wer als Ausländer nach Deutschland kommt, hat sich vor allen Dingen eine vorchriftsmäßige Bestimmung zuzulegen. Sonst ist er der deutschen Gastfreundschaft nicht würdig. Das ist in Deutschland, dem in der Welt voranzuschreitenden, heute die geltende amtliche Auffassung vom Gastrecht, und das deutsche Bürgerium, das vor weniger als fünfzig Jahren nach politischen Flüchtlingen und politischen Verbrechern zuzubekam, hat sich inzwischen auch zu dieser erleuchteten Auffassung bekehrt. Die russischen Emigranten müssen die „Sünden“ der deutschen Sozialdemokratie büßen, die unsere Herrschenden neckend macht. Bei der Regierung und dem Junkertum kommt die natürliche Solidarität mit jeder Reaktion und die besondere traditionelle Dienstwilligkeit für den russischen Absolutismus hinzu, beim liberalen Bürgerium außerdem die Furcht vor der Konkurrenz der russischen Intelligenz.

Graf Pobadowitz hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, auf ein Begütigungstelegramm der Delegierten der Freien Vereinigung für die Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten telegraphisch geantwortet, die Angelegenheit werde von ihm weiter verfolgt und hoffentlich eine sachgemäße Lösung finden.

Sald so — bald so!

Wie uns Offenbach a. M. gemeldet wird, hat die Wahl des zweiten sozialdemokratischen Abgeordneten Leberwarenfabrikanten Philipp Weigert die großherzogliche Bestätigung nicht erhalten. Genosse Weigert wurde erst gewählt, nachdem ein von unseren Genossen vorgeschlagener bürgerlicher Herr, Friedrich Strumm, der anfänglich seine Geneigtheit zur Uebernahme des Postens ausgesprochen, gewählt worden war, aber nachträglich aus Gesundheitsrückgründen die Wahl ablehnte. Ob der Daimler der national-liberalen Patrioten aus ihren Darmstädter Protestmeeting solchen Eindruck an maßgebender Stelle gemacht hat oder ob man glaubt, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter für Offenbach des Guten genug sei, entzieht sich bis jetzt der allgemeinen Kenntnis. Nicht unmöglich ist es, daß das Ministerium seinen Einfluß diesmal in der Richtung der Nichtbestätigung mit mehr Erfolg als im Fall Ehnert geltend machte. Vielleicht hört man darüber noch im Parlament etwas Näheres.

Ausland.

Belgien.

Ministerkrisis? — Vergarbeitschutz.

Die ganze Presse beschäftigt sich mit der Abstimmung über die Einführung des Kapitulantentages in den Bergwerken. Unser Bundesorgan, der „Beuple“, feiert sie als einen Sieg der Arbeiterbewegung, die seit zwanzig Jahren unablässig auf dieses Ziel hingearbeitet habe.

Was wird nun das Ministerium tun? — Das ist die Hauptfrage, die in allen Blättern ventiliert wird. Werden die Minister, die hintereinander schon drei Niederlagen erlitten haben, ihre Demission einreichen? Die „Gazette“ beantwortet diese Frage (spöttisch wie folgt): „Wer noch so naiv ist, zu glauben, daß wir eine parlamentarische Regierung haben und daß unsere Minister wegen ihrer neuesten Niederlage gehen, der wird sich gründlich täuschen. Die Herren werden so lange bleiben, bis sie durch ein geschriebenes Brief von ihrem Gern weggeschickt werden.“ Und in der Tat, der „Soir“, dem man gute Informationen vertrauen darf, schreibt: die Abstimmung sei eine Heberroschung gewesen; man habe diese erst ein oder zwei Tage später erwartet. 35 Abgeordnete der Rechten haben gestimmt; wären diese zur Stelle gewesen, so wäre die Abstimmung anders ausgefallen. Das Ministerium werde also eine neue Abstimmung herbeizuführen suchen, und im übrigen bleibe ja noch der Senat! — Man sieht, die Herren leben an ihren Posten.

Mittlerweile wird in der Kammer die Diskussion über den Vergarbeitschutz fortgesetzt. Der Abgeordnete Papin beantragte die Abstimmung über sein Amendement, wonach Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren in den Kohlengruben nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden dürfen. Der Antragsteller erklärte, daß entsprechend der vorübergehenden Abstimmung auch dieses sein Amendement sich nur auf die Kohlengruben des Nordens beziehen könne. Trotzdem wurde es von der Kammer bekämpft,

teilweise mit dem Einspruch, daß es nach der bereits eingegangenen Abstimmung als „selbstverständlich“ gelten müsse, daß auch die Kinder nicht länger beschäftigt werden dürfen als die erwachsenen Männer. Das Amendement wurde hierauf abgelehnt.

Spanien.

Die Wahlen, die am Sonntag in Spanien stattgefunden haben, waren nicht Kortesswahlen, sondern Provinzial-Wahlen! Die Wahlen zu den Kortess finden erst im April statt.

An diesen Wahlen beteiligten sich die spanischen Sozialdemokraten für gewöhnlich überhaupt nicht, da ein Erfolg für sie vorerst noch völlig ausgeschlossen ist und da sie genug zu tun haben, die Agitation für die Wahl zur gesetzgebenden Körperschaft zu betreiben. Ausnahmeweise kandidierte dieses mal ein Sozialist in Bilbao, der natürlich dem Gegner unterlag.

Zu den Kortesswahlen im April rüsten unsere spanischen Genossen mit Aufgebot aller Kräfte und hoffen, trotz der verächtlichen Wahlschwindeln Erfolge zu erzielen.

England.

Die sozialistische Presse über die Grafschaftswahlen.

London, 8. März. (Eig. Ber.) Die heute erschienenen sozialistischen Wochenblätter erheben Kritik über den Ausfall der Grafschaftswahlen. Die „Clarion“ schreibt unter der Überschrift: „Wie in Deutschland, so in London“, daß das Resultat der Wahlen dem Erwachen aller Anhänger des Kapitalismus zuzuschreiben sei. „Die Progressisten haben ihre Stimmengablen vermehrt, aber die Rechte des Monopols und des Vorwärtens haben ihre Stimmengablen verdoppelt. Die Arbeiterbarone sind aufgewacht, und der Kampf beginnt. Bei der Eröffnung des Kampfes — des ersten in London mit Bewußtsein geführten Kampfes — zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat unsere kleine Kampftruppe eine Schlappe erlitten. Wir haben uns nie beschließen können, daß ein Teil unseres Erfolges bisher dem Umstand zugeschrieben werden mußte, daß die Sozialisten mit enthusiastischem Eifer für die Sache jochten, während der Feind und aus geringe Schätzung gleichgültig gegenüberstand. Wir marschieren vorwärts, weil die Angewiesenen schreien. Aber das Erwachen des Feindes mußte früher oder später erfolgen.“

Dank der Agitation der „Municipalreformer“ (Gewähltesten) ist das Erwachen früher erfolgt. Sie hat von den Plänen der Progressisten die opportunistische Hülle abgezogen und dem geistlichen, verbläuteten Schwarme der sozialen Parasiten die Augen geöffnet und ihnen das Endziel offenbart, nach dem die besten Köpfe der Menschheit streben. Nebenbei haben sie die Wahrheit in eine Wolke von Verleumdungen und schamlosen Lügen gehüllt, aber die Wolke wird verschwinden, und die Wahrheit wird bleiben. Die unmittelbare Folge des reaktionären Sieges wird sein, daß der Kampfgegenstand jedem klar und die Leute zwingen wird, sich für eine der Parteien zu entscheiden. Die grenzenlosen Verschärfungen und Entstellungen, mit denen man die niedrigen Instinkte der Massen gegen den Sozialismus aufpeitscht, werden auf die Angewiesenen zurückfallen; sie werden aber auch diejenigen Kräfte zusammenbringen und bereinigen, die für die soziale Reform wirken.“

Der „Labour Leader“ beklagt den Sieg der Truist und der Verleumder, aber er hat keine Träne für die Niederlage der Progressisten, da diese den Ansprüchen der Arbeiterpartei auf eine stärkere Vertretung im Grafschaftsrat nicht gerecht werden wollen. Dieser Gegensatz zu den Forderungen der Arbeiterpartei, sowie John Burns' reaktionäre Methoden gegenüber den Arbeitslosen haben den Progressisten die Unterstützung der denkenden Arbeiter entzogen. — Aber die Hauptsache, die nach dem „Labour Leader“ aus den Wahlen zu ziehen sei, bestehe darin, daß man die Londoner Arbeiter mehr nach dem Muster der unabhängigen Arbeiterpartei als nach dem der Sozialdemokratischen Föderation erziehen und organisieren müsse.

Die sozialdemokratische „Justice“ ist über die Niederlage der Progressisten erfreut und über den Sieg der Reaktion betrübt. Sie schreibt das Wahleresultat dem Umstand zu, daß die Progressisten weder den Forderungen der Bourgeoisie noch denen der Arbeiter gerecht werden konnten, da die Progressisten sowohl die Interessen der Steuerzahler wie die des Proletariats vertreten wollten. Das Ende sei gewesen, daß sich beide Klassen von ihnen abwandeln.

Die Abweichungen in der Auffassung rühren daher, daß die sozialdemokratische Föderation, deren Organ die „Justice“ ist, in hohem Grade eine Kampforganisation ist und deshalb in erster Linie die Fehler und Schwächen der anderen Parteien mit aller Schärfe hervorhebt.

Morinisches. Das Londoner „Daily Chronicle“ teilt

nach mehreren an Bord des Schiffs „Dreadnought“ geschriebenen Privatbriefen folgendes mit: Die im Maschinenraum erzeugte Hitze ist so außerordentlich groß, daß das Maschinenpersonal besonders in den Tropen darunter sehr zu leiden hat. Die Größe des „Dreadnought“ betrifft, daß er in der Manövrierfähigkeit gegenüber kleinen Schiffen zurückbleibt. Für Nachtmanöver ohne Lichter in geschlossener Formation ist „Dreadnought“ ganz ungeeignet.

Dasselbe Blatt meldet: Die Admiralität ist mit der Schaffung einer Schießvorrichtung beschäftigt, durch die, wie der Erfinder behauptet, absolute Fliegengaugigkeit bei jedem Wetter gesichert sei. Man hat guten Grund zu glauben, daß die Regierung die Absicht habe, diese Erfindung an den Geschützen der Mittelmeerflotte auszuweisen zu lassen.

Dänemark.

Die Regierung gegen soziale Reformen.

Zu der Stadt Søbjerg hatte der in seiner Freiheit sozialdemokratische Gemeinderat, wie wir vor kurzem mitteilten, neben einer Reihe anderer Verbesserungen des Schulwesens auch die Beschränkung des Religionsunterrichtes auf wöchentlich eine Stunde und den Erlaß des geistlichen Auswärtigen nach dem Katechismus durch freien mündlichen Unterricht beschlossen. Der Kultusminister Sørensen versagte aber diesen beiden Reformen seine Zustimmung. Nun hat sein ebenso liberaler Kollege Berg, der Minister des Innern, dem Reformweller des Søbjerg Gemeinderates auf einem anderen Gebiete Steine in den Weg gelegt. Der Gemeinderat hatte auf Grund eines Rechts, das den Gemeinden das Fabrikgesetz von 1901 gibt, beschlossen, die gewerksmäßige Beschäftigung von Kindern auf 6 Stunden täglich sowie auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu beschränken, und die Beschäftigung junger Leute von unter 18 Jahren im Handelsgewerbe auf 10 Stunden und ebenfalls auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Minister Berg lehnte jedoch die zur Durchführung dieser Bestimmungen erforderliche Genehmigung ab. Aus Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse sollen auch fernere Kinder von 10 bis 14 Jahren unbeschränkt mit Brot, Milch und Getreidearbeiten ausgebeutet werden, und die 14 bis 18stündige Arbeitszeit der jungen Leute und Lehrlinge im Handelsgewerbe soll auch in keiner Weise beschränkt werden. Je länger diese Linkenregierung am Ruder bleibt, um so mehr zeigt es sich, was für ein erbärmliches Gewächs ihr Liberalismus ist.

Niederlande.

Interpellation über den Schiffsbruch bei Oost van Holland. Unser Parteigenosse Van Kol hat den Handelsminister ersucht, am nächsten Freitag in der Kammer einige Ausführungen über die Ursachen des Unterganges der „Verlin“ zu geben. Es handelt sich hierbei um gewisse Vorschriften, durch die die Kapitäne der Linie Rotterdam-Oost van Holland gezwungen werden, selbst bei dem gefährlichsten Wetter zu fahren und dafür zu sorgen, daß das Schiff unter allen Umständen rechtzeitig in dem holländischen Hafen eintrifft. Doch, wenn diese Vorschriften nicht bestanden, das Unglück wahrscheinlich vermieden worden wäre, ist von sachverständigen

Denken unterhöhen ausgesprochen worden. Die 125 Menschen, die den Tod fanden, sind der zügellosen kapitalistischen Konkurrenz zum Opfer gefallen, die zwischen den verschiedenen holländischen und belgisch-englischen Schifffahrtlinien betrieben wird. —

Bulgarien.

Die Ermordung des Ministerpräsidenten Petkoff hat in Serbien die größte Sensation hervorgerufen. Die Belgrader Blätter widmen ihm keinesfalls warme Nachrufe. — „Politica“ meint, Petkoff habe der Tod der meisten Gewaltmissetäter erlitten: Auf Gewalt stützte sie sich und die Gewalt raffte sie auch weg! Die „Stampa“ schreibt: „Die Schrecklichkeit des Todes der Tyrannen, Petkoff, vor ein paar Tagen noch Herrscher Bulgariens, unter dessen Faust sich über ganz Bulgarien die Finsternis der Reaktion und des Terrors ausbreitete, endigt traurig auf der Straße, in eigenem Blute badend.“

Bulgarianische Studenten, die nach der gewaltsamen Sperrung der Universität von Sofia in Belgrad Zuflucht fanden, verbergen nicht ihre Freude über den Tod Petkoffs.

Sofia, 13. März. (B. T. B.) Da die Aussagen des Mörders des Ministerpräsidenten Petkoff, der ein äußerst eralteter Mensch ist, sich widersprechen, ist die Feststellung bestimmter Indizien für das Vorhandensein von Mitschuldigen erwünscht. Bisher liegen bereits unzweifelnde Beweise dafür vor, daß es sich um eine Verschwörung unzufriedener, anarcho-sowjetischer Elemente handelt, deren Häden bis in die Provinz reichen. Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden; die Untersuchung wird geheim geführt; ein Verdacht, daß politische Parteien an der Verschwörung beteiligt seien, scheint ganz ausgeschlossen zu sein.

Sofia, 13. März. (B. T. B.) Obgleich es bisher der Polizei nicht gelungen ist, der Verschwörer habhaft zu werden, ist man in Regierungskreisen doch zuversichtlich gestimmt. Man hält jeden Ausbruch von revolutionären Unruhen für ausgeschlossen, da die Polizei und das Militär gut organisiert sind und treu zum Fürsten stehen. Allgemein ist man der Ansicht, daß der Fürst nach seiner morgen erfolgenden Ankunft die Sobranje auflösen und einem Geschäftsministerium die Leitung der Neuwahlen übertragen werde.

Belgrad, 13. März. (B. T. B.) Da man den Ausbruch von Unruhen in Bulgarien befürchtet, wurden die Garnisonen von Nißch und Pirot verstärkt.

Afrika.

Eine moralische Eroberung Englands.

Aus Pretoria wird vom 11. März gemeldet: Bei einem Festmahle, das von der Bürgerschaft heute zu Ehren des neuen Transvaaler Ministeriums veranstaltet wurde, hielt Premierminister Louis Botha eine Rede, in der sagte, die britischen Interessen seien in den Händen des Ministeriums vollkommen sicher. Die Welt werde sehen, daß die Regierung von Transvaal so besorgt um die Ehre der englischen Krone sei, als es ein Ministerium nur sein könne. Die Ehre und die Interessen des alten Volkes würden damit auch gewahrt. Ueberdies seien die Transvaaler von tiefer Dankbarkeit erfüllt, weil König Edward, die britische Regierung und das britische Volk ihnen in einer in der Geschichte einzig dastehenden Weise vertraut hätten, indem sie dem Volke von Transvaal eine freie Verfassung gewährten. Die Büren würden diese Großherzigkeit niemals vergessen und das Ministerium würde sein Bestes tun, um eine große geehrte Nation zu schaffen, deren einer Teil auf den anderen nicht mit Mißachtung oder Mißtrauen blicke. Wenn dann auch in der Orange-Kolonie eine direkt verantwortliche Regierung errichtet sei, werde das Ministerium bestrebt sein, auf ein geeinigtes Südafrika hinzuwirken. Die Regierung werde alles tun, um die Vergewaltigung zu fördern, werde aber jedem Versuch mächtiger Korporationen, Teile des Landes in ihrem Interesse zu sperren, entgegenzutreten. Bezüglich des Unterrichts sagte Botha, bis zu einer gewissen Stufe, die die Kinder in der Erlernung der englischen und holländischen Sprache erreichen müßten, sollten sie in ihrer Muttersprache erzogen werden. Botha stellte ferner mit, daß er der Kolonialkonferenz in London beiwohnen werde.

Die erfolgreiche englische Burenpolitik ist ein bemerkenswertes Gegenstück zur Polenpolitik Preußens, die von Mißerfolg zu Mißerfolg taumelt. Es ist der Unterschied zwischen der Politik eines freien und eines unfreien Landes. —

Gewerkschaftliches.

Nochmals die gelben Hirsche.

Der „Gewerkverein“, das Organ für organisierten Streikbruch, schreibt in seiner Nr. 21 zu der Bemerkung des „Vorwärts“ betr. den Vertrag der Hirsche mit den Gelbmetallindustriellen:

„Weil unsere Gewerkschaften nicht rot sein wollen, so sind sie in den Augen des „Vorwärts“ gelb. Das ist der erste Widerspruch. Dann soll der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter sich auf den Schuldverleuten des Streikbruchs schuldig gemacht haben. Alle Welt weiß, daß unser Gewerkverein in aller Form erklärt hat, daß er einen Streik aus so wichtigen Ursachen, wie die Verletzung des Lohnes auf den Donnerstag, nicht mitmache. Der Streik endete denn auch mit einem vollen Mißerfolg. Hätten die „Zielbewußten“ diesen Kampf noch einmal zu führen, sie würden ihn dann ebensowenig aufnehmen, wie wir es getan. Darüber besteht unter den Metallarbeiter-Verbandlern selbst nicht der geringste Zweifel.“

Der neue Vertrag bindet den Gewerkverein nicht, er kann zu jederzeit Forderungen stellen. Auf einen einseitigen Tarifvertrag oder die Festsetzung eines Minimallohns vorläufig zu verzichten, bedeutet doch keinen Verzicht auf Forderungen zugunsten von Lohnherabsetzungen. So einen albernem Unsinne kann auch nur der „Vorwärts“ verbreiten. Wie froh wären die „Zielbewußten“, wenn es ihnen gelungen wäre, einen gleichen Vertrag zustande zu bringen.

Es ist zwar richtig, daß nach Beginn des Streiks bei Siemens die Hirsche erklärt haben, sie machen nicht mit, aber vor dem Streik hat in den Versammlungen niemand schärfer als die Vertreter der Hirsche-Dunklerischen das Verhalten der Direktion geißelt, gerade diese haben die neue Arbeitsordnung rundweg für unannehmbar erklärt. Als dann allerdings der Kampf um die Arbeitsordnung ausgefochten werden sollte, haben sie sich feige zurückgezogen. Es ist seitens der Hirsche die berühmte Erkelensche Taktik geübt worden.

Wenn der „Gewerkverein“ nun schreibt, die „Zielbewußten“ wären froh, wenn es ihnen gelungen wäre usw., so genügt es wohl festzustellen, daß dem „Zielbewußten“ Metallarbeiterverband vor 1 1/2 Jahren ein solches Konstrukt von „Vertrag“ angeboten ist. Der Metallarbeiterverband lehnte aber das Eingehen auf einen solchen Vertrag ab. Damals sagten auch die bei den Verhandlungen anwesenden Vertreter der Hirsche, die Herren Strubelt und Schumacher: „Wenn wir einen solchen Vertrag eingehen, wären wir wert, daß uns unsere Mitglieder mit einem Knüttel totschlagen.“

Schärfer als die Herren Strubelt und Schumacher können wir den Vertrag auch nicht verurteilen.

Berlin und Umgebung.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Verhandlungen haben die Führer der Arbeitgeber ihre Gefolgschaft im Kampfe zusammengehalten. Ein großer Teil der Arbeitgeber war des aussichtslosen Kampfes längst müde. Nachdem die Verhandlungen am Dienstag das von den Arbeitgebern gewünschte Resultat nicht gebracht, ihr Sturzwort vielmehr das gänzliche Scheitern der Einigung herbeigeführt hat, sind die Reichen der Arbeitgeber nicht länger zusammengehalten. Am Mittwoch haben bereits eine Anzahl von Arbeitgebern die Aussperrung zurückgezogen und eine große Zahl anderer Arbeitgeber, die ebenfalls bereit sind, die Aussperrten wieder einzustellen, stehen augenblicklich mit dem Holzarbeiterverband in Unterhandlung. Allen Anschein nach will man in den Kreisen der Arbeitgeber die Wirkung der von Herrn Rahardt nach dem Abbruch der Einigungsverhandlungen angedrohten „anderen Kampfmittel“ nicht abwarten. Man zieht es verständigerweise vor, nicht, wie Herr Rahardt in Aussicht stellte, nun auch die geschäftlichen Formen des Holzarbeiterverbandes gegenüber außer acht zu lassen, sondern vielmehr friedliche Beziehungen herzustellen.

Die Möbeltransportarbeiter Berlins sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben ihre Forderungen den hier in Frage kommenden Unternehmern bereits am 7. März er. zugestellt. Die nicht ständigen Arbeiter fordern einen Lohn von 7,50 M. pro Tag. Für Packer und Aufseher, welche als ständige Angestellten zu betrachten sind, wird ein Lohn von 36 M. pro Woche verlangt, bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends für Arbeiter und Packer, 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für Aufseher inklusive 1/2 Stunde Pause. Der Verein der Möbeltransporteure hat die seitens der Ortsvereinigung II des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, deren Mitglieder die hier in Frage kommenden Arbeiter und Aufseher sind, abgelehnt, weil nach seiner Annahme die Forderungen zu hoch sind und weil ferner der Zentralverband nicht in der Lage wäre, „die irregulären Arbeiter zu verpflichten, zu bestimmten Lohnsätzen zu arbeiten.“ — Dies ist jedoch nur ein Vorwand, um einer Verhandlung mit der Organisation auszuweichen. Eine Versammlung des Vereins Berliner Möbeltransporteure beschloß, in denjenigen Betrieben, wo niedrigere Löhne bezahlt werden, als die Mindestlöhne, die der Verein neuerdings festgesetzt hat, diese zu zahlen und zu allen übrigen höheren Löhnen freiwillig etwas zuzulegen. Auf diese Weise soll dem Handels- und Transportarbeiterverband der Wind aus den Segeln genommen werden.

Nach diesen Kampfsvorbereitungen ist jede Möglichkeit, auf friedlichem Wege eine Einigung zu erzielen, ausgeschlossen. Es wird auch hier erst zum äußersten, der Arbeitsniederlegung, gegriffen werden müssen. Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes ersucht deshalb alle Möbeltransportarbeiter und Aufseher, welche während der Amzugskampagne hier Arbeit nehmen, strengste Solidarität zu üben und Arbeit bis auf weiteres in der Möbeltransportbranche nicht anzunehmen, bevor nicht die vorhandenen Differenzen erldigt sind.

Die Automobilfahrer.

werden aller Wahrscheinlichkeit nach bald zu einer endgültigen Einigung kommen. Die Firmen, welche zuerst manche Schwierigkeiten machten, haben sich eines besseren besonnen. Die Aussperrten werden überall wieder aufgenommen, wenn auch die Einstellung sich zuerst etwas verzögern sollte, weil es an Wagen mangelt, die von den Arbeitswilligen vielfach beschädigt worden sind. Bei der Firma Bedag handelt es sich hauptsächlich noch um das Wagengeld für die Wagen. Die Firma verlangt vom Fahrer 60 Pf. und will den Wagen nicht dafür gepußt liefern, während die Firma Marx bei 45 Pf. dem Fahrer den Wagen gepußt stellt. Außerdem will Bedag den Vertrauensmann der Aussperrten (Schmielewski) nicht wieder einstellen. Das macht natürlich viel böses Blut unter den Fahrern, die sich verpflichtet fühlen, für ihre Vertrauensleute einzustehen. Diefelbe heimliche Rachsucht wollen zwei andere Firmen ausüben. Bei Kandelhart soll der Vertrauensmann Johann Schulte und bei der Firma Stern der Vertrauensmann Hartwig nicht wieder in Arbeit treten dürfen. Diese offensichtliche Maßregelung widerspricht dem Beschluß des Gewerbegerichts, der von der Unternehmervereinigung angenommen wurde und lautet: „Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Direktor Franke von der Bedag-Gesellschaft erklärte neuerdings, daß er bereit wäre, sich einem Spruch des Gewerbegerichts zu fügen. Dazu ist Gelegenheit am Freitagmittag, wenn die Schlichtungskommission, die von den Aussperrten angerufen worden ist, zusammentritt. Offenlich werden alle Unternehmer der Entscheidung der Schlichtungskommission folgen und damit die letzten gegenwärtig noch bestehenden Differenzen zur Erledigung kommen.“

Deutsches Reich.

Der Streik der Hamburger Schauerleute.

Wie uns telegraphisch gemeldet wird, sind gestern wieder 300 englische Streikbrecher mit dem Dampfer „Lutherworth“ in Hamburg angelangt. Es befinden sich jetzt 1800 Engländer im Hafen. Aussperrt sind 4000 Mann, während zu den alten Bedingungen 500 Schauerleute arbeiten.

Der Rasterstreik in Spinmünde dauert unverändert fort. In einer Verhandlung, die mit den Arbeitgebern stattfand, haben diese ganz rückständige Ansichten vertreten und wollen von einem Tarifvertrag überhaupt nichts wissen. Sie wollen allein bestimmen, was den Gehältern zu zahlen sei. Ein Arbeitgeber — namens Marquardt —, der aus Berlin vor längeren Jahren nach dort verzogen, tat sich ganz besonders rühmlich hervor, indem er ausführte: „Wir sollen uns zu allem möglichen verpflichten, und was bieten Sie uns?“ Sie sagten: Ihre Arbeitskraft, und in die ist was gesch. . . . Dieser Herr, der selbst gesagt hat, daß er nicht geglaubt, soviel Glück in Spinmünde zu haben, der es zum mehrfachen Hausbesitzer gebracht und 650 M. jährlich für Pachtung einer Jagd ausgeben kann, urteilt jetzt so über die Arbeitskraft der Gehältern. Ueber die Arbeitskraft, die ihm soviel Reichtum eingebracht! Keiner von den noch anwesenden 8 Arbeitgebern hat diese schimpfliche Kränkung gerügt. Sie haben sich so zu Risikofreudige gemacht. — Alljährlich aber müssen mindestens 100 Gehältern nach Spinmünde reisen, nur dann können die Arbeitgeber die Saisonarbeit einigermaßen bewältigen. Die Saison rückt auch in diesem Jahr immer näher, und da gilt es nun, den Herzen zu beweisen, daß sie ohne die Arbeitskraft der Gehältern nichts auszurichten imstande sind. Auf den Zug aus Berlin, der ja sonst alljährlich stattfindet, haben sie sich direkt berufen. Alle Raster Berlins und ganz Deutschlands sorgen hoffentlich dafür, daß jeder Zug nach Spinmünde ferngehalten wird.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Müller u. Bredt in Braunschweig haben sämtliche Schleifer die Arbeit niedergelegt. Arbeitslose Schleifer sowohl als auch andere Metallarbeiter werden dringend ersucht, keine Arbeit nach Braunschweig anzunehmen.

Die Tapezierer in Leipzig haben mit der Innung einen neuen Tarif abgeschlossen. Erreicht wurde im wesentlichen folgendes: Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 52 1/2 Stunde pro Woche, Erhöhung des Minimallohnes von 50 auf 53 Pfennig pro Stunde, Erhöhung aller Löhne um 5 Proz., Erhöhung des Zuschlages für Überstunden von 25 auf 33 1/2 Proz. und für Sonntagsarbeit von 33 1/2 auf 50 Proz., Erhöhung der Auslösung von 2,50 auf 3 M. pro Tag. Die verkürzte Arbeitszeit und die fünfprozentige Lohn-erhöhung kommen auch den Tapezierer-Näherinnen zugute. Der neue Tarif tritt am 15. März in Kraft.

Die Freischule des Vereins bereiten eine Lohnbewegung vor. Sie verlangen einen Wochenlohn von mindestens 24 M., 11stündige

Arbeitszeit (im Sommer von 8—8, im Winter von 8 1/4—8 1/2 Uhr) bei einstündiger Mittagspause, Einführung der nur 5stündigen Sonntagsarbeit, nämlich von 7—12 Uhr, statt der jetzt 7stündigen von 7—2 Uhr, bei Beibehaltung eines freien Nachmittags in der Woche für Gehältern und Lehrlinge, Freigabe des zweiten Osters, Pfingst- und Weihnachtstages statt des ersten, Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Anerkennung der Organisation. Falls die Meister diese Forderungen bis zum 18. März nicht bewilligen, soll an diesem Tage die Arbeit niedergelegt und mit der Einrichtung fliegender Lagerstudien begonnen werden.

Ausland.

Eine Abstimmung über den Achtstundentag

haben am vergangenen Sonntag die Verleute des Kohlengebietes von Charleroi vorgenommen. Beteiligt daran waren alle Bergleute, organisiert oder nichtorganisiert, im Alter von mindestens 18 Jahren. Das erste Resultat, welches bekannt wurde und im „Peuple“ wiedergegeben wird, ist das von 6111. Zahl der Abstimmenden 2597; davon stimmten für den Achtstundentag 2580, dagegen 7; weiche und ungültige Stimmzettel wurden 10 abgegeben. Schon dieses Resultat ist äußerst interessant, es zeigt, wie sehr in den Kreisen der Grubenarbeiter das Verlangen nach dem Achtstundentag verbreitet ist.

Textilarbeiterstreik in Frankreich.

In Bourguies (Departement Nord) sind 900 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Sie versammelten sich in der Arbeitsbörse, wo mehrere Redner unter allgemeiner Zustimmung für einen allgemeinen Textilarbeiterausstand sprachen. Gestern morgen ruhen 15 Spinnereien, und nur drei sind noch in Betrieb. Man fürchtet, daß es zu einer allgemeinen Arbeitsinstellung kommt.

Der Streik in Moskau.

Die Moskauer städtische Trambahn hat ihren Betrieb völlig einstellen müssen, da die Arbeiter und Angestellten in den Ausstand getreten sind. Die Ursache dieses Ausstandes lag in dem Streik der Schlosser des Russier Wagenparks, die wegen der völlig unzureichenden Entlohnung einiger Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten. Zuerst forderten die Schlosser nur die Wiederaufnahme der entlassenen Kollegen und die Abhebung des Chefs der Werkstätten, Grems, gegen den sie den Vorwurf großen Benehmens erhoben. Als sich aber auch die Arbeiter der anderen Wagenparks den Ausständigen angeschlossen hatten, wurden die oben angeführten Forderungen durch einige Forderungen ökonomischer Natur ergänzt. Der Stadthauptmann droht mit Verhaftung und Ausweisung. Der Stadtausschuß hat den Streikenden gekündigt. Die Stimmung unter den ausländischen Arbeitern ist eine gehobene. Die Verluste der Stadt belaufen sich täglich auf viele Tausende Rubel.

Dieses Vorgehen des Magistrats hat große Aufregung bei der gesamten Arbeiterschaft der Stadt hervorgerufen. Die Fabrikarbeiter beschloßen in einer gestern abgehaltenen Versammlung, eine Deputation nach Petersburg zu entsenden, um die sozialdemokratische Dumafraktion aufzufordern, über diese Angelegenheit in der Duma eine Interpellation einzubringen.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Petersburg: Der Streik in Moskau wird allgemein und führte zu einem großen Dursturz. An der Börse ist man überzeugt, daß eine etwaige Dumaauflösung überall in Rußland Massenaustritte hervorrufen werde.

Eingegangene Druckschriften.

Kapital und Erfindung. Herausgeber Otto Wiesner. Verlag von Kapital und Erfindung. Berlin W. 57.
Die neuen Militär-Pensionsgesetze vom 31. Mai 1906. Verlag L. Schwarz u. Komp., Berlin S. 14, Dresdenstr. 80. Preis 80 Pf.
Der christlich-nationale deutsche Gärtnerverband. Ein Festschrift 1906 und 1906. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins. 36 Seiten. Preis 10 Pfennig. Selbstverlag des Allgemeinen Gärtnervereins, Berlin N. 37, Rebechr. 3.
Das moderne Zeitungswesen. Von Dr. R. Bruns. Preis: Gebunden 80 Pfennig. Verlag: G. O. Schöner in Leipzig.
Die Regereie und die Deutschen in Afrika. Ein Kampf gegen Missionen, Stillstandsphantasien und Bureokratie vom Standpunkt moderner Psychologie von Dr. Karl Decker. München, J. F. Lehmanns Verlag. Preis 1,50 Mark.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schneewetter.

Wien, 13. März. (B. T. B.) Hier und über ganz Oesterreich-Ungarn ging ein kolossaler Schneefall nieder; der strenge Frost dauert fort. In Bosnien hat jeglicher Verkehr, die Schneemassen liegen vielfach schon fünf Meter hoch. Aus der Provinz wird weiter gemeldet, daß bereits mehrere Personen erfroren aufgefunden wurden. Im Alpengebiete wurden durch niedergehende Lawinen mehrere Personen getötet.

Die Katastrophe von Toulon.

Paris, 13. März. Wie das Marineministerium kundgibt, beträgt die Zahl der bis heute abend 5 1/2 Uhr Vermissten von der „Jena“ 110.

Paris, 13. März. (B. T. B.) Dem „Journal des Debats“ zufolge halten berufene Marinekreise die Annahme, daß die Explosion auf der „Jena“ durch Selbstentzündung des Pulvers herbeigeführt wurde, für unbegründet. Man sei eher geneigt, an einen verbrecherischen Anschlag zu glauben, und stühe diese Ansicht darauf, daß die Explosion im Dinterschiff erfolgte, wo sich die Offizierskabinen befinden, und zwar nach der Ruhepause vor dem Appell, also in einem Augenblick, wo zur Vorbereitung des Anschlages Zeit war. Ferner wird aus Toulon berichtet, daß, wie heute festgestellt wurde, in der Stadt selbst eine ganze Menge Granatstücke niedergefallen sind. In der Rue St. Michel schlug ein 4—5 Kilogramm schweres Granatstück durch das Dach eines Hauses, durchbrach die Dede des dritten und zweiten Stockwerkes, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten.

Mauerausperrung.

Lyon, 13. März. (B. T. B.) Die hiesigen Bauunternehmer haben 4000 Fassadenarbeiter ausgesperrt, weil deren Syndikat zwei Unternehmer in Vohloft getan hat.

Die verkauften Pferdehülle.

Stockholm, 13. März. (B. T. B.) Der Reichstag hat heute den Antrag angenommen, wonach die kronprinzlichen Stallgebäude verkauft und von dem Erlöse derselben dem Kronprinzen 550 000 Kronen zur Disposition gestellt werden, unter der Bedingung, daß die verlangte Erhöhung der Anpanage des Kronprinzen fortfällt. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung zu dem Antrage. In der Ersten Kammer wurde der Antrag ohne Debatte angenommen, die Zweite Kammer nahm denselben nach kurzer Debatte mit 130 gegen 68 Stimmen an.

Genidstarr-Epidemie.

Petersburg, 13. März. (B. T. B.) Wie aus Tiflis gemeldet wird, tritt in einem Bezirk der Landschaft Kachetien die Genidstarr-Epidemie auf.

Schweres Eisenbahnunglück.

Johannesburg, 13. März. (B. T. B.) Gestern abend ereignete sich bei Almar auf der Delagoa-Bahn ein Eisenbahnunglück, bei dem dreizehn Personen getötet und elf verletzt wurden.

Reichstag.

17. Sitzung. Mittwoch, den 13. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Rieberding. Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuell zweite Beratung des am 19. September 1906 in Bern abgeschlossenen zweiten Zusatzabkommens zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr vom 14. Oktober 1890.

Präsident des Reichs Eisenbahnministeriums Schulz: Das auf Grundlage des deutschen Systems geschaffene einheitliche Recht für den internationalen Güterverkehr hat sich recht gut bewährt. Es umfasst jetzt bereits alle Staaten des europäischen Festlandes; die gegenwärtige Revision beschränkt sich darauf, einige Einzelheiten zu ergänzen und zu verbessern. Sodann mache ich noch auf zwei Punkte aufmerksam: die Erhöhung der Kosten des internationalen Personalfahrten in Bern um 2500 M. und auf einen Posten von 6000 M. zur Versorgung invalider oder verunglückter Beamten des internationalen Telegraphendienstes, und bitte Sie, das gesamte Zusatzabkommen zu bewilligen. (Beifall.)

Abg. Stolte (Soz.):

Auf der Konferenz stellte Oesterreich-Ungarn den Antrag, ein belehrbares Eisenbahnpapier, ähnlich dem Schiffsladebeschein, zu schaffen. Ein solches belehrbares Eisenbahnpapier würde für unseren Handel, der sich von Jahr zu Jahr mehr ausdehnt, außerordentlichen Vorteil bringen. Die deutschen Delegierten haben aber dagegen gestimmt, und so ist denn der Antrag mit 7 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden. Da muß man doch die Frage aufwerfen, ob die deutschen Delegierten auch wirklich dem Interesse des Handels und Verkehrs gebieten oder nicht vielmehr dem fiskalischen Interesse. Freilich berufen sie sich auf die Stellungnahme der Handelskammern, aber diese sind nicht die alleinigen Vertreter von Handel und Verkehr; die deutschen Delegierten hätten sich auch bei den Fabrikanten, Industriellen und Kaufleuten informieren sollen. In dem Augenblick, wo man von einer Seite dem Handel auf den Wasserstraßen Demnisse in den Weg zu legen bestrebt ist, wäre es doppelt notwendig gewesen, dem Eisenbahnverkehr jede Förderung angezeihen zu lassen. Ich glaube aber, daß die deutschen Delegierten mit ihrer Stellungnahme dem Handel und Verkehr einen schlechten Dienst erwiesen haben.

Leider ist auch in dem Artikel 18 Absatz 3 das Recht, das jetzt den Eisenbahnen im inländischen Verkehr zusteht: Frachtgüter auf Umwegen zu befördern, auf den internationalen Verkehr ausgedehnt worden. Ich habe bereits im Jahre 1901 auf die hieraus sich ergebenden Uebelstände aufmerksam gemacht, die im internationalen Verkehr noch größer werden müssen als im inländischen.

Auch mit dem Artikel 12 Absatz 4 kann ich nicht zufrieden sein; wenn unrichtige Anwendungen des Tarifs oder Berechnungsfehler vorgekommen sind, so sollten nach einem Antrage Oesterreichs die zum Empfang einer Zurückzahlung Berechtigten eine sofortige schriftliche Benachrichtigung erhalten. Die deutschen Delegierten wandten sich hiergegen mit der Begründung — ich traute meinen Augen kaum, als ich es las —, es würde das zu viel Kosten verursachen. In dem von mir genannten Absatz ist denn auch das Wort „schriftlich“ gestrichen worden.

Anderserseits erkenne ich an, daß namentlich der Artikel 1 manche Vorteile bringt, die jedoch die angeführten Nachteile nicht aufwiegen können. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Debatte.

Das internationale Übereinkommen wird genehmigt. Hierauf wird die Besprechung der Interpellation des Zentrums und der Nationalliberalen wegen der Strafrechtsreform fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (frj. Sp.): Auf die Ausführungen des zweiten Herrn Interpellanten über die Reform der Strafgerichtsordnung selbst ist der Herr Staatssekretär gestern gar nicht eingegangen. Die größten Schwierigkeiten für die Reform sind wohl im Kastanienwäldchen zu suchen. Der beste Beweis dafür ist, daß in Preußen mit dem Anflug des Hülsenrichtertums noch immer nicht geachtet wird. — Ueber die Verbeibaltung der Schwurgerichte freuen wir uns; wenn man aber Scheinschwurgerichte durch Zusammenwerfung von Laien und Berufsrichtern schaffen will, so müssen wir uns entschieden dagegen wenden; das wären einfach größere Schöffengerichte. (Sehr richtig! links.) Wir wollen reine Laiengerichte vor allem für politische Prozesse und weiter die Ausdehnung der Schwurgerichtsrechtsprechung in Preußen auf das ganze Reich.

Hartnäckig ausgeschwiegen hat sich der Herr Staatssekretär über die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene. Nur so wird der plutokratische Zug bei Einberufung von Schöffen und Geschworenen, der heute herrscht, beseitigt werden können. (Sehr richtig! links.) — Vor allem reformbedürftig ist das jetzige Verordnungsverfahren. Der Untersuchungsrichter ist vielfach nichts als ein verkappter Staatsanwalt; ich erinnere an den gestern bereits erwähnten Prozeß Rander. Ausschwiegen hat sich der Herr Staatssekretär auch über die Frage des Zeugniszwanges gegen die Presse, die jetzt so sehr die Öffentlichkeit beschäftigt. Mit diesem unmoralischen Zwang muß gebrochen werden, ebenso mit dem Zwang in der Eidesabnahme. Ein solches Vorgehen, wie es der Staatsanwalt im „Simplizissimus“-Prozeß gegen Professor Krol beliebt, müßte unmöglich gemacht werden. — Für die Einführung der Berufung gegen Strafammerurteile sind wir selbstverständlich. Was die Widerstandsbeschläge anbelangt, so sind wir einverstanden mit der Befreiung des Richterstandes von nicht-richterlichen Geschäften und der Heraushebung der Richter aus der Beamtenhierarchie. (Sehr richtig! links.) Die gleiche Behandlung aller Angeklagten müssen wir den Richtern vor allem ans Herz legen. — Im Anschluß an die geplante Reform müssen wir ein Reichsstrafvollzugsgesetz und die Einführung der bedingten Verurteilung verlangen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Rieberding: Ich habe mich gestern darauf beschränkt, die in den Interpellationen gestellten Fragen zu beantworten. Ich würde den Rahmen der Interpellation überschreiten, wenn ich auf alle die wichtigsten Fragen, die der Herr Vorredner berührt hat, eingehen wollte; ich bin da zu keinen Erklärungen ermächtigt. — Was die Schwurgerichte anlangt, so sollen sie genau so zusammengesetzt sein wie jetzt. Die Reform der Strafgerichtsordnung befindet sich in Vorbereitung; ich kann mich daher über die Fragen der Voruntersuchung, des Zeugniszwanges usw. nicht äußern. Auch die Frage der Gewährung von Entschädigungen an Schöffen und Geschworene liegt im Rahmen der Strafgerichtsordnung.

Abg. Barenhorst (Rp.) protestiert gegen die Aeußerung des Abg. Stadhagen, daß eine Differenz bestehe zwischen dem, was die Gerichte erkennen und dem, was Rechts sei. Einen Beweis dafür habe der Abg. Stadhagen nicht erbracht. Die Berufung muß den Landgerichten überwiesen werden, nicht den Oberlandesgerichten, deren Bezirk zu groß ist; es würden bei ihnen deshalb zu viel kommissarische Zeugenerklärungen notwendig werden, was im Interesse der Ründlichkeit der Verhandlung nicht wünschenswert wäre. Durch Zuziehung des Laienelements zu den Strafkammern würde ihre Bedeutung in keiner Weise eingeschränkt werden, vielmehr dem großen Interesse, das in den Städten und auf dem Lande der Strafrechtspflege gegenüber vorhanden ist, entgegengekommen werden. Aus gleichem Grunde müssen auch die Schwurgerichte beibehalten werden, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Vor allem wünschen und hoffen wir, daß die Reform möglichst beschleunigt werde. (Beifall bei der Reichspartei.)

Abg. Dr. v. Mieszkowski (Kole): Auch wir schließen uns den Wünschen auf Beschleunigung der Reform an, doch sind wir nicht so optimistisch zu hoffen, daß dadurch das jetzt verbräutete Mi-

trauen gegen die Rechtsprechung verschwinden wird. Ein besondertes Mangel ist jetzt, daß Berufung nicht wegen der Höhe des Strafmaßes eingelegt werden kann. Das ist gerade für uns, gegen die bei politischen Prozessen oft exorbitant hohe Strafen ausgesprochen werden, ein besonders wichtiger Gesichtspunkt. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Unbedingt muß auch der Zeugniszwang für Redakteure beseitigt werden. Ferner verlangen wir Polen, daß für volle Unabhängigkeit der Richter bei politischen Prozessen Sorge getragen wird. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ein Mitglied des Schwarzenbergs z. B. kann kein unbefangener Richter gegen uns Polen sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein polnischer katholischer Geistlicher wurde verurteilt, weil er die Versammlungen eines Vereins, dessen Vorsitzender er war, nicht anmeldete. Der Verein hatte in seinen Satzungen, daß die Mitglieder zu tüchtigen Handwerkern und zu den Pflichten gegen die Gesamtheit erzogen werden. Hieraus konstruiert das Urteil, daß der Verein ein politischer sei; (Hört! hört!) denn da die Satzungen polnisch abgefaßt sind, könnten nur Polen Mitglieder sein, die Polen verständlich aber unter den Pflichten gegen die Gesamtheit die Pflichten gegen das Polentum und hierunter den Kampf gegen das Deutschtum! (Lebhafte Hört! hört! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Redner führt weitere Fälle von Urteilen gegen Eltern wegen Schulverhinderung von Kindern an.

Vizepräsident Baaske: Herr Abgeordneter, Sie entfernen sich ziemlich weit vom Gegenstand. (Lebhafte Widerspruch bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir sind bei einer Interpellation über die Revision der Strafgerichtsordnung, und ich meine, einzelne Fälle haben mit der Strafgerichtsordnung nichts zu tun. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Polen und im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Mieszkowski: Ich konstatiere, daß ich das Verlangen gestellt habe, daß Mittel und Wege gefunden werden sollen, welche die völlige politische Unabhängigkeit der Richter gewährleisten. (Sehr richtig! bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.) und deshalb will ich Fälle anführen, die beweisen, daß das jetzt nicht der Fall ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Vizepräsident Baaske: Ich gebe zu, daß Sie einen Zusammenhang zwischen den angeführten Fällen und der Strafgerichtsordnung konstruieren können, ich habe aber die Bitte ausgesprochen, daß Sie sich bei der Anführung der einzelnen Fälle beschränken möchten.

Abg. Dr. v. Mieszkowski führt eine Reihe weiterer Fälle zur Begründung seines Verlangens an. (Beifall bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Roth (wirtsch. Vg.) spricht sich für Verstärkung des Laienelements in der Rechtsprechung aus. Die Einführung der Berufung halten auch wir für dringend nötig. Der Schutz gegen unbedeutende Untersuchungsakts, wie ihn die Kommission vorschlägt, ist ganz und gar nicht genügend. (Beifall bei der wirtsch. Vereinigung.)

Abg. Dove (frj. Vg.): Ueber die Notwendigkeit der in den Interpellationen geforderten Reform sind wir alle einig. So freilich, wie Herr Stadhagen es geschildert hat, stehen die Dinge nicht. Wir glauben im Gegensatz zu Herrn Stadhagen, daß auch innerhalb des Bestehens der bürgerlichen Gesellschaft noch eine gründliche Reform möglich ist. (Sehr gut! links.) Das Wesentlichste ist die Reform des Vorverfahrens. Schon bei dieser Gelegenheit wird sich zeigen, ob die Kinder der neuen Paarung mehr dem Vater oder der Mutter ähneln. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Werner (Antif.) fordert unter Verweisung auf den Fall des Hauptmanns von Menden eine Reform der Strafpolizeiaufsicht. Ebenso dringend wie die Reform der Strafgerichtsordnung ist die der Zivilprozessordnung. Unerschrocken ist es, daß Zeugen oft stundenlang warten müssen. (Sehr richtig!)

Abg. Storz (südd. Vp.) spricht unter großer Unruhe des Hauses über die Frage der Entschädigung unschuldiger Verhafteter und über die Frage der Eidesabnahme.

Hierauf geht ein Schlufantrag ein, gestellt von den Abgg. v. Kormann (l.), Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) und Schrader (frj. Vg.). Für den Schlufantrag erheben sich die Rechte mit den Antikemiten, die Nationalliberalen und die Mitglieder der Freisinnigen. Dagegen erheben sich das Zentrum mit den Polen, die Sozialdemokraten und der größere Teil der Freisinnigen. Da das Bureau über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft bleibt, wird die Auszählung durch Hammelsprung vorgenommen. Diese ergibt die Ablehnung des Schlufantrages mit 133 gegen 121 Stimmen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Stadhagen (Soz.) polemisiert unter großer Unruhe des Hauses gegen den Abg. Barenhorst: Es ist mir gar nicht eingefallen, zu behaupten, die Schöffengerichte beständen niemals aus Handwerkern, Bauern usw., sondern ich habe gesagt: zu den Beratungen der Strafprozessreformkommission seien keine Arbeiter, Handwerker usw. als Sachverständige zuzuziehen. Weiter habe ich ausgeführt: wir nehmen das Gute, woher es kommt, auch vom Auslande, die Rechte aber nehme nur das Schlechte vom Auslande, wie z. B. das Institut der Staatsanwaltschaft. — Sie sehen, ich hätte das alles auch im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sagen können, wenn Sie den Schlufantrag angenommen hätten. (Heiterkeit.)

Abg. Heßcher (frj. Vg.): Ich habe aus den Ausführungen des Staatssekretärs den Eindruck gewonnen, daß Diäten für Schöffen und Geschworene die stärkere Heranziehung des Laienelements nötig sind. Aber schon jetzt sollten zu Schöffen und Geschworenen Arbeiter mit herangezogen werden. Tatsächlich ist das jetzt nicht der Fall, obwohl es auch nach dem gegenwärtigen Gesetz der Fall sein sollte. In Hamburg habe ich vor Jahren einmal festgestellt, daß unter 5070 Schöffen und Geschworenen der gesamte Arbeiterstand durch einen einzigen Schornsteinfegerer vertreten war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hamburg ist es jetzt anders. Aber ein solcher Zustand ist ungesund. Die deutsche Sozialdemokratie wendet sich öfter gegen Schwurgerichte, also gegen die Volksgerichte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Volksgerichte?“) Mißverstehen Sie mich nicht, ich meine, die deutsche Sozialdemokratie wendet sich öfter gegen Urteile von Schwurgerichten, und darin zeigt sich das berechtigete Mißtrauen gegen eine Rechtsprechung, bei welcher der Arbeiterstand von der Mitwirkung ausgeschlossen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Verfahren, das dem gegenwärtig bestehenden Gesetz widerspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Ich glaube nicht, daß meine Ausführungen gestern und heute Anlaß gegeben haben, diese Frage aufzuwerfen. Das Gesetz fordert nicht, daß Arbeiter auch Schöffen und Geschworene werden, aber es setzt eine verhältnismäßige Behandlung der Arbeiter zu anderen Ständen nicht voraus. Auch ist es nicht die Absicht der preussischen Regierung, nach dieser Richtung eine Einschränkung vorzunehmen. Wenn nach den Ausführungen des Herrn Abg. Heßcher in Hamburg dem bestehenden Gesetz zuwider verfahren wird, so hätte der Herr Abgeordnete das an der zuständigen Stelle vorbringen sollen.

Abg. Heßcher (frj. Vg.): Ich habe mich nicht gegen die Handhabung des Gesetzes in meiner Vaterstadt gewendet, sondern im Gegenteil ausgeführt, daß dort mit der Werbung, Arbeiter und Geschworene zu Schöffen nicht zu wählen, gebrochen ist.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Der Abg. Heßcher hat doch gerade aus Hamburg angeführt, daß dort der gesamte Arbeiterstand in der Liste der Schöffen und Geschworenen nur durch einen einzigen Schornsteinfegerer vertreten war. (Abg. Heßcher ruft: Das war vor Jahren!) Ich habe annehmen müssen, daß er hier einen Fall von aktueller Natur vorbringt. Wenn er allgemein behauptet, es gäbe in Deutschland Gebiete, wo dem

Gesetze zuwidergehandelt wird, so muß er spezielle Orte anführen; nur dann kann der Sache näher getreten werden.

Abg. Barenhorst (Rp.): Es gibt weite Teile in Deutschland, wo auch der schlichteste Arbeiter zum Schöffengericht zugezogen wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo?) In Hannover zum Beispiel. Material darüber habe ich natürlich nicht mitgebracht. Wollte man immer etwas Material darüber mitbringen, was die linke Seite verlangt, so müßte man stets mit einem Möbelwagen herkommen. (Große Heiterkeit.) Zu Geschworenen werden die Arbeiter allerdings nicht zugezogen, doch nicht aus Mißtrauen gegen den Arbeiterstand, sondern lediglich, weil wir keine Tagelöhner für Schöffen und Geschworene haben.

Abg. Heine (Soz.): Der Behauptung, als ob allgemein oder irgendwie in größerem Umfange in Preußen Arbeiter in die Liste der Schöffen aufgenommen werden, muß ich entschieden widersprechen. Gesehliche Gründe zur Begünstigung der Arbeiter bestehen nicht. Trotzdem wird selbst in Städten wie Berlin, wo es an geeigneten Arbeitern jedenfalls nicht fehlt, nur ein ganz winziger Teil von Arbeitern zu Schöffen genommen, und mir wird gesagt, daß auch in den anderen Bundesstaaten nur an ganz wenigen Orten Arbeiter zu Schöffen gewählt werden. Von Württemberg z. B. teilt mir mein Parteigenosse Hildebrand mit, daß es nur in Stuttgart geschieht. Dabei gibt es in Württemberg eine ganze Reihe von Industriestädten mit einer starken Arbeiterbevölkerung. Ich habe selbst vor einigen Jahren an Erörterungen bei der Aufstellung der Schöffenslisten teilgenommen, und ich weiß, daß Arbeiter ohne weiteres weggelassen wurden, und zwar nicht deswegen etwa, weil sie den notwendigen Aufwand nicht bestreiten könnten, sondern von vornherein galt es als selbstverständlich, daß Arbeiter nicht in die Liste gehören! Mir ist auch gesagt worden — aus eigener Erfahrung weiß ich das nicht —, daß über die Aufnahme von Mitgliedern des kleinen Bürgerstandes zuweilen recht seltsame Gründe entscheiden. So weiß ich, daß in kleinen Städten sehr oft darüber geredet wird, daß jemand, der als Schöffe einmal dem Amtsdirektor Schwierigkeiten bei der Abstimmung gemacht hat, dann sofort von der Liste verschwindet. (Zuruf rechts: Wo?) Ich kann keinen Ort anführen, aber mir ist das von Leuten gesagt worden, die in der Justiz stehen.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Wenn der Herr Vorredner erklärt hat, daß Amtsdirektor in Verbindung mit den anderen Herren der Ausschüsse bei der Wahl der Schöffen in der way ihm angegebenen Weise gegen das Gesetz vorgehen, so muß ich gegen eine derartige, ganz allgemeine, durch nichts begründete und das Ehrgefühl weiter Kreise verletzende Behauptung Protest einlegen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Heßcher (frj. Vp.): Ich möchte dem Herrn Staatssekretär die einfache Frage vorlegen: Woher kommt es denn, daß die bayerische Regierung ein Reskript erlassen hat, in welchem sie ausdrücklich ausspricht, man solle mit der alten Übung brechen und künftig die Arbeiter zu Schöffen und Geschworenen heranziehen? Dieses ganze Reskript hätte ja gar keinen Sinn gehabt, wenn nicht die gegenteilige Übung bestände. (Sehr gut! links.)

Abg. Heine (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat sich beklagt, daß ich, ohne einzelne Fälle nach Ort und Datum anzuführen, hier eine Anschuldigung erhoben habe, von der er behauptet, sie käme weite Kreise der Justiz tranken. Es gibt gewisse Dinge, die jeder Wissende bestätigen kann und die jeder ehrliche Wissende als wahr bestätigt, auch ohne daß man Alten dafür auf den Tisch legt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Wagner (l.): Die Auswahl der Schöffen ist eine einfache Frage der richterlichen Entschliebung, und der Ausschuss ist gar nicht befugt, Weisungen von oben irgendwie Folge zu leisten. Die Herren der Linken, die immer von der Unabhängigkeit der Richter sprechen, wollen jetzt selbst, daß in diese Unabhängigkeit eingegriffen wird. (Gelächter und Unruhe links.) In Sachen werden vielfach Arbeiter zu Schöffen gewählt. Wenn wir nicht genügend objektive Arbeiter finden, so liegt das an der Behauptung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wie es mit der Beeinflussbarkeit selbst der Obergenossen steht, hat der „Vorwärts“ nach dem Dresdener Parteitag bestätigt, als er schrieb: „Es war beschämend, während der Debatten zu sehen, wie völlig kritiklos auch völlig intelligente Genossen den ganzen die Taktik betreffenden Verhandlungen gegenüberstanden, wie sie heute den Ausführungen Heßchers, morgen denen Vollmars zustimmten. Eine so rhetorischen Einflüssen widerstandslos preisgebene Hülflosigkeit vermag dann auch einem einigermaßen gemäßigten Gegner gegenüber vollständig in der Agitation.“ — Das sind die Kräfte, die Sie uns als Geschworene und Schöffen empfehlen! (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Günther (frj. Vp.): Wenn Herr Wagner behauptet hat, daß in Sachen überall, wo eine nennenswerte Zahl von Arbeitern vorhanden ist, diese Arbeiter zu Schöffen herangezogen werden, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Nach meiner Erfahrung ist die Hinzuziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen in Sachen ein seltener Ausnahmefall. (Bravo! links.)

Abg. Singer (Soz.): Es ist zwar im Hause nicht Sitte, auf den Privatberuf eines Abgeordneten einzugehen, aber es ist doch ganz charakteristisch, daß die Ausführungen, die wir von dem Abgeordneten Wagner gehört haben, aus dem Munde eines Mannes kamen, der in seinem Beruf königlich sächsischer Landrichter ist. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß für sächsische Richter Sozialdemokraten Leute minderen Rechtes sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Wagner sozialdemokratische Schöffen und Geschworene als ungeeignet zur objektiven Rechtsprechung hält, dann sind wahrscheinlich nach seiner Meinung die Richter, welche Mitglieder des Reichstagesverbandes sind, geeigneter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Daß Herr Wagner auch nur eine Spur von Objektivität (Oh! rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), dann müßte er wissen, daß überall da, wo Arbeiter im allgemeinen und sozialdemokratische Arbeiter im besonderen zu richterlichen Akteuren berufen werden, die ganze Welt des Lobes voll ist über die Objektivität dieser Richter. Ich erinnere daran, daß wiederholt öffentlich erklärt worden ist, daß die Objektivität der Richter bei den Gemeinderichtern, die in großer Zahl Sozialdemokraten sind, sich sogar auszeichne vor der Objektivität der Arbeitgeberbeisitzer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Wagner erklären sich aus dem glühenden Haß gegen alles was Sozialdemokrat ist. Ich muß entschieden Protest dagegen einlegen, daß die neue Weisheit heute wiederholt versucht hat, die Ehre der Arbeiterklasse in unverantwortlicher Weise herabzusetzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Abg. Wagner (l.): Der sächsische Richterstand hat nie Wert darauf gelegt, das Lob des Herrn Abgeordneten Singer einzufleischen. Bekamen wir jemals dieses Lob, so müßten wir denken, unsere Pflicht verjäumt zu haben. (Bravo! rechts.) Wir sächsischen Richter werden genau so wie früher objektiv Recht sprechen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Röh! röh!) Etwas anders gibt es noch in ihrem inneren Herzen treuegestimmte deutsche Arbeiter, die sich von sogenannten Arbeiterführern, wie Herr Singer, nicht verführen lassen, welche alles, was dem Deutschen hoch und heilig ist, in den Staub ziehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (frj. Vp.): Ich muß die Aeußerung des Abgeordneten Singer, daß die neue Weisheit die deutsche Arbeiterschaft beleidigt habe, mit aller Schärfe zurückweisen. Zu dieser neuen Weisheit gehören auch wir. Ich weiß nicht, was ihn zu einem solchen parlamentarisch nicht zu kennzeichnenden Ausspruch berechtigt gerade in einem Zeitpunkt, wo wir die Arbeiterinteressen mindestens ebenso gut vertreten haben wie die Sozialdemokratie. Die von Herrn Singer stets beliebte Zusammen-

Schweigung von Sozialdemokratie und deutscher Arbeiterschaft Weise im Namen von Hunderttausenden deutscher Arbeiter zurück. (Großlächer bei den Sozialdemokraten.) Seine Äußerung über die neue Mehrheit muß ich einfach als Verleumdung bezeichnen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Abgeordnete Müller-Reinigen hat mit großem Pathos betont, daß seine Partei — die allerneueste Rechte oder die allerneueste Linke oder ich weiß nicht, wozu er gehört (Heiterkeit) — stets für die Arbeiter eingetreten ist. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß meine politischen Freunde bereits 1898 die Hinzuziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworenen und die Gewährung von Tagelohnern, um dies zu ermöglichen, verlangt haben. Damals waren es die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Rechte, die unsere Anträge abgelehnt haben.

Dem Herrn Abgeordneten Wagner kann ich nur meinen Dank aussprechen. Er hat hier klar zu erkennen gegeben, daß er es als Aufgabe der Richter betrachtet, gegen Sozialdemokraten, weil sie Sozialdemokraten sind, Recht zu sprechen. Bezüglich der Dresdener Gerichte ist dies ja durch das Urteil eines Berliner Gerichts festgestellt: Ein Redakteur, der geschrieen hatte, die sächsischen Richter betrachteten Sozialdemokraten als Leute minderen Grades, wurde vom Landgericht I, das wirklich nicht sozialdemokratenfreundlich ist, freigesprochen, weil diese Behauptung durch eine Fülle sächsischer Urteile vollkommen erwiesen wurde. Die sächsischen Konservativen haben dann versucht, Sturm zu laufen gegen diese preussischen Richter, während doch die Richter nach der Behauptung der Konservativen unabhängig sein sollen. Herr Wagner hat also bestätigt: Sie (nach rechts) wollen, daß die Justiz als politisches Machtmittel gegenüber den Arbeitern und insbesondere gegenüber Sozialdemokraten gebraucht werden soll. (Zuruf rechts: Nüchtern Verdrehung!) Ich weiß nicht, wer den Zwischenruf gemacht hat, ich glaube Herr Werner. (Zuruf rechts: Brauh!) Einer sieht ja aus wie der andere. (Große Heiterkeit. Erneute Zwischenrufe rechts. Präsident Graf Stolberg: Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen. Große Heiterkeit.) Nach diesen Ausführungen des Herrn Wagner kann es in Deutschland keinen Arbeiter mehr geben, der auch nur noch einen Rest von Vertrauen auf sächsische Richter haben kann. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.): Herr Wagner hat sich unter Rennung auch meines Namens über die Führer der Sozialdemokratie erregt und hat gemeint, die Arbeiter vor ihnen schützen zu müssen. Ich glaube, daß die Arbeiter ihre Führer wohl selbst suchen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens sind die Ausführungen des Herrn Wagner über die Beurteilung von Sozialdemokraten der beste Beweis für die Richtigkeit meiner Auffassung, daß solche Herren sich am allerwenigsten zur Ausübung richterlicher Funktionen eignen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach seinen Ausführungen kommt er mir vor, als ob er eine Figur aus der Schreckenssammer der sächsischen Justiz wäre. (Heiterkeit.)

Herr Müller-Reinigen hat sich über meine Ausführungen über die neue Mehrheit erregt. Ich kann nicht sagen, ob ich den Ausdruck „neue Mehrheit“ gebraucht habe. (Zuruf: Ja wohl!)

Ich habe selbstverständlich nur von der heutigen Mehrheit, der Mehrheit dieser Verhandlung sprechen wollen. Was seine letzten Ausführungen betrifft, soweit sie sich auf die Hunderttausende von Arbeitern beziehen, in deren Namen er hier gesprochen hat, so möchte ich mir die bescheidene Anfrage erlauben, wo denn diese Hunderttausende von Arbeitern sind? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß die Arbeiter schon längst nicht mehr hinter den Liberalen stehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sie einmal gefast haben, so doch nur deshalb, weil damals die Sozialdemokratie, also die Arbeiterklasse selbst noch nicht organisiert war. Seit der Zeit, daß die Arbeiterklasse zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß sie ihre Interessen selbst zu vertreten hat und daß sie nicht mehr als Stimmvieh des Liberalismus zu gelten hat (Unruhe bei den Freisinnigen), sind die Arbeiter vom Liberalismus abgefallen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und wenn Sie darauf hinweisen, daß sie bei den letzten Wahlen als Gefolge des Hottenbloß zu Ihnen gekommen sind (Starke Unruhe rechts und bei den Liberalen, in dem die letzten Worte des Redners verloren gehen). (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kreth (L.): Ich will den sächsischen Richterstand gegen die Angriffe der Sozialdemokratie nicht in Schutz nehmen; denn das wäre eine Verleumdung des sächsischen Richterstandes. (Bravol rechts.) Aber ich lege Verwahrung dagegen ein, daß die Vertreter der Sozialdemokratie sich mit ebensolcher Empfänglichkeit als Unwahrscheinlichkeit als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aufgepielt haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Von den 48 Sozialdemokraten sind u. a. 10 Partei- und Gewerkschaftsbeamte, 12 Schriftsteller, 3 Buchdruckerbesitzer, 3 Handwerksmeister, 2 Kaufleute, 2 Rechtsanwälte und ein Privatier, Herr Singer.

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte, den Privatberuf des Abg. Singer nicht zu erwähnen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Kreth (fortfahrend): Ich glaube nicht, daß es ein Beruf sei, Privatier zu sein. (Heiterkeit rechts.) Das Vertrauen der Arbeiter in die deutsche Justiz ist nicht geschwunden; das ist eine Unwahrscheinlichkeit. (Bravol rechts.) Anthropologisch genommen, können die Herren Stadthagen und Singer am allerwenigsten als Vertreter deutscher Arbeiter gelten. (Große Heiterkeit rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wagner (L.): Ich habe kein Wort davon gesagt, daß die Gerichte ein Kampfmittel im politischen Kampf sein sollen. Ich bin stolz darauf, daß mich Hunderte von Arbeitern gewählt haben, die früher sozialdemokratisch wählten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Woher wissen Sie das?)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Herr Singer sagte, er habe von der „heutigen Mehrheit“ gesprochen. Heute gab es nur eine einzige Mehrheit, nämlich diejenige, die den Schlußantrag abgelehnt hat, und zu dieser Mehrheit gehörte Herr Singer selbst. (Große Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das sind keine Mägen, sondern Laikassen. Ich war nach den Angriffen des Herrn Singer bereitigt, im Namen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu sprechen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) In Ihrem Sinne sind das freilich alles Pöhlister und bürgerliches Stimmvieh.

Abg. Brauh (Ant.): Herr Stadthagen hat Herrn Wagner Worte in den Mund gelegt, die er nicht gesprochen hat. Das versteht er freilich ausgezeichnet.

Abg. Seine (Soz.): Die Herren Wagner und Kreth haben es glücklich dahin gebracht, die Debatte, die bis dahin sachlich und interessant war, auf das Niveau einer persönlichen Jänerei gegen die Sozialdemokratie zu bringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Klamentlich Herr Kreth hat die Verurteilungen der sozialdemokratischen Abgeordneten vorgelesen und bemerkt, daß nur wenige Arbeiter darunter seien. Der Herr möge so gut sein, einmal die Lebensbeschreibungen der Abgeordneten im Reichstagshandbuche nachzulesen; da wird er finden, wie viel von unseren Parteigenossen sich dem Verufe des Schriftstellers und anderen Berufen widmen müssen, weil sie als Sozialdemokraten keine Arbeit mehr fanden. (Unruhe rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens habe ich keine Veranlassung, die Herren Gewerkschaftsbeamten, die jetzt im Zentrum und auf der rechten Seite sitzen, dagegen zu vertheidigen, daß sie keine Arbeitervertreter sind, weil sie jetzt Gewerkschaftsbeamte sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Wagner erscheint mir als ein typisches Abbild der sächsischen Justiz. Diese Art und Weise, anstatt großer Gesichtspunkte, anstatt der großen Ideen, die glücklicherweise im Rechte noch leben, kleinliche Jänerei zu bringen, ist typisch für eine gewisse Art Jänerei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für den Reichstagsabgeordneten war bei den Ausführungen eines interessanten: Bekanntlich darf kein Abgeordneter außerhalb des Hauses für das, was er hier gesagt hat, zur Verantwortung gezogen werden. Nun möchte ich zu bedenken geben, ob die Äußerungen des Herrn Wagner von jemand, über welchen Herr Wagner urteilen soll, angeführt werden dürfen zur Begründung eines Ablehnungsantrages wegen Verfangenheit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist dies eine Preisfrage, über die dieselbe

Herr Müller-Reinigen urteilen kann, der ja auf diesem Gebiete schätzenswerte Beiträge geliefert hat. (Große Heiterkeit.) Uebrigens haben wir wieder lange Reden zum Lobe der Justiz und ihrer völligen Unanfechtbarkeit gehört. Ich halte diese Gelegenheiten nicht für geeignet, um in dieser späten Stunde darauf einzugehen. Wir werden beim Etat Gelegenheit dazu haben. Heute möchte ich nur das eine sagen: Herr Kreth ist doch Richter. (Zuruf: Nein!) Also gilt es nur für Herrn Wagner: ein solches Lob, das sich jemand selbst erteilt, ist nicht ganz unbedächtig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jung (natl.): Einer Behauptung, daß Arbeiter nicht geeignet sind, ein richterliches Amt auszuüben, möchte ich widersprechen. Sowohl als Schöffen und Geschworene wie als Gewerkschaftsrichter haben sie sich als fähig erwiesen, unparteiisch zu urteilen.

Abg. Kreth (L.): Ich habe nicht gesagt, Arbeiter seien nicht geeignet zum Amt eines Schöffen und Geschworenen, sondern ich habe nur gesagt, sozialdemokratisch verhegte Arbeiter seien nicht fähig, über Streitigkeiten zu urteilen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Debatte ist erschöpft.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds. Interpellation Hehl (natl.) über Verhältnisse der Privatbeamten. Interpellation Albrecht (Soz.) betreffend Wahlbeeinflussungen der Behörden. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.
(Sitzung vom 13. März.)

Der Berichterstatter über den Marineetat, Frhr. von Thünefeld, bringt die Katastrophe des französischen Kriegsschiffes „Jena“ zur Sprache, spricht sein Bedauern darüber aus und fragt an, ob bei uns Vorjorge getroffen sei, daß ähnliche Unfälle nicht eintreten können. Der Marineminister gibt in längeren Darlegungen beruhigende Versicherungen ab. Der Gegenstand wird von verschiedenen Kommissionsmitgliedern noch weiter erörtert, was den Marineminister veranlaßt, eine Reihe technischer Mitteilungen über die Einrichtung der Schiffe zu machen.

Aus dem Marineetat wird bewilligt für die Fortbildung der Verzte des Friedens- und Beurlaubtenstandes 18 900 M. und für die Artillerieschule 47 700 M. Von den einmaligen Ausgaben werden bewilligt 400 000 M. für Einrichtung des Hafenschiffes „König Wilhelm“ als Schiffsjungen-schiff, 750 000 M. für bauliche Aenderung an dem Kreuzer „Panfa“, 400 000 M. für Herichtung eines alten Panzerschiffes zu Schießversuchen, 20 000 M. für Erwerbung von Schießgelände bei Cuxhaven, 77 900 M. für den Bau von Uferschuttmauern in Helgoland und 50 000 M. für Ausarbeiten von Bauentwürfen. Außer diesen Posten sind eine große Reihe erste Raten für den Neubau von Kriegsschiffen, und zwar sind diese Raten in das Budget aufgenommen, um den ungeforderten Fortgang der Arbeit auf den Besten zu ermöglichen. Die Bewilligungen betreffen: je 2 Millionen als erste Rate für den Bau der Linien-schiffe „Ersah Württemberg“ und „Ersah Baden“, Weiter 3 Millionen Mark als erste Rate zum Bau eines großen Kreuzers, je 1 1/2 Millionen Mark für Ersatzbauten für die kleinen Kreuzer „Greif“ und „Jagd“. Auf Anfrage wird über den Bau des großen Kreuzers nähere Auskunft gegeben, 8 Millionen Mark werden bewilligt für eine Torpedoflottille, erste Rate. Für artilleristische Armierung dreier Linien-schiffe werden 7 Millionen und für Armierung zweier kleinen Kreuzer und einer Torpedoflottille 1 680 000 M. genehmigt. In sechs verschiedenen Positionen werden ferner debattiert genehmigt 1 180 000 M. für Armierungen neuer im Bau begriffener Schiffe.

Im außerordentlichen Etat werden angefordert für Verbesserung von Befestigungen an der Elbe 360 000 M., sie werden genehmigt. Ebenso 180 000 M. für den Bau eines Exerzierhauses in Würwid, 400 000 M. für Beschaffung von Dienstwohnungen in Sonderburg, 170 000 M. für Erweiterung des Lazarets in Cuxhaven und 300 000 M. für den Bau eines Lazarets in Sonderburg. Damit ist der Marineetat im Budget erledigt.

Es wird nunmehr der Etat der Reichseisenbahnverwaltung im Budget behandelt. Hier sind zu bewilligen circa 500 000 M. für verschiedene Bahnbauten und Erweiterungen von Bahnhöfen, was debattiert geschieht.

Lebhafte Auseinandersetzungen entspringen sich über die §§ 4 und 5 des Etatsbudgetgesetzes. § 4 sieht eine Vorschuhleihe von 200 Millionen Mark für 1907 vor und § 5 ermächtigt das Reichsschatzamt, Sachanweisungen im Betrag von 850 Millionen Mark auszugeben. Gegen beide Forderungen erheben sich starke Bedenken. Das Zentrum will eine Vorschuhleihe nicht bewilligen und gegen die hohe Summe der Sachanweisungen wendet man sich von verschiedenen Seiten, weil dadurch die Reichsbank zu stark belastet und der Distort erhöht werde. Reichsschatzsekretär v. Stengel erklärt, mit einer geringeren Summe der Sachanweisungen nicht auszukommen. Diese Summe reiche schon nicht, da die für die Berufsgenossenschaften zu leistenden Vorschüsse monatlich 180—190 Millionen Mark betragen. Von Biemer, Arndt und Müller-Julda wird insgedessen eine Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes vorgeschlagen, etwa dergestalt, daß die Vorschüsse 30 Millionen nicht übersteigen dürfen. Der Reichsschatzsekretär ist mit einer Gesetzesänderung gern einverstanden, doch möchte er es bei den vollen Vorschüssen belassen, nur soll die Rückzahlung nicht erst nach einem Jahre, sondern etwa quartalsweise in schlagungsweligen Raten erfolgen. Müller-Julda gibt noch zur Erwägung, ob die Aufhülfen der Sachanweisungen nicht überhaupt beseitigt werden könne durch eine fundierte Anleihe, womit der Reichsschatzsekretär natürlich einverstanden ist. Noch lieber wären ihm freilich neue Steuern, welche ihm ermöglichen, mit Ueber-schüssen zu arbeiten. Arndt will den Finanzen ausstellen durch Ausprägung weiterer 300 Millionen Mark Silbergeld, wodurch ein erheblicher Prägegewinn erwachse. Es geht niemand auf den Vorschlag ein, vielmehr wird § 5 wie vorgeschlagen angenommen, dagegen wird die Vorschuhleihe um 50 Millionen Mark gekürzt.

Im Ergänzungsetat verlangt die Regierung 3 065 000 M. zur Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an die am geringsten besoldeten Unterbeamten des Reichsdienstes. Das Staatsbudget verlangt sofortige Bewilligung dieser Summe. Zu dieser Position liegt ein Zentrumsantrag vor, eine einmalige Unterstützung von 100 M. an Unterbeamte und 150 M. an mittlere Beamte bis mit einem Jahresgehalt von 3000 M. zu gewähren. Durch diesen Antrag würde sich der Bedarf auf 15 bis 16 Millionen erhöhen. Begründet wird die Forderung mit der außerordentlichen Lebensmittel- und besonders der Fleischsteuerung, welche ja gerade durch die agrarische Mehrheit des Reichstages verschuldet wurde. Reichsschatzsekretär v. Stengel erklärt sich aus mannigfachen Gründen gegen den Zentrumsantrag; die Regierung habe großes Wohlwollen gegen die Beamten, sie können sich nicht darin überreifen lassen durch den Reichstag, das schädliche die Disziplin. Ferner fehle es an Geld. Die Entwidlung der neuen Steuern lasse sich nicht übersehen, und die Hoffnung, welche er noch bis in den letzten Tagen gehabt, daß die Kolleinnahmen sehr groß sein werden, sei neuerdings auch ausbleiben geworden, die Februareinnahme weise nämlich einen Rückgang von vielen Millionen auf, der noch nicht zu erklären ist. Die Rekruturbeiträge könne man nicht mehr belasten, denn diese würden schon durch die Pensions- und Militärgeldberechtigung mehr als bisher belastet und dann hätten die Bundesstaaten doch auch für sich viel zu leisten. Man möge warten bis 1908, dann ließen sich die Zoll- und Steuer-einnahmen genau übersehen und man könne sich rechtzeitig um Deckungsmittel umsehen. Vorerst möge sich die Kommission begnügen, die Regierungsvorlage anzunehmen. — Arndt ist gegen den Zentrumsantrag, weil das einen Verfassung-

Konflikt gebe; die Regierung werde sich eine solche eigenmächtige Umgestaltung des Etats nicht gefallen lassen. Im übrigen ist er gegen die Bewilligung im Budget, da bis zur Beratung des Hauptetats die Bundesstaaten sich zu einer weiteren Erhöhung entschließen sollen. Sehr neuartig ist Abg. Arndt, wozu beim Zentrum eigentlich die Reife geben soll, sie wollen bei der Reichseisenbahn und bei den Landbefestigungen viele Millionen mehr ins Ordinarium nehmen, haben aber noch nicht verraten, wo die Deckung herkommen soll. Er könne doch nicht annehmen, daß die Anträge nur der Populanzität halber gemacht seien. Es spricht noch v. Nischhofen gegen den Zentrumsantrag, dann wird, da noch sechs Redner gemeldet sind, die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Zur Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907. Vorgestern wurden in der Kommission des Reichstages, welche den Gesetzesentwurf betreffend die Berufs- und Betriebszählung zu beraten hat, die Haushaltsliste, das Gewerbeformular und die Land- und Forstwirtschaftskarte besprochen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Präsident des kaiserlichen statistischen Amtes, Herr von der Borcht, ein Schreiben des statistischen Landesamts für Preußen, nach welchem in Preußen die Berufs-zählung nur dann noch in diesem Jahre zur Ausführung gelangen könne, wenn der Wortlaut der Fragen bis zum 16. dieses Monats endgültig festgestellt worden sei. Abg. Hoch (Soz.) protestierte gegen dieses Verfahren. Die Schuld daran, daß der Gesetzesentwurf noch nicht erledigt sei, trage einzig und allein die verbündeten Regierungen, die die Vorlage so spät eingebracht haben und nicht, wie es im Interesse einer gründlichen Beratung der Fragebogen notwendig gewesen wäre, bereits im Anfang des vorigen Jahres. Wenn jetzt die Beratung des Entwurfs so beschleunigt werden sollte, wie es von Preußen gewünscht werde, dann würde dem Reichstage eine sachgemäße Prüfung der Fragebogen unmöglich sein. Darauf könne er sich nicht einlassen. Er werde vielmehr alles zur Sprache bringen, dessen Erörterung ihm notwendig erscheine. Der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Herr Caspar, versichert, daß durch das preussische Schreiben in keiner Beziehung ein Druck auf den Reichstag ausgeübt werden soll. Abg. Hise weist darauf hin, daß die Beratung der Fragebogen durch die verspätete Zustellung der Formulare an den Reichstag noch weiter hinausgeschoben worden sei. — In dem Gewerbeformular stehen die Fragen, ob der Unternehmer als Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter arbeite. Auf eine Anfrage des Abg. Schack wird von den Vertretern des statistischen Amtes festgestellt, daß die beiden Ausdrücke Hausgewerbetreibender und Heimarbeiter gewählt seien, um alle Personen, die zu Hause arbeiten, zu umfassen. Ein solcher Unterschied liege für die Berufs-zählung den beiden Benennungen nicht zugrunde. In der Haushaltsliste sind die Fragen nach dem Besitz einer Invaliden- oder Unfallrente (Kollaterale) angeführt. Abg. Hoch fragt an, weshalb diese Fragen gestellt sind, und ob die Erhebung hierüber nicht besser durch eine besondere Zählung seitens der Landes-Versicherungsanstalten und der Berufsgenossenschaften erfolge. Regierungsrat Dr. Beckmann führt aus, daß mit diesen Fragen das Material beschafft werden soll, welches zur Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung von Nutzen sein werde. Die Einschaltung dieser Fragen in die Berufs-zählung ermögliche einen Einblick in die Berufs- und Familienverhältnisse, wie sie durch eine andere Erhebung nicht gut möglich sei. — Dann wird über eine Petition des Dr. Walter Claasen berichtet, der zunächst die ganze Bevölkerung nach dem Verufe und der sozialen Stellung des Familienhauptes eingeteilt haben will. Hier-nach würde die Familie eines Bauern, der drei erwachsene Kinder angehören, vollständig zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gerechnet werden, auch wenn die drei Kinder als Arbeiter in der Industrie beschäftigt sind. Präsident von der Borcht führt aus, daß eine solche Zählung unmöglich ein richtiges Bild der Berufsstellung gebe. Der Vorschlag des Herrn Dr. Claasen wird denn auch von seinem Mitgliede der Kommission aufgenommen. Dasselbe negative Resultat hat die zweite Bitte des Herrn Dr. Claasen, daß nicht nach dem Erwerbe, sondern nach der Beschäftigung gefragt werde. Durch eine solche Fragestellung würde eine sehr große Zahl derjenigen, welche sich im „Nebenberufe“ „beschäftigen“, ermittelt worden sein. Die entgegengesetzte Forderung vertritt Abg. Hoch, der als Nebenberuf nur eine solche Beschäftigung gelten lassen will, die wirklich in einem nennenswerten Maße dem Erwerbe der betreffenden Personen dient. Er schlägt daher vor, daß nur eine solche Erwerbstätigkeit als Nebenberuf gerechnet werden soll, welche pro Woche mindestens einen Arbeitstag ausmacht. Diese Forderung wird im Prinzip als berechtigt anerkannt. Jedoch wird von der Festlegung einer bestimmten Grenze abgesehen. Dafür soll die Anweisung für die Zählung, der Anweisung entsprechend, erweitert werden. — Ferner schlägt der Abg. Hoch vor, die Frage einzuschalten: „Haben Sie einen bestimmten geregeltten Lehrgang durchgemacht, und in welchem Verufe?“ Präsident von der Borcht erklärt, daß im nächsten Jahre Preußen eine besondere Erhebung hierüber veranstalten werde und bittet deshalb um Ablehnung der Frage. Nach längerer Debatte wird in diesem Sinne mit allen gegen zwei Stimmen entschieden. Zur Land- und Forstwirtschaftskarte ist zunächst hervorzuheben, daß ein schwerer Fehler der vorigen Zählung diesmal vermieden ist, indem die Fragen nach der Bodenbenutzung hinzugefügt worden sind. Abg. Hoch legt an, neben den einzelnen Betrieben auch den Gesamtbefehl solcher Besten, die mehrere Betriebe haben, zu ermitteln. Die Vertreter der Regierungen erklären sich gegen diese Anregung, da sie mit einer Frage allein nicht erledigt werden könne, und empfehlen, durch eine Resolution die Vornahme einer besonderen Erhebung zu verlangen. Die Abstimmung hierüber wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Wanderarbeitersicherungsgesetzes nahm gestern die zweite Lesung der Vorlage vor. Gegenüber dem Beschlusse der ersten Lesung wurde nur eine wesentliche Aenderung vorgenommen, die sich auf die Vertragspflicht des Staates zu den Kosten der Ausführung dieses Gesetzes bezieht. Während nach der Fassung der ersten Lesung der Staat den Provinzen die Hälfte der von ihnen für Wanderarbeitersstätten aufzubehaltenen Kosten zu erstatten verpflichtet sein sollte, wurde jetzt ein Antrag der Konservativen und des Zentrums angenommen, nach welchem von den Kosten der Wanderarbeitersstätten verbundenen Arbeitsnachweise der Staat nach Vereinbarung mit den Provinzen einen angemessenen Bruchteil übernehmen soll, trotzdem Regierungskommissare erklärten, daß die Staatsregierung auch dieser Fassung Widerspruch entgegenzusetzen müsse und die Annahme des Antrages das Zustandekommen des Gesetzes gefährde. Im übrigen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung, abgesehen von einigen redaktionellen Aenderungen bestätigt. Zum Schluß wurde auf Antrag der freisinnigen Parteien eine Resolution angenommen, durch die die Staatsregierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Fürsorge für mittellose arbeitswillige Wanderer im Wege der Reichsgesetzgebung geregelt wird.

Aus der Partei.

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Gegen in der modernen Arbeiterbewegung lästige Genossen wurden an Strafen erkannt:

Im Dezember 1906: 3 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 3 Tage Gefängnis und 486 M. Geldstrafe;

im Januar 1907: 10 Monate, 6 Tage Gefängnis und 765 M. Geldstrafe;

im Februar 1907: 1 Jahr, 6 Monate, 1 Tag Gefängnis und 1980 M. Geldstrafe.

Für eine frühere Einberufung des Preussentages plädiert im neuesten Heft der „Neuen Zeit“ Genosse Krona. Es wäre erwünscht, schreibt er, wenn die Aussprache auf den Konferenzen der Parteifunktionäre und Redakteure die Vertreter von Groß-Berlin veranlassen würde, ihre durchaus anguerkennenden Bedenken zurück-

zusammen und den Preuhen noch auf Pfingsten einzuberufen. Wenn wegen des gleichzeitigen Zuges anderer Organisationen der Preuhen ein bescheideneres Aeußere erhält, so erscheint das durchaus erwünscht. Dem Bedenken, daß der Parteitag für den weitest- ausgedehnten Bundesstaat dem deutschen Parteitag Abbruch tun könnte, wird schon hierdurch begegnet. Das wichtigste ist und bleibt, daß eine Instanz geschaffen wird, die unter der Kontrolle der preußischen Organisationen ihre ganze Kraft auf das Studium und die Bearbeitung der ausschließlich preußischen Angelegenheiten verwendet und ihrerseits den Organisationen sowie der Presse das notwendige Material liefert. Daß diese Aufgabe möglichst lange vor den nächsten Landtagswahlen in Angriff genommen werden muß, liegt auf der Hand. Schon aus diesem Grunde sollte der Preuhenstag zu Pfingsten einzuberufen werden."

Genosse Krons zeichnet sodann in großen Strichen die wichtigsten Aufgaben, die die Partei in Preußen zu lösen hat, die Wahlrechtsreform, die Schaffung einer wirtschaftlichen kommunalen Selbstverwaltung, die Vertiefung der Schule, die Trennung von Staat und Kirche. Die Erörterung dieser Aufgaben im gegenwärtigen Moment würde nicht nur die Arbeit der Genossen im Lande beschleunigen, sondern gleichzeitig den Kritikern der Partei in Deutschland und im Auslande Veranlassung zur Revision ihrer mehr oder minder harten Aeußerungen geben."

Die Nachentwicklung der deutschen Sozialdemokratie, sagt Genosse Krons zur Begründung dieser Meinung, wird vielfach unrichtig beurteilt, indem man die deutschen Verhältnisse als durch das Reichstagswahlrecht charakterisiert betrachtet. Daß die reaktionären Parteien und ihre regierende Aushilfe das stärkste Bollwerk im preußischen Landtag besitzen, wird vielfach übersehen. . . . Und doch sind gerade im preußischen Landtag die wichtigsten Aufgaben zu lösen, zeigt gerade die Kritik der preußischen Verhältnisse am klarsten die politische Minderwertigkeit innerhalb der deutschen Grenzen, beweisen gerade die preußischen Zustände, wie schwach und bedeutungslos der Liberalismus ist, dessen Bundesgenossenschaft zu suchen uns unsere gütigen Kritiker raten."

Außerdem erscheint es dem Genossen Krons nicht ausgeschlossen, daß der preußische Landtag in diesem Jahre aufgelöst wird. Er schreibt dazu: Die Regierung hat es stets bequemer gefunden, die Erregung der Reichstagswahl und der preußischen Landtagswahl in dem gleichen Jahre vorübergehen zu lassen. . . . Einem besonderen Grundes bedarf es dazu (zur Auflösung) nicht; sogar in parlamentarisch regierten Ländern erfolgt häufig genug die Auflösung nur aus dem Grunde, um einen geeigneten Termin für die Neuwahlen zu haben. . . . Im Jahre 1873 war der Reichstag bei vollständigem Einvernehmen zwischen Regierung und Majorität am 25. Juni geschlossen worden; am 29. November wurde durch kaiserlichen Erlass seine Auflösung ausgesprochen, bevor er wieder zusammengetreten war und obgleich seine natürliche Lebensdauer bis in den März 1874 reichte."

Endlich verweist Genosse Krons darauf, daß in einem Zeit- artikel der „Neuen Zeit“ vom 8. Dezember 1906 dem Preuhenstag die Aufgabe zugewiesen wurde, der Beteiligung an den Landtags- wahlen als einer „unnötigen Kraft- und Zeitverschwendung“ endlich ein Ziel zu setzen. Es sei notwendig, sagt Genosse Krons dazu, „möglichst bald und möglichst lange vor den Wahlen selbst eine Entscheidung zu treffen, damit nicht wieder eine Verwirrung Platz greift, wie vor den Landtagswahlen von 1899“.

„Es würde uns freuen“, schließt Genosse Krons, „wenn diese Zeilen zu einer Aussprache in der Parteipresse und in den Organi- sationen führen würde, auf Grund deren die mit der Einberufung des Preuhenstages betrauten Berliner Parteigenossen ihre nur durch die Geschäftsverhältnisse hervorgerufenen Bedenken zurücktreten ließen und unter Aufhebung ihres Beschlusses den Preuhenstag auf Pfingsten einzuberufen würden.“

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart hielt am Donnerstag seine Generalver- sammlung ab. Der Bericht des Vorsitzenden und Kassierers lagen gedruckt vor. Der Verein hielt, abgesehen von den Wählerver- sammlungen, im abgelaufenen Berichtsjahre 17 Versam- lungen für das ganze Stadtgebiet ab. Außerdem veranstalteten die 13 Bezirke, in die der Verein zerfällt, noch 51 Mitgliedere- versammlungen ohne Vorträge, 107 mit Vorträgen und 16 öffentliche Versammlungen. Der Besuch der Mitgliedereversammlungen wird im allgemeinen nicht als günstig bezeichnet. Der Mitglieder- stand ist jedoch befriedigend. Er wuchs von 3649 auf 4580, also um 890; in den Vorjahren war die Zunahme stets geringer. Auch die Verbreitung der Presse ist günstig zu nennen. Der Abonnenten- stand der „Schwäbischen Tagwacht“ wuchs im Stuttgarter Stadtge- biet von 6725 auf 6708, so daß jetzt auf je 2,7 Reichstagswähler in der Stadt je ein Abonnement des Parteiblattes kommt. Ein be- sonderer Zweig der Vereinsaktivität ist die Agitation für die Er- werbung des Bürgerrechts. Durch den Verein wurde für 121 Personen die Erwerbung des Staatsbürgerrechts, für 519 die Er- werbung des Gemeindegemeindegerechts und für 231 das Staats- und Gemeindegemeindegerecht vermittelt. Zur württembergischen Land- tagswahl, deren erster Gang am 6. Dezember stattfand, wurden im Stadtgebiet insgesamt 18 Wählerversammlungen veranstaltet, die fast alle sehr besucht waren. Bei dieser Wahl wuchsen die sozial- demokratischen Stimmen in Stuttgart von 13646 im Jahre 1900 auf 19522, also um 5876 = 40,9 Proz. Am 9. Januar fand der zweite Gang der Landtagswahl, die Landesproporzwahl, statt, vor der noch drei besondere Wählerversammlungen abgehalten wurden. Am 14. Dezember hatte inzwischen die Bürgerausschuh- wahl stattgefunden, bei der die Sozialdemokratie mit der Volks- partei einen gemeinsamen Zettel aufstellte und auf diese Weise von den 16 zu beachtenden Mandaten 8 für die Sozialdemokratie gewann. Bei der Reichstagswahl zählten 10 städtische Bezirke zum 1. württembergischen Reichstagswahlkreis. Für diese fanden 7 Wählerversammlungen statt. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen betrug im Wahlkreis 2833, wovon 1879 auf den städtischen Teil des Kreises entfielen. Der Klassenbericht dieses arbeitsreichsten Jahres, das der Verein seit langem gehabt, weist eine Einnahme von 19275,21 M. auf, wovon 12938,95 M. auf die Mitgliederebei- träge entfielen. Die Ausgaben betrugen 21242,55, wovon 2872,78 M. an den württembergischen Landesvorstand und 2858,56 M. an den Kreisverein des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises (der davon die Hälfte an den Parteivorstand nach Berlin abführte) gingen. Der Bericht spricht sich auch in finanzieller Beziehung über die zu er- wartende Entwicklung der Organisation sehr günstig aus.

Am 30. September 1906 zahlte der Sozialdemokratische Orts- verein der Stadt Braunschw. 1818 Mitglieder, jetzt dagegen: 2793. In 5 Monaten eine Zunahme von 975 Mitgliedern! Rund 20 Proz. der sozialdemokratischen Wähler vom 25. Januar 1907 in der Stadt sind also politisch organisiert. Im Juli vorigen Jahres hatte das gesamte Volkstum Braunschw. nur 2673 politisch organisierte Parteigenossen.

In Mecklenburg verbreiteten die Genossen am Sonntag die Rede Webers im Reichstag vom 26. Februar, als Sonderbericht der „Mecklenb. Volksztg.“, wo sie vorher nach dem stenographischen Bericht veröffentlicht worden war. Beim der Reichstag auf Grund der vielen amtlichen Unregelmäßigkeiten die Mandate der „Abgeordneten“ Lind, Rostok und Dröcher, Schwere für unglücklich erklärt, so zieht die sozialdemokratische Partei mit ganzer Kraft gegen den Kolonialminister in den Kampf. Rath- schendikus Lind wurde bekanntlich an Stelle des Genossen Herz- feld „gewählt“.

Schritt der Parteipresse. Im sozialdemokratischen Verein Nürnberg wurde über den Stand des Nürnberger Parteigewinn- berichts erstattet und u. a. mitgeteilt, daß die Auflage der „Fränk- l. Tagespost“ von Ende Dezember 1905 bis Ende Dezember 1906 von 18 897 auf 17 845, also um rund 4000 Abonnenten gestiegen ist. Zurzeit beträgt der Stand 18 600, ist also in zwei Monaten wiederum um nicht ganz 500 gestiegen. Die „Fränk. Bürgerzeitung“ hat um 1000 Abonnenten zugenommen, der gegenwärtige Stand beträgt 6200. Ferner wurde berichtet, daß beabsichtigt ist, ein eigenes Heim für

die Parteidruckerei zu schaffen, das bis spätestens 1. Juli 1908 be- zogen werden soll. Dann sollen auch die in Nürnberg hergestellten nordbayerischen Parteiorgane ein handlicheres Format — das des „Vorwärts“ — bekommen, so daß auch der Inhalt besser aus- gestattet werden kann.

Die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. teilt mit: Das Grundstück Großer Hirschgraben Nr. 17 ist nunmehr für 420 000 M. käuflich in den Besitz der Uniondruckerei übergegangen. Ein größerer Umbau des rechten Seitenflügels, wodurch uns circa 500 Quadratmeter benutzbarer Raum mehr zur Verfügung steht, wird uns in die Lage versetzen, zum Zeitungsdruck eine dritte Rotationsmaschine (eine 32er), für die Alzidenzdruckerei einige Schnell- pressen zu stellen und sonstige zeitgemäße Neuerrichtungen zu schaffen. Mit dem Umbau und den Neuanschaffungen gedenken wir bis Oktober fertig zu werden.

Personalien. Am 12. März übernahm Genosse Kurt Eisner die Chefredaktion der „Fränkischen Tagespost“ zu Nürn- berg. Der bisherige Chefredakteur Genosse Adolf Braun verläßt in den nächsten Tagen Nürnberg, wo er nach seiner Ausweisung aus Preußen drei Jahre am Arbeitersekretariat und fünf Jahre an der „Fränkischen Tagespost“ gewirkt hat. Er wird, einem schon lange landesüblichen Wunsch der österreichischen Genossen folgend, nach Wien überiedeln, um in die Redaktion der dortigen „Arbeiterzeitung“ einzutreten.

In die Redaktion der „Weimarer Volkszeitung“ trat der Genosse Wilhelm Faber ein.

Unsere Toten. In Magdeburg starb am Montag der Genosse Hugo Gärtner im Alter von 57 Jahren. Er hat unterm Ausnahmegesetz eifrig für die Partei gearbeitet. Er verlor darüber seine Arbeitsstätte, wurde im großen Magdeburger Gewerkschafts- prozess von 1887 zu sechs Monaten und acht Tagen Gefängnis ver- urteilt und hatte nach seiner Entlassung schwer um seine Existenz zu kämpfen. Er mußte sich nacheinander, als Flaschenbierhändler, als Kolporteur der „Volksstimme“ durchschlagen. 1903 fand er eine Stelle als Kassibote bei der Kaufmännischen Osttrankenkasse. Von 1897 bis 1903 vertrat er die Magdeburger Genossen im Stadt- parlament. Trotz der schweren Sorgen, mit denen er ständig zu kämpfen hatte und der schweren Leiden, die ihm die letzten Monate verdrückten, ist er der Partei treu geblieben bis zum letzten Atemzuge.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns veranstaltet am Son- tag, den 17. d. M., einen Aufmarsch zum Petöfi-Denkmal, um dort das Andenken des Vorläufers des Proletariats und großen Dichters Petöfi zu ehren.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel in Maschinen.

In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Maschinenbauanstalten referierte Dr. Schröder über Maschinen- Ein- und Ausfuhr. Er führte unter anderem aus: Die Einfuhr hat eine Zunahme von 13,7 Proz. gegenüber dem Vorjahre er- fahren, sie betrug 88 986 Tonnen und war größer als die Einfuhr in irgend einem der letzten 5 Jahre, während sie die Höhe wie in der letzten Hochkonjunktur nicht erreichte. Im Jahre 1899 wurden 93 756 Tonnen und im Jahre 1900 100 794 Tonnen fremde Maschinen bei uns eingeführt. Die Maschinenausfuhr im Jahre 1906 erreichte nahezu die Höhe derjenigen des Vorjahres, das die größte bis jetzt dagewesene Ausfuhr aufzuweisen hatte; sie betrug 306 472 Tonnen gegen 309 714 Tonnen im Jahre 1905 und 273 670 Tonnen im Jahre 1904. Wie die einzelnen Länder an der Ausfuhr beteiligt sind, zeigt folgende Aufstellung:

	1890	1895	1900	1905	1906
	in Prozenten der Gesamteinfuhr				
Belgien	4,9	5,9	6,0	6,2	4,4
Italien	8,2	4,0	7,8	7,3	18,6
Oesterreich-Ungarn	17,3	17,0	11,0	10,1	11,8
Rußland	15,9	21,2	19,2	13,4	8,4
Rumänien	3,5	1,7	2,8	1,8	1,0
Schweden	5,5	6,0	4,8	4,6	4,1
Frankreich	9,1	9,2	11,1	7,8	8,2
Großbritannien	8,6	2,6	4,3	7,3	4,4
Vereinigte Staaten	1,3	0,5	1,3	1,5	2,2

Aus diesen Zahlen einen Schluß auf die Ungefährlichkeit der neuen Handelsverträge ziehen zu wollen, wäre mehr als gewagt, denn einmal ist zu beachten, daß wohl manche Sendungen, die be- stimmt waren, noch vor dem Inkrafttreten der neuen Handels- verträge versandt zu werden, nicht rechtzeitig mehr herauskamen; dann aber auch ist die Konjunktur gegenwärtig in fast allen Ländern eine anormale, und endlich ist der zum Vergleich verfügbare Zeit- raum von zehn Monaten viel zu kurz, um einigermaßen sichere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die Ausfuhr nach Rußland, das im letzten Jahrzehnt unser bester Maschinenabnehmer war, ist stark zurückgegangen. Leider sei es nicht möglich, irgend eine Ziffer über die Produktion an Maschinen zu geben. Eine Statistik darüber existiere noch nicht. Verhandlungen über diesen Gegen- stand sind als gescheitert anzusehen. Ein nicht unwesentlicher Teil der Mitglieder des Vereins sei nicht bereit, durch Hergabe der Pro- duktionsziffern an der Statistik mitzumachen.

Schöndorferviererundvierzig Mark Reingewinn pro Arbeiter.

Die Arenbergische Aktiengesellschaft erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 3 520 176 M. gegen 2 857 358 M. im Vorjahre. Bei einem Vergleich der beiden letzten Jahre ergeben sich folgende Resultate:

	1906	1905
Arbeiterzahl	5107	5760
Rohgewinn überhaupt	M. 3 863 628	5 040 501
Reingewinn	2 857 358	3 620 176
Rohgewinn pro Kopf der Arbeiter	743	922
Reingewinn	550	644

Jeder Arbeiter hat 644 M. Reingewinn erbracht, trotzdem jammert man über Lohnsteigerungen und Begehrlichkeit der Lohn- fronder.

Norddeutscher Lloyd. Die Bruttoeinnahmen des letzten Jahres belaufen sich auf 36 373 589 M. Der Reingewinn beträgt 12 786 579 M. im vorigen Jahre 11 059 280 M. Die Dividende ist auf 5 1/2 Prozent festgesetzt.

Die „Eintracht“, Braunkohlenwerke und Britzfabriken, weisen pro 1906 einen Ertrag in Höhe von 2 788 000 M. (1905: 2 088 000 M.) aus. Der Reingewinn beträgt 1 587 000 M., im Vorjahre 1 063 000 M. Die Dividende gelangt mit 20 Prozent zur Verteilung.

Erntestatistik 1906.

In dem ersten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1907 werden die Ergebnisse der Erntestatistik für das Jahr 1906 mitgeteilt und besprochen.

Gesamtertrag im Jahre 1906:

	im ganzen vom Hektar	in Tonnen
an Winterweizen	8 570 807	2,04
„ Sommerweizen	388 756	2,02
„ Winterroggen	458 954	1,43
„ Sommerroggen	9 473 479	1,59
„ Sommergerste	182 259	1,18
„ Sommergerste	3 111 309	1,89
„ Hafer	8 431 379	2,00
„ Kartoffeln	42 986 703	13,00
„ davon gesunde	41 287 648	
„ Kleebau	11 912 796	5,74
„ Luzerneheu	1 898 998	7,05
„ Wiesensheu	28 732 930	4,88

Dem Vorjahre gegenüber beträgt die Mehrernte an Brotgetreide 230 488 Tonnen oder + 1,7 Prozent. Sommergerste und Hafer, die hauptsächlich zur tierischen, in gewissem Umfange aber doch auch zur menschlichen Ernährung dienen, ergaben zusammen ebenfalls eine Mehrernte von 2 074 293 Tonnen oder + 21,9 Prozent. Auch Alee-, Luzerne- und Wiesensheu ergab einen Mehrertrag von 5 114 355 Tonnen oder + 13,7 Prozent. Dagegen betrug die Minderernte an gesunden Kartoffeln 3 774 445 Tonnen oder — 8,4 Prozent.

Für das Erntejahr vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 standen für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke zur Verfügung auf den Kopf der Bevölkerung an Roggen 149,0, an Weizen 92,8, an Spelz 7,0, an Gerste 78,4, an Hafer 112,7, und an Kartoffeln 687,0 Kilogramm.

Der Erntestatistik sind zehn schematische Karten und eine Tafel graphischer Darstellungen über die Ernteverhältnisse der wichtigsten Früchte beigegeben.

Die Ausfuhr der schweizerischen Uhrenindustrie im Jahre 1906 betrug 150 401 527 Frank gegenüber 131 290 418 Frank in 1905, im ersteren also um über 19 Millionen Franken mehr. Mit den 150 Millionen hat die schweizerische Uhrenindustrie das bisherige Ausfuhrmaximum erreicht. Die eidgenössischen Kontrollämter haben 818 565 goldene (1905: 661 888) und 3 407 213 silberne (3 037 242) Uhrenschalen abgestempelt, total 4 225 778 (3 698 930) Stck. Exportiert wurden 4 462 071 Ridel- und Metall- sowie 3 135 991 Silber- uhren, ferner eine Menge Uhrenschalen und andere Teilsätze. Die gute Geschäftslage in der Uhrenindustrie dauert ungeschwächt fort.

Soziales.

Eine Ausweisung.

Anlässlich eines Streiks in Czeref, woran mehrere hundert Arbeiter beteiligt waren, hatte sich der Richter D. bei Reibungen mit Arbeitswilligen hinreichend lassen, einen solchen zu schlagen. Die allgemeine Erregung in Czeref wuchs, als galizische Streikbrecher von den „Förderern des nationalen Geistes“ importiert wurden. Es erfolgte eine große Menschenansammlung. D. äußerte in der Menge, er werde die Fabrik in der Nacht an- stecken. Dies offenbar nicht ernst zu nehmende Weigerung stempelte indessen das Landgericht in einem Strafverfahren gegen D. zu einer Drohung mit einem Verbrechen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise. D. wurde wegen dieser „Drohung“ und wegen Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Nachdem er im vergangenen Jahre in Berlin an- gezogen war, wurde er auf Grund des § 2 des vorsitzlichen Gesetzes über die Aufnahme neuangehender Personen von 1842 aus Berlin und den anschließenden Ortshauptorten ausgewiesen. Nach dem § 2 kann die Landespolizeibehörde, wenn sie es nötig findet, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten ausschließen. Hierzu ist sie jedoch nur in Ansehung solcher Sträflinge befugt, welche zu Zucht- oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Täter sich als ein für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurteilt worden oder in einer Korrektionsanstalt eingesperrt gewesen ist. — Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde des Mannes, der sich inzwischen verheiratet hat und eine gute Stellung in Berlin einnahm. — Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt auch seine Klage abgewiesen. Die Begründung ging dahin: Der Verwaltungsrichter habe nicht die Notwendigkeit oder Angemessenheit der Ausweisung nachzuprüfen, sondern nur ihre Rechtmäßigkeit. Rechtsmäßig sei sie aber.

Es muß immer wieder die Forderung erhoben werden: Fort mit diesem Gesetz vom 31. Dezember 1842!

Von der bis ins hohe Alter gesicherten Existenz.

Vor dem Schöffengericht in Halle sollte am Dienstag der be- jahrete Auffer Otto Rosin als „Dieb“ erscheinen. Der An- geklagte hatte sich jedenfalls aus falscher Scham vom Erscheinen zur Hauptverhandlung entbinden lassen und zu Protokoll erklärt, daß er, nachdem er auf dem Rittergute in Holzentum 20 Jahre fleißig gearbeitet und sich gut geführt habe, plötzlich entlassen und wegen Diebstahls denunziert worden sei, weil er dem Rittergutsbesitzer Weizen und Spreu im Werte von 2 Mark weggenommen haben soll. Als Schwurzeuge war ein junger Verwalter erschienen, den der Richter mit den Worten anredete: „Sagen Sie einmal, erschien das, was da vorlag, ausreichend, einen Mann, der 20 Jahre im Dienste ist, deshalb zu denunzieren und zu entlassen?“ Zeuge: „Ja, wir hielten das für angemessen.“ Richter: „So?“ Der Amtsanwalt bedauert, daß der Mann nach 20-jähriger Tätig- keit entlassen und auch noch um einen Wert von 2 Mark denunziert worden ist; es liege aber Diebstahl vor. Das Gericht bestrafe den Mann unter Ausdrücken des Bedauerns mit der niedrigst zulässigen Strafe von einem Tage Gefängnis. — Sollte die seitens der Gutsherrschaft erstattete Anzeige nicht ge- eignet sein, verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den Frieden gefährdenden Weise anzuzeigen?“

Achtung! Lederarbeiter!

Freitag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, im Marienbad, Badstraße 35/36: 287/30

Oeffentliche Versammlung

aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen, als Weißgerber, Lohgerber, Färber, Handschuhmacher usw. Tages-Ordnung: Vortrag mit Vorführung von Licht- bildern über Nervenkrankheiten, Neuralgie etc. Des außerordentlich wichtigen Vortrages wegen ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Neu erschienene Broschüren:

Die materialistische Geschichtsauffassung. Deutlich dargestellt von Hermann Greulich. Zweite, durchgesehene Auflage. — Preis 25 Pf.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum deutschen Reichstage. Von Paul Hirsch und Bruno Vorhards. Mit einer farbigen Uebersichtskarte und zwei graphischen Darstellungen. — Preis 1 Mk. —

Zeitungs-Fremdwörter und Politische Schlagworte. Verdeutscht und erläutert von Adolf Braun. Zweite, vielfach verbesserte und sorgfältig vermehrte Auflage. — Preis 30 Pf. —

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68 Gluckstr. 60, Baden. 233/0*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag, den 14. März, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke

bei Lipps (Brauerei Friedrichshain), am Königstor.

Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand der Aussperrung und die Verhandlungen mit den Unternehmern.

Vertrauensmännerkarte und Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Versammlung der Ausgesperrten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 144/18

1. Antrag der Ortsverwaltung und Vertrauensleute betreffend zeitweise Erhöhung des Lokalbeitrages. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung, Jahresbericht des Revidenten und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, eines Revisors und zweier Beisitzer.

Dohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung!

Von Dienstag, den 19. März, früh an befinden sich unsere geanteten Bureaus

Charitéstraße 3, Hof. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 15. März 1907, abends 8 Uhr, Brauerei Friedrichshain (Lipps), Am Friedrichshain 23:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Stand der Bewegung.

Mitgliedsbuch oder Streikarte legitimiert. Dohne dasselbe kein Zutritt.

177/13 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Portanier**, Tegelerstr. 56.
- 2. Freitag, den 15. März, beim Kollegen **Frisch**, Badstr. 12.
- 3. Freitag, den 15. März, beim Kollegen **Josef Schütz**, Schönhauser Allee 23.
- 4. Donnerstag, den 14. März, beim Kollegen **Merkowski**, Andreasstr. 20.
- 5. Donnerstag, den 14. März, beim Kollegen **Donath**, Schönhauser Allee 6.
- 6. Freitag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Philipp Hummel**, Sophienstr. 5.

60/11

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).

Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, bei **H. Vocker**, Weberstraße 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Kollegen **H. Redinger** auf Wiederaufnahme in den Verband. 2. Vortrag über das Krankentaggelgesetz. Referent: Genosse **Bauer**. 3. Diskussion. 4. Bericht der Arbeitsgemeinschaft des paritätischen Arbeitsnachweises. Neuwahl der Statutenmitglieder für das 23. Scherlennungsgewerbe. 5. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen, ersuchen alle in dieser Versammlung. Parteigenossen! Macht eure Frauen auf diese Versammlung aufmerksam. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Am Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8^{1/2} Uhr, in **Backers Festsaal**:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Dampf-, Wasch- und Wäschereien. Die geplante Freischaltung der Unternehmer von 15-50 Proz. und wie stellen sich die Arbeiterinnen dazu? Referent: **Paul Keller**. 2. Diskussion. Die Ortsverwaltung. S. A.: Wilh. Euv. Bureau: Neue Königstraße 7.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähstickerei.

Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen



Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 17. März 1907, abends 7 Uhr, im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72: Vortrag von Redakteur **Karl Wermuth**: „Ein Kapitel aus der Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung.“ Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein u. Tanz. Eintritt 20 Pf. 4/10 Garderobe frei.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin.

Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!

Heute, Donnerstag, den 14. März, mittags 1 Uhr, im **Palast-Theater**, Burgstr. 24:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Tarifvorlage der Arbeitgeber.

Referent: Kollege **Kunze**.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Dohne dasselbe oder mit mehr als 13 Wochen rückständigen Beiträgen kein Zutritt. 163/1 Ohne zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Montag, den 18. März, abends pünktlich 8 Uhr, in **Frankes Festsaal** (Zuh. Meier), Sebastianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag auf Erhebung eines weiteren Extrabeitrages zum Notstandsfonds.
2. Ist eine Erwerbslosen-Unterstützung in unserer Filiale durchführbar? Referent: Kollege **Wengels**.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 173/11

Zu zahlreicher Teilnahme ladet ein Die Ortsverwaltung.

Brauerei des Westens, (E. G. m. b. H.)

Freitag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, zu Charlottenburg:

Oeffentliche Versammlung

d. Gast- u. Schankwirte f. Charlottenburg u. weßl. Vororte.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Genossenschaften. 2. Anschluß an die Brauerei des Westens. 207/6 Der Einberufer.

Konsumverein Charlottenburg und Umgegend.

Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8^{1/2} Uhr, im **Volkshaus**, Rosinenstr. 3:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Geschäftsbericht pro Juli/Dezember. 3. Erziehung der Verwaltung (Vorstand und Aufsichtsrat). 4. Anträge.

Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Wir ersuchen die Mitglieder und besonders die verehrten Frauen recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat. S. A.: **Ernst Gehrke**.

NB. Anträge, welche von Mitgliedern zu der Versammlung gestellt werden, müssen 5 Tage vorher in Händen des Vorstandes sein.

Bekanntmachung.

Gewerbegericht zu Berlin.

S. Nr. 194 Gem. Ver. 07.

Nach erfolgter Anmeldung durch den Zentralverband der Glaser, der die Arbeitgeber sich angeschlossen hatten, war das Einigungsamt zur Entscheidung der Frage, ob die Glaser-Unterricht durch die behauptete eigenmächtige Vornahme von Änderungen in bezug auf die Geschäftsführung des Arbeitsnachweises zulässig be- gangen habe, zusammengetreten. Die Parteien haben in der Sitzung vom 5. März 1907 in der Sache nach-

stehenden Vergleich geschlossen:

Die Vertragsparteien sind damit einverstanden, daß im § 9, Absatz 1 der Geschäftsordnung des paritätischen Arbeitsnachweises der Satz „In erster Linie“ werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der oben genannten Organisationen berücksichtig“ gestrichen wird.

Die Parteien sind ferner darüber einig, daß am 18. März 1907 der paritätische Arbeitsnachweis nach den Räumen des Zentralarbeitsnachweises — Gormannstraße-Kücherstraße — verlegt wird und folgende Bezeichnung erhält: „Paritätischer Arbeitsnachweis für das Glaser-Gewerbe und diesen verwandte Berufe von Groß-Berlin des Verbandes der Glaserer, der Innungen zu Berlin und Charlottenburg und des Zentralverbandes der Glaser.“

S. A. u. g. u.

ges. Dr. **Verhaer**.

ges. **Paul Luch**, **Jugo Brandt**.

H. Köhler, **H. Raab**.

ges. **Georg Köhler**, **A. Dieder**, **Karl**

Wolf, **Louis Joffel**, **Max Schwarzwald**.

J. Salomonow, **Ernst Schneider jr.**

Witold Fischer, **D. Juch**.

ges. **E. John**, **R. H. Döring**, **R. H.**

Knohl, **R. H. Simon**, **E. Juppel**.

Friedr. Roth, **D. Dullen**, **W. H.**

Wüller, **O. Berner**.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Paul Kapusta

verstorben ist. 115/1

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Spar- u. Kreditverein Solidaria

Am 11. März starb unser Mitglied

Paul Conrad.

Beerdigung Donnerstag 4 Uhr

neuer Jakobikirchhof, Hermannstr.

Der Vorstand.

Kassenhänder jed. Vert. **Augusta-Bad**,

Stöpererstr. 60, 18625*

Sozialdemokratischer Verein

für den

6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Emil Göritz

I. Abteilung

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag,

den 15. März, nachmittags 3 Uhr,

von der Leichenhalle des Bartholo-

mäuskirchhofs in Beigebsee,

Falkenberg-Chauffee ausfall.

Um zahlreiche Beteiligung bitten

245/11 Der Vorstand.

Arbeiter-Raucher-Bund

Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Mitglied

Ernst Delke

aus Klub „Regatta“ am 12. März

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Freitag, den 15. d. M., nach-

mittags 4 Uhr, auf dem neuen

Pauls-Kirchhof, Beigebsee, Raff.

287/18 Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Drechsler Deutschlands

E. G. 88. Verwaltungsst. Berlin D.

Am 10. März verstarb unser

Mitglied

Artur Wels.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donner-

stag, 14. März, nachm. 5 Uhr, von

der Leichenhalle des Hedwig-

Kirchhofs, Beigebsee, Wörthstraße,

ausfall.

287/19 Die Ortsverwaltung.

Ernestine Dietrich

geb. Schmidt

im 57. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am

Freitag, den 15. ds. Mts., nach-

mittags 5 Uhr, von der Leichen-

halle des hiesigen Friedhofes

in Friedrichshagen ausfall.

Die Hinterbliebenen:

Gustav Dietrich, Zimmerer, Saar-

brückerstraße 32, **Adolph Dietrich**,

Sohn, **Gertrud Dietrich**, geborne

Röhms, **Erna Dietrich**, Entlin,

Augusto Köhn, Schwiegermutter.

43002

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster

Teilnahme bei der Beerdigung meines

lieben Vaters, Sohnes, Schwagers

und Onkels

Adolf Wenzel

sagen wir hiermit besonders den Kol-

legen der Firma **Seymann** unseren

herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gertrud Wenzel.

Kronleuchter

für Gas u. Petroleum

kauft man am besten

und billigsten in der

Fabrik von

Siegel & Co.,

Prinzenstraße 33.

500 Kronen von 10-300 Mk.

Auf Wunsch Teilzahlungen ohne

Preiserhöhung. 35522*

Möbel-Fabrik W. F. Falkenberg

Tischlermeister

BERLIN C. 54, Alte Schönhauser Str. 32.

Engl. Schlafzimmer

Satin oder amerik. Nussbaum, furniert:

- 1 Schrank
- 2 Bettstellen m. Matratze u. Keilkissen
- 1 Waschtoulette mit ff. weißem Marmor
- 1 Anschraubespiegel
- 1 Nachtschrank
- 1 Handtuchständer
- 2 Stühle

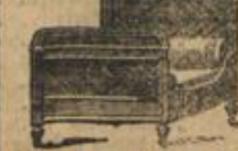
Langjährige Garantie.

Frachtfreie Lieferung durch ganz Deutschland.

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit in meinen Speichern lagern.

Besichtigung meiner enormen Lager erbeten.

Verlangen Sie illustr. Katalog gratis und franko!



Mark 275

Die Pulverexplosion auf dem Panzer „Jena“.

Groß ist das Unheil, das die Explosion auf dem französischen Panzerschiff angerichtet hat. Noch ist nicht genau festgestellt, wie hoch die Zahl der umgekommenen Personen ist, indes nach den vorliegenden Berichten sind weit über hundert Menschen getötet und etwa fünfzig verletzt worden.

Man erzählt sich herzerregende Einzelheiten von der Katastrophe. Der Schiffsführer wollte die Schleusen öffnen, um das Boot volllaufen zu lassen und so die Feuerdrüsen zu erlösen; dabei wurde er in das Boot geschleudert und vor den Augen seiner entsetzten Mannschaft in Stücke gerissen.

Ueber die Zahl der Opfer herrscht immer noch Ungewißheit; die Seebehörden glauben, daß 80 Mann tot, 20 schwerverletzt sind.

Der Kommandant getötet.

Es bestätigt sich, daß der Kommandant der „Jena“ Kapitän zur See Widgard sowie Fregattenkapitän Vertier bei dem Schiffsunglück den Tod gefunden haben. Der letztere wurde in seiner Kabine von der Katastrophe überrascht und ist darin verbrannt, da er die von außen durch ein großes Trümmerstück verbarrikadierte Tür nicht zu öffnen und die eisernen Wände der Kabine nicht einzuschlagen vermochte.

Entsetzliche Einzelheiten über die Katastrophe.

Der Steuermann des Admiral Manceron, der an der Stirn durch Glasplitter verletzt ist, gibt folgende Schilderung von der Katastrophe: Ich befand mich, erzählt er, im Speisezimmer bei meiner gewöhnlichen Beschäftigung, es war 1 1/2 Uhr mittags. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion in den Räumen unter dem Speisezimmer und unter dem Wohnzimmer des Admirals. Die Scheiben gesprangen und ein heftiger Rauch drang von allen Seiten ein und benahm mir den Atem.

Die Menschenmenge, die sich am Arsenal angesammelt hat, ist ungeheuer und kann kaum zurückgehalten werden. Alle Gesichter drücken die lebhafteste Bestürzung aus.

Ueber die Ursache der Katastrophe

gehen die Annahmen noch auseinander. Neben der Vermutung einer Selbstentzündung des Pulvers wird die Ansicht laut, daß die Explosion durch Kurzschluß verursacht wurde. Die Erschütterung war so gewaltig, daß die Bevölkerung von Toulon zunächst an ein Erdbeben dachte und entsetzt aus den Häusern flüchtete. Wenn auch die vorderen Munitionskammern zerstört worden wären, wäre das Unglück noch entschlicher gewesen, da dieselben weit größere Mengen an Geschossen und Pulver enthielten.

630 an Bord — 114 vermißt.

Nach einer vom Marineministerium gestern mittag veröffentlichten Nachricht betrug die Zahl der an Bord des Linienkreuzers „Jena“ befindlichen Personen rund 630. Von diesen sind unverletzt geblieben 407 Seeleute und 24 andere Personen; im Hospital befinden sich 44. Nach einer Meldung der Marinepräfectur von Toulon an das Marineministerium beträgt die Zahl der Vermissten 114.

Einem Telegramm aus Toulon zufolge waren um acht Uhr abends 369 Mann der Besatzung des Panzerschiffes beim Namensaufruf zugegen; gegen fünfzig waren bis dahin verwundet ins Lazarett gebracht worden. Mitbin ist die Zahl der Vermissten auf zirka 250 zu veranschlagen. Nach amtlicher Erklärung glaubt man, daß von diesen nicht mehr als hundert umgekommen seien, eine Zahl, die jedoch in der Bevölkerung allgemein für zu niedrig gehalten wird.

Die meisten Opfer der „Jena“-Katastrophe sind Bretonen. Die meisten Zeitungsredaktionen, welche Einzelheiten über das Unglück durch Drahtanschlag bekanntgeben, sind unaufhörlich von einer angsterfüllten Menge, insbesondere Frauen, umlagert, deren Angehörige auf der „Jena“ dienten.

Die feierliche Beisetzung der Opfer wird voraussichtlich nächsten Sonnabend stattfinden.

Späteren Meldungen zufolge hofft man, daß die Zahl der Vermissten sich geringer gestalten wird, als, wie zuletzt angegeben, 114, weil viele Matrosen im Augenblick der Explosion an Land

waren. — Marineminister Thomson hatte in der Seepräfectur kurze Unterredungen mit dem Seepräfecten Marquis und dem Admiral Touchard und begab sich dann nach dem Arsenal. — Die „Jena“ liegt im Dock bis zur Wasserlinie im Wasser. Der Zustand des Schiffes ist besser, als man hoffte; es liegt gerade, ohne Neigung, beim ersten Anblid würde man es noch für unversehrt halten. Rings um das Schiff schwimmen allerlei Gegenstände, darunter die Stapelklöße, auf denen das Schiff ruhte, als das Dock trocken war. Die Quais sind mit Trümmern der verschiedensten Art bedeckt, sogar mit Geschossen und Eisenstücken, die noch heiß sind und einen unerträglichen Geruch verbreiten. Der Vordersteil des Schiffes ist unversehrt. — Minister Thomson hat sich auf einer von den Rettungsmannschaften provisorisch hergestellten Treppe in das Innere der „Jena“ begeben. Privatpersonen ist der Zugang zu den Kais streng untersagt, da man Befürchtungen bezüglich der inneren Wände hegt, die bei starkem Menschenandrang einstürzen könnten.

Beileidkundgebungen sind dem Staatssekretär des Marineamts von Deutschland, Italien, England übermittelt worden.

Wie aus Paris gemeldet wird, dauerte gestern der Andrang der Angehörigen und Freunde der Offiziere und Mannschaften von der „Jena“ in den Räumen des Marineministeriums den ganzen Vormittag über an. Es können ihnen leider nur sehr knappe Auskünfte gegeben werden. Die genaue Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt, noch weniger die Zahl der Toten. Man befürchtet im Marineministerium, daß der Tag vorübergehen wird, ohne daß genaue und erschöpfende Mitteilungen werden gemacht werden können.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint zu den Osterfeiertagen. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 17. d. M., an die unterzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelsbergerstraße 27.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, Straßmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kaufsch, Windstraße 12.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Bollnerstraße 51.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Rummelsburg, Konfir. 22.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rühr, Nixdorf, Seelowerstr. 22.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13.
Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanzeigen unverszüglich dem zuständigen Kommissionsmitglied des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Landkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Diejenigen Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 17. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren sind wir leider wieder genötigt, darauf hinzuweisen, daß alle Mitteilungen in Lokalanzeigen nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da auch die Einsendungen meistens bis zum letzten Termin hinausgeschoben werden, ist, wenn es sich um eine Eilsendung handelt (Vergütungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, N. 28, Bollnerstraße 51 II.

Wilmersdorf. An diesem Sonnabend bleibt die Bibliothek geschlossen. Gleichzeitig werden die Genossen wiederum auf den nachhaltigen, belehrenden und unterhaltenden Bücherbestand aufmerksam gemacht. An jedem anderen Sonnabend ist die Bibliothek von 8—10 Uhr geöffnet. Ferner wird ebenfalls noch auf die im Luisenpark ausliegenden namhaften Parteizeitungen hingewiesen.

Der Vorstand.

Dramenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von R. Braun unsere Mitgliederversammlung stattfindet. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Um die Volzenpistole.

Seit Jahren haben sich in Berlin Stimmen erhoben gegen die auf dem hiesigen Schlacht- und Viehhofe übliche Schlachtmethode. Besonders energisch wandten sich Tiereschutzvereine gegen das heute übliche Betäubungsverfahren durch Schlag, weil sie darin eine Tierquälerei erblickten und forderten eine schnellere und sichere Art der Tötung der Schlachttiere. Auch das Polizeipräsidium schloß sich diesen Bestrebungen an und brachte bei der städtischen Verwaltung eine neue Schlachtmethode in Anregung. Dem konnte sich auf die Dauer die städtische Verwaltung nicht verschließen. Sie holte Gutachten ein über die in anderen städtischen Schlachthäusern übliche Tötungsart und nach eingehenden Beratungen wurde im Juni vorigen Jahres vom Kuratorium des städtischen Schlacht- und Viehhofes beschlossen, die Tötung des Großviehs durch die sogenannte Volzenpistole vorzuschreiben anstelle der Betäubung durch Hammer oder Keule. Eine Subkommission des Kuratoriums hat sich vor zwei Jahren von der Wirkung dieser Tötungsart überzeugt. Es ist außerdem festgestellt, daß diese bligartige Tötung durch Schlagmaske, Kugel oder Volzenpistole bereits in 320 deutschen Schlachthöfen in Anwendung kommt. Dieser Beschluß des Kuratoriums, den Volzenschußapparat auf dem Berliner Schlachthof zwangsweise einzuführen hat aber in den Kreisen der Fleischermeister

Protest ausgelöst und sie laufen gegen die Einführung der neuen Schlachtmethode Sturm. Die Protestler behaupten, das Fleisch der durch den Schußapparat getöteten Tiere werde minderwertig und sei so leichter dem Verderben ausgesetzt. Auf Antrag des dem Kuratorium angehörigenden Großschlächtermeisters Eisner und des Stadtverordneten Feuerstein verhandelte das Kuratorium in der letzten Sitzung nochmals über diese Sache, ohne indes zu einem andern Entschluß zu kommen als bisher. An der Hand von zahlreichen Gutachten von Fachleuten und Autoritäten der Wissenschaft konnte der Direktor des Schlachthofes die Einwände gegen die neue Schlachtart entkräften. In Mainz sind bereits 65 000 Stück Großvieh, in Wiesbaden nahezu die gleiche Zahl mit diesem Apparat vom Leben zum Tode befördert worden und das Fleisch dieser Tiere war noch in vorzüglicher Verfassung, nachdem es 21 Tage in Kühlräumen aufbewahrt worden war. 69 Gutachten, darunter das des Herrn Dr. Kallner-München, sprechen sich äußerst günstig über die neue Methode aus, welche der Tierquälerei ein Ende mache. Durch diese Darlegungen war es dem Bürgerdeputierten und Großschlächtermeister Eisner geradezu unmöglich gemacht, seine Position sachlich zu verteidigen, aber er verteidigte sie in einer Weise, die verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Er warnte, in die seit Jahrhunderten geheiligten gewerksmäßigen Rechte einzugreifen, dem Fleischer müßte das Recht des Niederzuschlagens der Däsen bleiben. Pathetisch rief er aus: „Bedenken Sie, was sonst wird! Unsere Schlächtergesellen haben sich bis jetzt ihre Königstreue noch bewahrt. Rütteln Sie nicht daran! Sie werden sich, wenn ein Schuß verjagt, weigern, das Tier zu töten!“

Der schlaue Schlächtermeister hatte in seinem Innungseifer ganz außer acht gelassen, daß bei dem Verlegen eines Schusses das Tier in keiner Weise berührt wird und dann eben eine zweite Patrone genommen werden muß, während bei einem nicht ganz korrekten Schlage das Tier sehr gequält wird. Aber das nur nebenher. Aber das Däsentochlagen mit der Königstreue in Verbindung zu bringen, ist doch eine Sache, die nur ein fanatisierter Königstreuer Schlächtermeister fertig bringen kann. Diese Ideenverbindung zustande gebracht zu haben, ist sicher originell, das kann niemand bestreiten.

Das Kuratorium sah sich auch durch diesen „Schredschuß“ nicht veranlaßt, einen andern Beschluß herbeizuführen. Jetzt sehen die Schlächtermeister ihre Hoffnung auf den Polizeipräsidenten, von dem sie glauben, daß er die Einführung des Volzenschußapparates ablehnen wird, deselben Polizeipräsidenten, von dem die Anregung mit ausgegangen ist. Ob er anderer Meinung wird, wenn er hört, daß die Abschaffung des Rechts, die Däsen niederzuschlagen, mit der Königstreue etwas zu tun hat? Wer weiß es?

Sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat der Genosse Gröndel, der den 39. Gemeindevahlbezirk in der 3. Abteilung vertritt, und zwar wegen Verzug nach außerhalb. Der 39. Bezirk umfaßt die Stadtbezirke 268—273 und den 274. im Norden von Berlin (Garten-, Berg-, Elbasser-, Vorfq., Schlegel-, Tied-, Invaliden- und Chausseestraße).

In das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes ist an Stelle des ausgeschiedenen Magistratsdezernenten Stadtrat Häbner der Stadtrat Fischbeil eingetreten und hat den Vorsitz übernommen. Wir verheßen den Herrn Oberbürgermeister nicht, wie er es glaubt verantwortlich zu können, ein derartig großes Dezernat einem Platte zu übertragen, der neben der Verwaltung anderer Dezernats auch einen erheblichen Teil seiner Zeit benötigt, um als Mitglied des preussischen Landtages und des deutschen Reichstages seinen parlamentarischen Pflichten nachzukommen. Aus der Kuratoriumsleitung, die unter Leitung des neuen Dezernenten stattfand, ist erwähnenswert, daß eine Firma, welche für den Viehhof lieferte, wegen Verabreichung von Giften an einen städtischen Wäger von den ferneren Lieferungen ausgeschlossen wurde. Es soll in Zukunft nach dieser Richtung hin mit unerbittlicher Strenge verfahren werden.

Ein Antrag des Arbeiterausschusses auf anderweitige Festsetzung der Löhne für die Desinfektionsarbeiter wurde mit allen gegen die Stimmen des sozialdemokratischen Mitgliedes abgelehnt.

Auf eine Anfrage des Genossen Hoffmann, die Berechnung der Lohnzulagen betreffend, wurde von der Direktion mitgeteilt, daß der bisherige Standpunkt verlassen sei und die Löhne nach der Zahl der Arbeitsjahre gezahlt würden. Die bisher Verachteten hätten die dadurch entstandene Differenz zum Teil bekommen, zum andern Teil würden sie dieselbe noch erhalten. Auch sei eine Regelung der Freierabende vor den großen Festen und am Silvester in allen städtischen Unternehmungen in Aussicht genommen. Die Regelung dieser Sache, die auf dem Vieh- und Schlachthofe diesmal zu Differenzen geführt hat, soll in nächster Sitzung stattfinden.

Auch wurde auf eine weitere Anfrage Hoffmanns, wie es denn mit der Beseitigung der matten Fenster Scheiben im Trichmenbauamt stehe, in Aussicht gestellt, daß das nun seit 1 1/2 Jahren erwartete Gutachten des Herrn Geheimrat Schulz demnächst eingehen werde. „Demnächst“ ist gut.

Fünf Stadtverordneten-Erhaltwahlen der zweiten Abteilung haben am gestrigen Mittwoch stattgefunden, und zwar im 6. Gemeindevahlbezirk für den verstorbenen Stadtverordneten Perl, im 9. Bezirk für den verstorbenen Stadtverordneten Kemner Daber und im 13. Wahlbezirk für den verstorbenen Apotheker Friederici. Im 14. Gemeindevahlbezirk und im 16. Bezirk mußten Ersatzwahlen stattfinden, weil die bisherigen Kandidaten, Fabrikant Raft und Baumeister Buchow, Stadträte geworden sind. Es wurden gewählt: im 6. Bezirk Handelsrichter Imberg (lib.) mit 433 Stimmen. Als Gegenkandidat war der Hausagentenmeister Emil Huff (ebenfalls liberal) aufgetreten, dessen Kandidatur von den Rechts-Parteien unterstützt wurde. Huff erhielt 237 Stimmen. Im 9. Bezirk wurde der Bezirksvorsteher Friz Schmidt (lib.) mit 448 Stimmen gewählt; im 13. Bezirk wurde gewählt Oberlehrer Dr. Tropsche (lib.) mit 305 Stimmen; im 14. Bezirk wurde Buchdruckereibesitzer Landsberg (lib.) gewählt, auf den 892 Stimmen sich vereinigten. Im 16. Bezirk wurde Direktor Goerold (lib.) mit 770 Stimmen gewählt; auf dessen Gegenkandidaten, Bürgerdeputierter Wäsel (Wägerpartei), für den der Grundbesitzerverein „Nord-West“ eintrat, entfielen 665 Stimmen.

Die Standinhaber gegen den Stadtkämmerer. Der neue Stadtkämmerer Dr. Steiniger hat es mit den Markthallenstandinhabern verstanden. Eine Protestversammlung der Standinhaber, die vorgelesen im Markthallenrestaurant der Zentralmarkthalle tagte, beschloß, der Verwaltung durch den Bund der Standinhabervereine folgende Protestresolution zu übermitteln: „Die Verammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Ausführungen des Stadtkämmerers Dr. Steiniger in seiner Staatsrede über die Markthallen. Sie wendet sich entschieden gegen die in dieser Rede zum Ausdruck gekommene Meinung, daß Zuschüsse für die Markthallen im Interesse der übrigen Steuerzahler nicht geleistet werden dürfen. Demgegenüber weisen die hier versammelten Standinhaber darauf hin, daß sie ebenso gut Steuerzahler sind als die übrigen Geschäftleute, außerdem aber auch Mieter der städtischen Verwaltung, die ein begründetes Recht darauf haben, von ihrem Wirt, der Verwaltung, nicht geschädigt zu werden. Da der aus den viel zu hohen

Ständemieten aufgebracht Erneuerungsfonds der Markthallen von 3 1/2 Millionen seinerzeit nicht für Markthallenzwecke verwendet wurde, wäre es jetzt nur eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Verwaltung die schwer daniederliegenden Markthallenstandorten auch mit finanziellen Opfern durch bessere Ausstattung der Hallen lebensfähig macht.

Die Einrichtung eines Markthallenbotenendienstes ist von den Standinhabern der Zentralmarkthalle geplant, um den Käusern die eingelassenen Waren ins Haus schicken zu können.

Wie wir's so herrlich weit gebracht! Hat schon einmal jemand in einem freisinnigen Blatte das rückhaltlose Zugeständnis gefunden, daß in Berlin eine Schulnot besteht? Wir nicht! Desto öfter sehen wir, wie in der Freisinnspresse der dreiste Versuch gemacht wird, der Gemeindevorwaltung sogar nachzurufen, daß sie in der Vermehrung der Schulen und der Schulhäuser es an nichts fehlen lasse. So lesen wir jetzt wieder in der „Freisinnigen Zeitung“:

Ueber die „niederige freisinnige Stadtverwaltung“ schimpfen die Berliner Sozialdemokraten immer, wenn es sich um den Schuletat handelt. Wie wenig berechtigt der Vorwurf der übertriebenen Sparsamkeit ist, geht aus folgender Aufstellung hervor: Seit dem Jahre 1896, also in den letzten zehn Jahren, sind von der Berliner Hochbauverwaltung 26 doppelte und vier einfache Gemeindefschulen der städtischen Schulverwaltung übergeben worden, die einen Aufwand von 20 1/2 Millionen Mark Baukosten erfordert haben. Gegenwärtig sind in Bau und in Vorbereitung 14 Gemeindeforschulen, die mit nur 15 Millionen Mark veranschlagt sind.

Nun nimmt sich ja diese Aufstellung gewiß sehr stattlich aus. Aber das Organ des Berliner Kommunalfreisinn hat wohl — so scheint's fast — übersehen, daß inzwischen auch die Zahl der Berliner Gemeindeforschulinder gestiegen ist? Um wieviel die Schulverwaltung mit der Vermehrung der Schulhäuser noch hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben ist, das lehrt ein Blick auf die in derselben Zeit eingetretene Vermehrung der in Mieträumen untergebrachten Klassen. In gemieteten Häusern waren untergebracht Ende 1898 erst 122 Klassen, dagegen Ende 1906 bereits 616 Klassen. Die „niederige freisinnige Stadtverwaltung“, über die die Sozialdemokraten „immer schimpfen“, hat es also in der Tat herrlich weit gebracht. Sie wird es aber auf diesem Gebiet noch weiter bringen. Da im Jahre 1907 kein einziges neues Schulhaus fertig wird, aber selbstverständlich wieder ein paar neue Gemeindeforschulen eröffnet werden müssen, so wird die Zahl der Mietklassen sich einfließen noch erhöhen. In diesem Winterhalbjahr sitzen schon 28 000 Kinder in gemieteten Räumen, mehr als der neunste Teil aller Gemeindeforschulinder Berlins. Wieviel werden es im nächsten Winter sein?

Von den 14 doppelten Gemeindeforschulhäusern, die „gegenwärtig in Bau und — in Vorbereitung“ sind, werden mehrere vielleicht im Jahre 1908, die übrigen aber erst in den Jahren 1909 und 1910 benutzbar sein. Im Baue für 1907 stehen ja erst 12 neue Gemeindeforschulhäuser, und bei 6 davon soll erst mit der Ausführung des Baues begonnen werden. Wenn diese 14 Häuser einmal fertig dastehen werden, dann werden sie wahrscheinlich gerade 28 000 Kinder aufnehmen können. Um wieviel wird sich dann die Zahl der Gemeindeforschulinder schon wieder steigern sein? Und wieviel davon werden auch dann noch in Mieträume hineingepfercht werden müssen?

Die Wasserfrage für die Straße am Tempelhofer Berg dürfte doch noch eine für die Besitzer annehmbare Lösung finden. In einer Besprechung der Eigentümer der Grundstücke des genannten Straßenzuges wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Privatstraße zu übernehmen. Die sämtlichen Eigentümer erklärten sich bereit, das für die Regulierung der Straße erforderliche Gelände der Stadt unentgeltlich zu überlassen, jedoch mit der Maßgabe, daß den Besitzern hieraus keinerlei Unkosten entstanden. Bekanntlich hat der Magistrat beschlossen, das in Frage kommende Terrain von der Gesellschaft für Grundbesitz freihändig oder, falls die gestellten Forderungen zu hoch sind, im Enteignungsverfahren zu erwerben. Falls das letztere erforderlich wird, werden die Ansprüche der Gesellschaft für Grundbesitz freihändig oder, falls die gestellten Forderungen zu hoch sind, im Enteignungsverfahren zu erwerben.

Ein schwerer Unglücksfall ist wieder einmal durch die alte Anfitte, Obstreste auf die Straße zu werfen, herbeigeführt worden. Als der 40 Jahre alte Gerber Josef Wellebar, Stettinerstraße 63 wohnhaft, gestern Abend die Pringen-Allee passierte, trat er versehentlich auf eine Apfelsinenschale, glitt aus und kam zu Fall. Er brach sich bei dem Sturz zweimal den rechten Unterschenkel und mußte in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden.

Verkehrsunfälle. Von einem Privatautomobil überfahren wurde vorgestern in der Weberstraße die in der Landwehrstraße wohnende Witwe Hübsch. Die Frau geriet beim Ueberfahren des Fahrdammes unter den Kraftwagen, dessen linkes Vorderrad ihr über den Rücken hinwegging. Die Verunglückte wurde mit schweren inneren Verletzungen nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. — Unter die Räder einer Droschke geriet vorgestern nachmittags der neunjährige Schüler Karl Wolf. Der Knabe spielte mit anderen Knaben auf dem Bürgersteig in der Provinzstraße, lief plötzlich auf den Fahrdamm und rannte gegen das Pferd einer vorbeifahrenden Droschke, deren Räder über den kleinen B. hinweggingen. Der Schüler, der Rücken beider Beine davongetragen hatte, wurde nach dem Viktor-Krankenhaus gebracht. — Der Omnibusschaffner Papendorf sprang vorgestern nachmittags in der Invalidenstraße von einem von ihm bedienten Omnibus der Linie 7 ab und lief über den Fahrdamm, um einen ihm entfallenen Biletblock zu holen. Hierbei geriet B. unter die Plattform eines daherkommenden Straßenbahnwagens der Linie 10. Der Omnibusschaffner erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und Quetschung des Genickes. Nach Anlegung eines Rotverbandes auf der Unfallstation wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung gebracht. — An der Ecke der König- und Spandauerstraße fuhr ein beladener Müllwagen der Firma Rink, einem an der Vordachelle haltenden Geschäftswagen ausweichend, auf das Straßenbahngleis gegen die Vorderplattform eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagens der Linie 81. Hierbei wurde der Führer des Motorwagens am Kopfe verletzt und mußte nach der Unfallstation gebracht werden. Durch den Zusammenstoß wurde die Vorderplattform des Motorwagens eingedrückt.

Wieder eine Menschenjagd. Die Jagd nach zwei entflohenen Fürsorgezöglingen lief gestern in der Prenzlauer Allee großes Aufsehen hervor. Ein Polizeibeamter hatte zwei junge Deutschen beobachtet, die er sofort als entwichene Fürsorgezöglinge erkannte. Als er die beiden festnehmen wollte, ergriffen sie die Flucht. Der Beamte bestieg einen vorbeikommenden Schlachterwagen und jagte den Flüchtlinge nach. Bald hatten sich auch zahlreiche Passanten an der Verfolgung beteiligt und nach kurzer Zeit war eine regelrechte wilde Jagd im Gange. An der Ecke der Sedan- und Klafstraße gelang es endlich, einen der Verfolgten festzunehmen, während es dem anderen gelang zu entkommen. Der Festgenommene ist der Fürsorgezögling Paul W., der aus der Anstalt in Golshow entwichen ist.

Im Hotel vom Irsinn besaßen. Eine aufregende Szene spielte sich in der vorletzten Nacht vor dem Hause Rohrenstr. 27 ab. Dort sprang eine Frau Philipp aus dem vierten Stock des Hospizes der Berliner Stadtmission im Verfolgungswahnsinn in das Sprungloch der Feuerwehrtür. Die Unglückliche wurde nach der Charité geschafft. Wir erfahren über den Vorgang folgende Einzelheiten: Dienstmädchen erschien in dem Hospiz der Berliner Stadtmission in der Rohrenstr. 27 eine anständig gekleidete, etwa 35 jährige Frau und verlangte ein Zimmer. Sie erhielt auch ein solches und bezahlte sofort. In das vorgelegte Brandbuch schrieb sie nur: Frau

Philipp aus Berlin. Gegen 3 Uhr früh wurden nun plötzlich Hilferufe laut, die aus dem Zimmer der Frau Philipp kamen. Man hörte auch, wie die Frau hin und her im Zimmer stürmte, konnte aber nicht sofort in dasselbe eindringen. Wenige Minuten später hatte die Unglückliche das Fenster geöffnet und setzte sich nun, vollständig angekleidet, auf das Fensterbrett, immerwährend um Hilfe rufend. Straßenpassanten alarmierten sofort die Feuerwehrtür, die auch alsbald mit dem 19. Zuge aus der Mauerstraße zur Stelle war. Schon machte die Frau Anhalten zum Sprung in die Tiefe. Da galt es sein Säuemen. Schnell bereitete die Wehr ein Sprungtuch aus, und kaum war es entfaltet, da stürzte die Frau herab. Glücklicherweise fiel sie direkt in das Tuch, so daß sie ohne erhebliche Verletzungen davonkam. Man schaffte sie nach der Charité. Ihre Wohnung konnte noch nicht festgestellt werden.

„Kein Interesse an einem Arbeiter.“ Zu der unter dieser Ueberschrift gegebenen Mitteilung in Nr. 61 des „Vorwärts“ ist nachzutragen, daß der Mitfahrer Leu, der einen Postwagen der Firma Dary u. Co. begleitete und in der Ritterstraße überfahren wurde, erst an demselben Tage von dem Kutscher selber angenommen worden war. Er war aber bereits früher längere Zeit von der Firma beschäftigt worden.

Enklich. Der Bauzaun an der Nordseite des Domes wird, nachdem er fast dreizehn Jahre den Platz an der Friedrichsbrücke sperrete, in diesem Frühjahr entfernt und damit das Domgebäude vollständig freigelegt. Gegenwärtig wird der Platz, auf dem sich bisher die Maschinengebäude für die Wasserwerke in dem Lustgarten befanden, planiert und demnächst mit Rasen und gärtnerischen Anlagen versehen werden. Sobald dies geschehen, wird der Zaun endlich abgetragen. Nach der Südseite ist der Platz durch ein probierisches Holzgitter abgegrenzt, welches später durch ein schmiedeeisernes Kunstgitter ersetzt wird.

Ein Liebesdrama. Ein ungleiches Liebesverhältnis hat Dienstag Abend in der Havelbergerstraße 83/84 ein blütiges Ende genommen. Der 66 Jahre alte pensionierte Lokomotivführer Wilh. Weber erschob dort aus Eifersucht seine Geliebte, die 24 Jahre alte Plätterin Ida Heine, und dann sich selbst.

Weber, der aus Poesing gebürtig war, wohnte früher in Drauschwitz. Dort stand er mit Ida Heine seit sechs Jahren in Beziehungen, die nach seiner Behauptung lebhaft freundschaftlich waren. Die junge Plätterin kam vor 1 1/2 Jahren nach Berlin, wo ihre ältere Schwester Helene in Al-Moabit ein Plummengeschäft betreibt. Nach dem Tode seiner Frau siedelte auch Weber nach Berlin über, weil er sich in Ida Heine verliebt hatte. Am 1. Juli v. J. kam er hierher. Unterdessen hatten die beiden Schwestern in der Havelbergerstraße eine gemeinsame Wohnung bezogen, die aus einer Stube und Küche besteht und im Erdgeschoß im Hofe liegt. Die Beziehungen zwischen dem ungleichen Paar wurden sehr intim. Der alte Mann, der in der Wilmersdorferstraße 15 wohnte, wollte mit seiner Geliebten zusammenziehen, davon aber wollte das Mädchen nichts wissen. Diese Ablehnung erweckte die Eifersucht des Verliebten. Er glaubte, daß ihn Ida Heine hintergehe, und beschloß daher, sie und sich selbst zu töten.

Nachdem er diese Absicht in einem für seine Wirtin hinterlassenen Briefe ausgesprochen hatte, suchte er Dienstagabend um 7 Uhr seine Geliebte auf, während deren Schwester noch in ihrem Laden war. Niemand hörte, daß in der Wohnung etwas vorfiel, weil die Fenster nach dem zweiten Hofe hinaus liegen.

Als Helene Heine um 10 1/2 Uhr aus ihrem Geschäft nach Hause kam, war die Tür verschlossen. Die Angesperrte, der auf ihr Klopfen nicht geantwortet wurde, holte ihren Bräutigam aus der Wirtinstraße, diesem gelang es, die Tür zu öffnen. Das junge Mädchen lag nur leicht bekleidet in der Stube tot neben dem Waschschüssel. W. hatte es durch einen Schuß in die linke Seite des Hinterkopfes niedergestreckt. Krugwunden bedeckten das Gesicht der Toten. Weber lag angekleidet auf dem Bett, das mit seinem Blut besudelt war. Er hatte durch einen Schuß in die Brust seinem Leben ein Ende gemacht.

Ein neues Postamt wird am 3. April in dem Hause Schwedenstraße 5 in Berlin eröffnet. Die neue Postanstalt erhält die Bezeichnung „Berlin N. 00.“ Sie ist eine Zweigstelle des Postamts N. 20 in der Stettinerstraße. Das Postamt wird mit Telegraphenbetrieb und Fernsprechautomaten ausgerüstet. Bei der Postanstalt können Postsendungen jeder Art eingeliefert sowie postlagernde Briefsendungen abgeholt werden. Ausgenommen von der Annahme sind Pakete und Telegramme. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das neue Postamt an Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. An Sonn- und Feiertagen sowie am Geburtstag des Kaisers bleibt es geschlossen.

Fünf Pferde verbrannt. Vorgestern Abend gegen 10 Uhr kam in dem Pferdehale des Effizienzfabrikanten Reichel in der Eisenbahnstraße 18 durch Unachtsamkeit ein Feuer aus, bei dem fünf wertvolle Pferde erstickten. Der Kutscher war erst um 9 Uhr mit einem Gespann nach Hause gekommen und hatte dann die Stalllampe brennen lassen, um ein wenig in seiner neben dem Stall belegenen Stube zu essen. Nachdem wollte er nochmals füttern. Kaum hatte er aber den Stall verlassen, als Feuerlärm laut wurde. Als er daraufhin zurückkehrte und die Stalltür öffnete, schlug ihm eine Stichflamme entgegen, die aber alsbald wieder erlosch. Trotzdem hatte der Brand schon schweres Unheil angerichtet. Fünf Pferde lagen tot in ihren Ständen; sie waren erstickt. Der alarmierten Feuerwehrtür blieb nur übrig, die Kadaver der Tiere aus dem Stalle herauszuholen.

Eine helle Feuerugel wurde Sonntagabend von Direktor Archenbold auf der Treppe der Sternwarte kurz nach 9 Uhr abends beobachtet. Sie lief von oben nach unten senkrecht zum Horizont zwischen den beiden hellen Sternen Arktur und Denebola. Ihre Helligkeit erreichte die der Venus. — Zu einer genauen Bahnbestimmung bietet die Direktion der Sternwarte alle Beobachter dieser Feuerugel, Mitteilungen über ihre Beobachtungen der Redaktion des „Weltalls“, Treppe 5, Berlin, Sternwarte, einzusenden.

Eine geisteschwache Frau vermisst. Seit dem 8. November 1905 wird die Handelsfrau Emma Dolling geb. Schulz, am 10. 6. 1850 zu Mohrin geboren, aus ihrer Lippenstr. 25 belegenen Wohnung vermisst. Ueber ihren Verbleib hat sich bisher näheres nicht ermitteln lassen. Befreiung: Größe 1,65 Meter, Statur: mittel, Haare: graumeliert, Augen: blaugrau, Zähne: fehlen, Gesicht: oval, Gesichtsfarbe: braun. Als die Genannte ihre Wohnung am fraglichen Tage verließ, war dieselbe mit schwarzem Jackett, blauem Rock und Hülpantoffeln bekleidet, hatte aber weder Strümpfe an noch eine Kopfbedeckung auf und trug weiße Wäsche. Da Frau Dolling geisteschwach ist, so wird angenommen, daß sie in irgend einer Anstalt oder bei anderen Personen Aufnahme gefunden hat. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, diese der Kriminalpolizei, Zimmer 326 oder einem Polizeibeamten zu den Adressen: 0048. IV. 4. 05 mitzuteilen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Eine Massenentlassung von Gemeindebeamten hat vor einigen Tagen in Wilmersdorf stattgefunden. Laut Beschluß des Gemeindevorstandes vom 26. Oktober vorigen Jahres sind 28 Amtsdienere und 3 Wachmeister zum 1. April gekündigt worden. Wie berichtet wird, soll den gekündigten Beamten gestattet sein, ihren Uebertritt zur königlichen Polizei zu beantragen. Unter den gekündigten befinden sich Beamte, die bereits 8—9 Jahre im Dienst der Gemeinde Wilmersdorf gestanden haben, also nur noch ein bis zwei Jahre bedürften, um laut Ortsstatut lebenslanglich angestellt zu werden. Die Erbitterung der Beamten über die plötz-

liche Kündigung ist selbstverständlich groß. Selbst wenn sie die Möglichkeit hätten, zur königlichen Polizei überzutreten, so müßten sie mit einem um 400 M. jährlich geringeren Gehalt anfangen. Es sind dies auch alles Leute, die bereits eine 10—12jährige Dienstzeit beim Militär hinter sich haben und mit dem Pensionsanspruch in der Tasche nicht auf eine Schumannsstelle gerechnet haben. Sollte nicht die Möglichkeit vorhanden sein, jene Leute anderweitig im Verwaltungsdienst unterzubringen? Wenn heute ein Arbeiter, der in einem Betriebe seine Knochen gelassen hat, entlassen wird, so entspricht das dem rückhaltlosen Protestinteresse und den Ausbütungspraktiken des Unternehmers; von einem Gemeindevorstand aber muß man füglich erwarten, daß Leute, die ihre besten Jahre in den Dienst der Gemeinde gestellt haben, bei eventuellen Veränderungen, wie das durch die Stadterweiterung Wilmersdorfs der Fall ist, weiter im Dienst belassen werden. Wir wollen abwarten, was für eine Stellung die Stadtverordnetenversammlung zu dieser Kündigung einnehmen wird.

Am kommenden Sonntag, den 16. d. Mts., veranstaltet der Wahlverein im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, einen heiteren Unterhaltungsabend mit daran anschließendem Ball. Da nur gute Kräfte engagiert sind, so wird das sorgfältig zusammengestellte Programm für jedermann einen genussreichen Abend bereiten. Die Arbeiterkassen Wilmersdorfs wird deshalb ersucht, diese mit vielen Unkosten verbundene Veranstaltung zu besuchen. Willetts sind in allen mit Plakaten belegten Stellen sowie in der Partispedition, Berlinerstraße 46, zu haben. Im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf. Das Komitee.

Zehlendorf.

Die Turner unter unseren Genossen und alle, welche Interesse an der Arbeiterturnhalle hegen, werden ersucht, zwecks einer Besprechung über die Gründung eines Arbeiterturnvereins sich heute Abend 8 Uhr in dem Lokal des Herrn Wilhelm Nies, Karlstr. 12, einzufinden. Recht zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Steglitz.

Zu den Gewerkegerichtswahlen am Freitag, den 15. März, haben nunmehr die beteiligten Gewerkegruppen ihre Kandidaten in Branchensammlungen aufgestellt. Die Wahlen erfolgen mittels Stimmzetteln und zwar im Rathaus, Zimmer Nr. 12. Die Arbeitnehmer der Gruppe „Verschiedene Gewerbe“ wählen abends von 6—7 1/2 Uhr (Kandidat: Gärtner W. Dabinsky); „Metallgewerbe“ von 7 1/2—8 Uhr (Kandidaten: Dreher Richard Krug und Klempner Otto Einede); „Nahrungsmittelgewerbe“ von 8 bis 8 1/2 Uhr (Kandidat: Bäcker Joseph Hanisch); „Graphisches Gewerbe“ von 8 1/2—9 Uhr (Kandidat: Buchbinder Gustav Nötzig). Für die Gruppe „Verschiedene Gewerbe“ findet nur Erstausswahl bis zum Jahre 1911 statt, während für die übrigen Gruppen die regelmäßigen Ergänzungs wahlen auf die Dauer von sechs Jahren vollzogen werden. Den Wahlberechtigten sind besondere Ausweisarten zugestellt worden. Im Interesse einer schnellen und glatten Abwicklung des Wahlgeschäftes werden die Wähler dringend ersucht, diese amtlichen Ausweise bei der Wahl vorzuzeigen. Wer ohne diese Karte kommt, hat für anderweitige Legitimation zu sorgen. Wir erwarten, daß die Wahlberechtigten Mann für Mann zur Wahl erscheinen und ihre Stimme den oben genannten Kandidaten geben.

Brit.

Das Hantieren mit Schusswaffen durch Kinderhände hat gestern nachmittags 4 Uhr in der Rudowerstraße am Telowkanal wieder einmal schweres Unheil angerichtet. Der Knabe Robrid aus der Johannisbaderstraße war im Begriff nach Vögeln zu schießen. Die Schusswaffe ging jedoch versehentlich, noch ehe er dieselbe richtig anlegte, ab und traf den Knaben Richard Richter, gleichfalls in der Johannisbaderstraße wohnhaft, in den Leib. Der Verletzte wurde durch ein vorbeifahrendes Gefährt nach dem Brieger Krankenhaus gebracht.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorstellung. Der Vertreter lag der Vertragsentwurf mit der Straßenbahngesellschaft für die neue Linie nach Karlsruh vor. Derselbe fand gegen die Stimmen unserer Genossen und des Herrn Feldmann Annahme. — In der Frage des höheren Schulbaues hat die Aufsichtsbekörde nach Beschluß der Schulen sich damit einverstanden erklärt, daß die höhere Knaben- wie Mädchenschule in den vorhandenen Räumen verbleiben könnten, wenn bis zum Jahre 1911 Ersatz geschaffen sei. Zur Klärung der Angelegenheit wurde eine Kommission gewählt. — Zweck besserer Orientierung über die Gemeindefinanzen soll die Gemeindefasse der Rechnungs-Kommission vierteljährliche Aufstellungen geben. — Gegen den Beschluß der Vertretung auf Ungültigkeit seiner Wahl hat Herr Degehardt Einspruch erhoben. — Eine Vermehrung der 3. Gemeindefschule soll bis zum 15. April ermöglicht werden.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit der Feststellung des Gemeindefinanzplans. Derselbe schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 584 350 M. Die Etatskommission hat in fünf Sitzungen den Etat durchberaten und ersucht um die Zustimmung der Vertretung.

Die Spezialstats des Realgymnasiums (in Einnahme und Ausgabe 60 100 M.), der Kanalisation (92 200 M.) und der Wasserleitung (44 800 M.) wurden angenommen. Die Wasserleitung werden um 5 Pf. ermäßigt und der Mindestbeitrag von 6 auf 5 Pf. vierteljährlich herabgesetzt.

Da von der Etatskommission eine Erhöhung der Gemeindefinanzbeamtengehälter vorgeschlagen, beantragten die fünf sozialdemokratischen Vertreter, die bisher gezahlten monatlichen Anfangsgehälter der Gemeindefinanzbeamten von 80 auf 100 M. zu erhöhen, steigend nach einem Jahre auf 105 M., nach weiteren vier Jahren auf 110 M. und nach einer Gesamtzeit von zehn Jahren auf 120 M. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach längerer Debatte wurde die Befolgung der Gemeindefinanzbeamten im Vergleich zu der in vielen anderen Berliner Vorortgemeinden als zu niedrig anerkannt und beschlossen, die Beamtengehälter nach folgender Scala festzusetzen: Klasse I:endant und erster Gemeindefinanzsekretär: Anfangsgehalt 2400 M., steigend von 3 zu 3 Jahren bis auf den Höchstbetrag von 4800 M. Klasse II: Sekretäre: Anfangsgehalt 2000 M., steigend bis auf 3800 M. Klasse III: Bureau- und Klassen-Assistenten: Anfangsgehalt 1600 M., steigend bis auf 3200 M. Klasse IV: Vollzugsbeamte, Polizeiverwalter und Desinfektoren: Anfangsgehalt 1500 M., steigend bis auf 2100 M. Klasse V: Nachtwächter und Hülfspolizeiverwalter: Anfangsgehalt 1200 M., steigend bis auf 1620 M. Das Höchstgehalt des Gemeindevorstehers wird von 6600 M. auf 7200 M. erhöht. Das Gehalt des Tiefbau-Ingenieurs sowie des Baubeamten wird von 3000 auf 3600 M. erhöht und werden beide Beamte pensionärsberechtigt festangestellt. Die durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstehenden jährlichen Mehrausgaben belaufen sich gegenüber der bisherigen Besoldungsordnung auf 6435 M. Im Anschluß hieran beschloß die Vertretung, die Bureauzeitung monatlich von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr auszudehnen, sodas auch während der Mittagsstunden Beamte zur Erledigung dringender Dienstgeschäfte in jedem Bureau anwesend sein müssen. Die Entschädigung des Gemeindevorstehers und Stellvertreters für Zeitverhältnis und Wahrung der Interessen des Gemeindevorstandes wird von 400 M. auf 500 M. erhöht. Der Vorsitzende des Gemeindevorstandes und der Armendeputation erhält für Bereithaltung eines Zimmers und Reinigung desselben eine jährliche Entschädigung von 300 M.

Nach einer vom Gemeindevorstand vorgenommenen Statistik ist festgestellt, daß die Mietsenkung in der Volksschule und des Realgymnasiums eine unzulängliche ist. Die Vertretung beschloß, die Mietsenkung um 100 M. zu erhöhen.

In verschiedenen Vertretersitzungen war die Uebernahme der Straßenreinigung durch die Gemeinde Gegenstand der Verhandlung. In diesem Zweck sind nun im laufenden Etat 11 200 M. einschließlich der Abgabe des Reichs von den Gemeindegrundstücken eingestellt. Die Vertretung beschloß, die Reinigung der Straßenräume verfassungsmäßig auf ein Jahr durch eigene Arbeiter und Gespanne auszuführen, damit übersehen werden kann, wie hoch sich die Kosten der Straßenreinigung belaufen. Die Bürgersteigreinigung liegt nach wie vor den Eigentümern ob.

Bei dem Titel „Indirekte Steuern“ stimmten die sozialdemokratischen Vertreter Barth, Frau, Schmidt, Sonnenburg und Stephan, sowie die bürgerlichen Vertreter Berge und Dr. Wallburg gegen die Biersteuer und Luxussteuer.

An direkten Steuern werden im Etatsjahr erhoben: 140 Proz. Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und der fingierten Steuerzölle 2,40 M. und 4 M. gegen das Vorjahr eine Ermäßigung um 5 Proz. 280 Proz. Zuschläge zur Gewerbesteuer der Klassen I und II (im Vorjahr 290 Proz.) 210 Proz. Zuschläge zur Gewerbesteuer der Klassen III und IV (im Vorjahr 217 1/2 Proz.) 280 Proz. Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer (im Vorjahr 290 Proz.) An Stelle der Grund- und Gebäudesteuerzuschläge wird eine Gemeindegrundsteuer erhoben und zwar in Höhe von 3,6 pro Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke (im Vorjahr 3,7 pro Tausend). Die Betriebssteuerzuschläge erfolgen in gleicher Höhe wie die Einkommensteuerzuschläge 140 Proz. (im Vorjahr 145 Proz.)

Bei der Abstimmung über den Gesamtetat wurde derselbe von der Vertretung angenommen.

Königs-Wustertshausen.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß einer Lokomotive mit einem Samernwagen fand auf der Bahnstrecke Königs-Wustertshausen—Töschin statt. Der Handelsmann Lehmann aus Wöhen fuhr, aus Berlin kommend, die Königs-Wustertshausen-Wöherer Chaussee entlang und kreuzte den Bahnübergang, als eine Hülsenlokomotive von der Station Töschin herangekam. L. hatte vermutlich das Warnungssignal überhört und befand sich mit seinem langsam fahrenden Wagen auf den Schienen, als die Lokomotive das Hinterteil des Gefährtes erfaßte und total zertrümmerte. Lehmann wurde auf die Chaussee geschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen, Brüche beider Unterarmen, sowie einen Bruch des rechten Unterarmes. Er wurde nach dem Krankenhaus in Königs-Wustertshausen übergeführt. Das Pferd war nur leicht verletzt worden.

Gerichts-Zeitung.

Mißglückte Mobilmachung der Dresdener Justiz gegen russische Studenten.

Ein umfangreicher politischer Prozeß, in dem gegen sechs russische Studenten von der technischen Hochschule in Dresden verhandelt wurde, fand vor dem Dresdener Schöffengericht statt. Angeklagt waren die Studenten Pawel Korotkow, Nikolai Afreem, Nikolai Below, Samuel Follenitsch, Josef Schenkin und Georg Sekara. Schon früher hatten sich die russischen Studenten in Dresden zu dem Verein „Russka“ zusammengeschlossen. Die ausgesprochen antisemitische, besser gesagt konsektiv-antisemitische Färbung des Vereins veranlaßte die freier denkenden Mitglieder bald nach der Gründung, sich abzusondern und sich erneut in die „Gruppe der Studenten aus Rußland“ zusammenzuschließen. Da bei ihnen jeder ohne Unterschied des Glaubens und seiner politischen Denkweise Aufnahme fand, sofern er nur freiwillige Ziele hatte, gehörten dieser Gruppe bald alle russischen Studenten an bis auf drei, die jetzt noch den Verein „Russka“ präferieren. Der Zweck ihrer Vereinigung war die Schaffung einer Bibliothek und Bibliothek, die auch am 31. Dezember 1899 durch Vorkauf — der inzwischen abgelaufen hat — begründet wurde. Die sechs Angeklagten waren zeitweise im Vorstand der Gruppe und hatten Strafverfügungen erhalten, weil sie den Verein nicht angemeldet, die von ihnen arrangierten Versammlungen ohne vorherige Anmeldung stattfinden ließen, und endlich, weil sie mit der russischen sozialdemokratischen Partei und dem sozialdemokratischen jüdischen Bund ohne Genehmigung des Ministeriums in Verbindung getreten waren. Zweck dieser gegen sie gerichteten Maßnahmen war zweifellos nur der, sie daselbst schädlich zu machen und zu lassen wie fünf ihrer Landsleute und Kameraden, die ausgewiesen wurden, weil sie sozialdemokratische Wählervereinigungen in Dresden besucht hatten. Schon zu Ende des russisch-japanischen Krieges und dann während der sich daran knüpfenden russischen Revolution wendete die politische Polizei in Dresden ihre ganz besondere Aufmerksamkeit dieser Gruppe zu. Die Beamten der politischen Polizei gaben an, daß ihnen im Jahre 1906 die Mitteilung zugegangen sei, daß sich in Dresden ein Zweig des Senfer Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei befinde. Man habe von da an den ganz bestimmten Verdacht gehabt, daß die russische Lesehalle der Demantel sei, unter dem sich der Zweck des Senfer Komitees verberge und sei dann zu einer schärferen Beobachtung geschritten. Es habe sich denn auch gezeigt, daß sich Mitglieder der Lesehalle an der Kaiserfeier, sowie am Besuch sozialdemokratischer Volksversammlungen beteiligt hätten. Bei einer Hausdurchsuchung in der Lesehalle fanden sich deutsche und russische sozialdemokratische und revolutionäre Schriften in großer Anzahl vor. Außerdem wurden zwei Protokolle von Versammlungen der Kampfkomitee und der früheren vereinigten Emigrationskomitee beschlagnahmt. Das eine Protokoll enthält den Beschluß, die Gelder an die Zentralstelle der sozialdemokratischen revolutionären Partei für die Bedürfnisse der russischen Revolution zu senden. Das zweite Protokoll berichtet über einen Beschluß, die Gelder statt für die Opfer der Pogrome zweckmäßiger für den Zustand des russischen Proletariats zu verwenden und zwar von der Erkenntnis aus, daß die Pogrome von Wotzu ufm. nur eine Folge des autoritären Regimes seien und daß dieselben mit allen Mitteln der Sturz des autoritären Regimes herbeigeführt werden müsse. Die Angeklagten erklärten dazu, daß die Lesehalle nichts mit diesen beiden Kassen zu tun habe. Sie hätten ferner nur den „Vorwärts“ und die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ abonniert, während ihnen die übrigen russischen und deutschen sozialdemokratischen und revolutionären Schriften teils kostenlos zugeführt worden seien, teils von Geschenken durcheinanderfließender Russen herrührten. In der Lesehalle seien nur Gelder für die Opfer der Pogrome gesammelt und abgeschickt worden. Die Beamten der politischen Polizei haben ferner in der Lesehalle ein Album mit den Bildern von Singer und Bebel, von dem russischen revolutionären Kriegsschiff und von russischen Revolutionären gefunden. An einer schwarzen Tafel, die zu Anschlägen dienste, befand sich das Bild der Spiridonowa. Unter den Schriften befand sich das Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage in Deutschland. Darauf erwidern die Angeklagten, daß das Album die Bilder von Schriftstellern und Professoren enthalte; die Spiridonowa werde als Märtyrerin von allen Russen betrachtet, wegen der teuflischen Bluttaten, die sie durch russische Soldaten und Offiziere habe erdulden müssen. Das Statut des Metallarbeiterverbandes habe in der Zeitung gelegen.

Nach alledem ist also den Angeklagten keine politische Betätigung nachgewiesen worden. Die einzige politische Versammlung, die direkt von der Lesehalle unangemeldet arrangiert sein könnte, kommt auf Konto des Grafen Tolstoi (ebenfalls Student), der aber jetzt nach Rußland zurückgekehrt ist. Das Gericht gelangte nach circa neunundzwanzig Verhandlungstagen zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Der Nachweis politischer Betätigung sei nicht erbracht worden. Das halten sozialdemokratischer Zeitungen (neben der „Welt am Montag“ und dem „Berliner Tageblatt“) für eine Verhöhnung der Justiz, nicht gegen sie ausgesprochen werden.

Automobilunglück.

Wie oft eines Chauffeurs hat einen schweren Unfall zur Folge gehabt, welcher gestern die zwei Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen fahrlässiger Körperverletzung mußte sich der

Kraftwagenführer Paul Bamberg vor dem Strafrichter verantworten. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte den Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft, welche die erkannte Strafe für zu niedrig erachtete, wie auch der Angeklagte selbst Berufung eingelegt. Das schöffengerichtliche Erkenntnis war auf Grund folgenden Sachverhalts ergangen. Am 28. Juli v. J. fuhr der in der Filiale einer Berliner Zeitung in Halensee angestellte Expedient Lehmann mit einem Dreirad die König-Allee entlang. Als er gerade im Begriff war, in das für den Verkehr einzuweichen, hörte er hinter sich das Herannahen eines sehr schneller Gangart befindlichen Automobils. Lehmann vermutete natürlich, daß das Fahrzeug links um ihn herum ausbiegen würde. Das Auto, welches einem Kaufmann Giersberg gehörte und von dem Angeklagten Bombardier gelenkt wurde, fuhr jedoch in einem derartig unsinnigen Tempo, daß es infolge einer falschen Berechnung des B. die Schwertung zu kurz ausführte und das Dreirad des Lehmann erfaßte. Dieser wurde infolge der großen Schnelligkeit des Kraftwagens hoch in die Luft geschleudert und blieb dann mit schweren Verletzungen blutüberströmt und bewußtlos auf dem Steinpflaster liegen. Der schwerverletzte B. wurde mit demselben Automobil nach dem Krankenhaus Westend geschafft, aus dem er erst am 3. September entlassen wurde, nachdem er anfänglich in schwerer Lebensgefahr geschwebt hatte. Die Folgen der erlittenen Verletzungen ließen sich bis zum heutigen Tage noch nicht beseitigen. — Vor Gericht bekennt der Angeklagte, zu jänem gefahren zu sein. Die erneute Beweisaufnahme ergab jedoch, daß der Angeklagte in dem bekannten unsinnigen Tempo mancher Schnellfahrzeuge gefahren war und auch im Vertrauen auf seine Schnelligkeit noch versucht hatte, zwischen dem Kraftwagen und dem Bürgersteig hindurch zu fahren. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß derartige rücksichtslose Automobilen, die die Straße als Rennbahn betrauten und dadurch, wie in dem vorliegenden Falle, schweres Unheil anrichten, eine härtere Bestrafung verdienen, schon um eine abschreckendes Beispiel zu liefern. Die Berufungsstrafkammer erhöhte auch die gegen B. erkannte Strafe dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 6 Wochen Gefängnis.

Habt auf die Kinder acht!

Im Januar erregte die Verhaftung des Tischlermeisters Hartmann aus der Raunynstraße berechtigtes Aufsehen unter den Bewohnern des südlichen Stadtteils. H. wurde beschuldigt, sich in seiner Werkstatt an drei Schulmädchen im Alter von 12 und 13 Jahren, die in seiner Werkstatt kleine Hülsenarbeiten verrichteten, in gröblicher Weise vergangen zu haben. Die vor der 4. Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundene Verhandlung gegen H. hat die Beschuldigung bestätigt. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine ungünstige Polizeiverordnung.

Am 13. Januar er. forderte Genosse Witschle in einer öffentlichen Versammlung in Stützhof (Westpr.) die Anwesenden auf, zu sozialdemokratischen Wahlzwecken Geld beizusteuern zu wollen. Die gespendeten Beträge sammelte Witschle in einem Koffer. Der „überwachende“ Gendarm erblidete in dieser Geldsammlung eine ungeschehene Handlung und erstattete pflichtschuldigst Anzeige. Der „Identifizier“ sollte daraufhin 15 M. blechen. Hierzu hatte Witschle um so weniger Lust, als eine Kellersammlung in einer Versammlung überhaupt nicht gesetzlich verboten ist. So hatte sich dann das Langjährige Schöffengericht am 12. d. M. mit der Sache zu beschäftigen. Der Staatsanwalt beantragte 15 M. Geldstrafe oder 5 Tage Haft gegen Witschle. Rechtsanwält Rosenbaum, der Verteidiger des „Angeklagten“, führte aus, daß hier von einer öffentlichen Kollekte im Sinne des Gesetzes keine Rede sein könne, deshalb müsse auf Freispruch erkannt werden. Nach längerer Beratung trat das Gericht den Ausführungen des Rechtsanwalts bei. In der Urteilsbegründung wurde erklärt, daß die Kellersammlung, die der Angeklagte in der Versammlung, die in einer Privatwohnung tagte, vorgenommen habe, nicht als eine öffentliche Kollekte zu betrachten sei. Damit wäre zunächst nicht einmal der Wortlaut der angezogenen Polizeiverordnung erfüllt! Aber abgesehen davon, eine Hauskollekte bestünde darin, daß eine Sammlung von Haus zu Haus vorgenommen werde. Kellersammlungen in Versammlungen zu verbieten, dazu habe die Polizei keine Befugnis; eine derartige Polizeiverordnung sei ungültig! Deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Die Kosten sollen der Staatskasse zur Last. — Ähnliche Entscheidungen hat das Kammergericht seit dem Jahre 1890 wiederholt gefällt.

Zum polnischen Schulstreik.

Von den vielen Schulstreikprozessen, welche schweben, beschäftigt am 26. Februar die ersten das Reichsgericht, doch wurde erst am Dienstag das Urteil verkündet. Das Landgericht Posen hatte am 16. November 1906 die Reklamation zweier polnischer Zeitungen „Goniec Wielkopolski“ Vincent Szpotanski und „Praca“ Agnieszka Swiala verurteilt, weil sie in den genannten Zeitungen Artikel gebracht hätten, die sich mit dem Schulstreik beschäftigten und die Vorgänge in Unrein behandelten. Die Eltern wurden aufgefordert, ihre Kinder zum Widerstande gegen die Lehrer anzuhalten. Szpotanski erhielt 200 M. Geldstrafe, während der schon mehrfach vorbestrafte Swiala einen Monat Gefängnis erhielt. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte diese Urteile, indem er die Revisionen verworfen hat!

Geiern hatte sich vor der Posener Strafkammer der Prälat Praebendiar Kios wegen dreier Artikel im „Przewodnik Katolicki“ zu verantworten, die ein Vergehen gegen Paragraph 110 des Strafgesetzbuches (Aufsorderung zum Schulstreik) enthalten. Im ersten Falle wurde Kios freigesprochen, im zweiten und dritten Falle zu je 450 M. Geldstrafe verurteilt. Wenn in dieser Art die Justiz als politisches Kampfmittel auch gegen die Polen nach Ansicht der herrschenden Klasse dienen soll, wundern sich noch Leute über das Schwimmen des Rechts von Vertrauen in die Strafrechtspflege!

Vermischtes.

Ein Diebstahl auf gemästete Art. In der Südafrikanischen Ausstellung zu London sind gestern Abend Goldbarren in einem Glaslasten im Werte von 1000 Pfund Sterling gestohlen worden; diese Barren bestanden aus dem ersten im Beduanaland gefundenen Golde. Wie verlautet, betrauten gestern fünf Männer die Ausstellung kurz vor Schluß und während vier von ihnen die Aufmerksamkeit der noch anwesenden Personen auf sich lenkten, bemächtigte sich der fünfte des Glaslastens, verstaubte ihn unter dem Mantel und verschwand, nachdem er an einigen in der Nähe befindlichen Damen vorbeigeht war.

Verband deutscher Barbiers, Friseure und Verkleidungsmacher-Schaffner. Berlin. Heute abend 10 Uhr im Lokale Dierichstraße 46 bei Regner: Generalversammlung. Mitgliederbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Vorstand: Baumgart.

Verband der Preisverhüllten Deutschlands. Zweigverein Altdorf. Heute abend 10 Uhr bei C. Schmidt, Reiterstraße 14: Mitgliederversammlung. — Zahlstelle Wittenberg-Berlin O. Heute abend 9 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wiedemann, Frankfurt Allee 181. — Zahlstelle Charlottenburg. Heute, Donnerstag, den 14. d. M., abends 9 1/2 Uhr, bei Vertens, Brunnstraße 43 Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Weltanschauung“, sozialistische Wochenschrift. Heft 24. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Alth. Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 120 Pf. „Volkswirtschaftliche Blätter“, (Wärz-Heft). Herausgegeben im Auftrage des Deutschen volkswirtschaftlichen Verbandes und Herrn. Edw. Krüger-De. Carl Dehmanns Verlag, Berlin W. 8.

Der Kampf um die Seltensammlung in Berlin. Bericht über die Vorfälle des Berliner Botschafters. Herausgegeben von Dr. Richard Burdinski. Preis 60 Pfennig. Verlag von Rosenbaum u. Hart in Berlin SW. 48.

Der Mensch und die Erde. Die Entstehung, Gewinnung und Verwertung der Erde als Grundlage der Kultur. Vierter Band. 17 bis 19. Es erscheinen 120 Hefungen à 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag, 16. August 4., eine Treppe (Handelskassens-Bureau, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Zuschuß und eine Zahl aus Werktagen beizulegen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Gültige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

76. N. 2. Bakteriologisches Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn.

Richter, M. V. Es genügt: Professor Georg Brandes, Kopenhagen, und Landstingsmand Eduard Brandes, Kopenhagen. E. B. ist Mitglied des Landstings, des dänischen Oberhauses und gehört der radikalen, nicht der sozialdemokratischen Partei an. — M. R. 21. Der Voermund hat keine Pflicht entsprechend gehandelt. — M. R. 100. In fünf Jahren. Ein etwa erforderlicher Strafantrag ist innerhalb drei Monaten zu stellen. — M. R. 100. Getrenntem ist kein Scheidungsgrund. — G. Robert. Beratung hätte keine Aussicht auf Erfolg. — C. R. 1. u. 2. Rein. — G. R. 14. 1. Ja, Geldstrafe. 2. Rein. — G. R. 235. Rein. Sie könnten nur auf Befehligung des Reichsanwalts klagen. — D. 888. Rein. — G. R. 2. Bei der Trennung von Ihnen damals unterschrieben, so ist es gültig. — Schaner August. Falls nur Liebetrennung (kein Jagdvergehen) vorliegt: in drei Monaten. Das Vergehen würde in fünf Jahren verjähren. — Gireland. Bei der Polizei müssen Sie die Ausstellung einer neuen Karte unter Glaubhaftmachung des Verlustes beantragen. — M. 11. Ja. — G. R. 85. Wegen Plautius dienstantwärtig. — G. R. 109. Geheiß. 105. 1. Sie müssen die Eltern zahlen, zu denen Sie veranlagt sind. 2. Klagen Sie auf Ersatz beim Amtsgericht. 3. Rein. — J. B. 91. 2. 0. 7. 00. H. Ginge. Rein. — M. R. 17. M. 3. 10. Ja. — G. R. 1907. 1. Keine. 2. Das ist auf Antrag möglich. — Siegfried 1885. Wenden Sie sich an einen Anwalt oder an einen Bankassistenten. — Stralund 449. 1. Sie müssen zahlen. 2. Ja. 3. Rein. — G. R. 26. Zuverlässige Auskunft über Auswandererangelegenheiten erhalten Sie in der amtlichen Auswanderungsstelle, Schellingstr. 4. — G. R. 22. 1. Wenn auf Antrag der Frau vom Gericht das Getrenntwohnen gestattet wird, ja. 2. Der Mann könnte die Witte verlangen. — M. P. 15. Auf unbestimmte Zeit. — M. P. 28. Rein; erheben Sie Widerspruch. — Genosse 32. 1.—3. Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. 4. Ein Rückentwurf kann naturalisiert werden. Einen Anspruch darauf hat er nicht. Der Antrag ist an die Polizei zu richten. — Schmeberg. Rein. — M. S. 56. Der Antrag kann ohne Klage gestellt werden (§ 1716 des Bürgerlichen Gesetzbuches). — M. J. Die Steuerbehörde ist im Recht. — Alter Abonnent 38. Hausarbeit 28. 1. Ja, aber die bislang irrtümlich gezahlten Beiträge müssen zurückgezahlt werden. 2. Rein. — M. R. 11. Der Anspruch hat leider wenig Aussicht auf Erfolg. — M. R. 40. 1. In einer Instanz bei Beweisaufnahme etwa 120 Mark. 2. Zahl der Termine ist unerschöpflich. 3. Wenn Ihre Angaben als abgelehnt gelten sollen: ja. 4. Das hängt von dem Ermessen des Gerichts ab. — G. S. Wenden Sie sich direkt an die Direktion. — C. 2. 1. Aufwärtswort sind inwaiden, aber nicht Krankenversicherungsbeitrag. 2. Die Frau soll, falls mindestens 200 Markten gelebt sind, den Antrag auf Invalidenrente an die Versicherungsanstalt richten. — G. P. 7. 1. Die Höhe der Strafe und der eventuelle Einfluß der Einigung läßt sich abschätzen nicht voraussagen. 2. Ja, etwa 3 Mark für den Tag. — G. R. 7. Sie können das Testament selbst aufbewahren, können es aber auch dem Ehegatten Amtsgericht zur Aufbewahrung übergeben. — M. P. 7890. Rein. — G. 7. Verleihen Sie. — P. W. Leber nein. — M. 23. Ja. — G. S. 1. Wenden Sie sich an den Klempner. 2. 1, 2, 3, 5 Pfennig. — G. R. 10. In 30 Jahren. — Webers. 4. Sie könnten auf Rückgabe klagen. Aber Sie müssen den Beweis für die Herkunft führen; trotz des Pensionsgesetzes Ihrer Ehefrau kann die Entscheidung von einem Eide des Beklagten abhängig gemacht werden, weil Sie ein Jahr lang sich um die Sache nicht kümmerten. — W. G. Kurzbrock. Ein Vertrag wäre nutzlos. In Ihre Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen, so ledet Sie außer Gütergemeinschaft. — 99. Mariannensprüche. Rein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschranken-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., Ia 62—67, IIIa 56—61, IVa 48—54, bän. Kullen 60—65, IIIa 52—58, bän. 55—62, bän. 55—65, Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 48—60, Schweinefleisch 48—56, Rindfleisch IIa per Hund 0,50, 0,00, Mischfleisch 0,00, Dambisch 0,70—0,80, Schmalzweine 0,00, Preislinge 0,55—0,60, Rindfleisch per Stück 0,50—0,85, Wildenten per Stück 0,00, Hühner, alte p. Stück 1,20—2,20, do. IIa 1,25—1,50, do. junge p. Stück 1,40—1,80, Lämmer per Stück 0,40—0,60, junge keine 0,00, Hallensische 0,75—0,85, Enten per Stück 2,50—2,80, dito Hamburger per Stück 3,00 bis 5,00, Hühner, Hamburger per Hund 1,10—1,20, G. S. 0,40—0,53, G. S. 100 per 100 Pfd. 92—98, groß 0,00, mittel 0,00, Jander 180, dito umf. 0,00, do. mittel 0,00, do. matt 0,00, Schale 0,00, do. mittel 0,00, do. klein 0,00, Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wägen, Klein 0,00, do. matt 0,00, do. 89—48, Karpfen 0,00, do. 20—30er 70—73, do. umf. 56—64, do. 70—80er 62—66, Hele 48—50, Wand 0,00, Bunte Hühner 0,00, Barfe, matt 0,00, do. 85—91, Karanunen 0,00, G. S. 100, Reis 65, Quappen 0,00, Amerikanischer Kaffee Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Serlach 30—35, Sprossen, Rieder, Wall 0,80—1,50, Dantsger, Riffe 0,80, Rundern, Rieder, Stiege Ia 3—4, do. mittel per Riffe 2—3, Damb. Stiege 4—6, halbe Riffe 2,00, Stämmige, per Wall Riffe 3,50—4,00, Strahlruder 3,00—4,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10—1,40, mittlere 0,80, Klein 0,60—0,80, Herings per Schaf 5—9, Schellfische Riffe 6—7, do. 4, Riffe 3—4, Stabliu p. 100 Pfd. 30—35, Hellbutt 0,00, Zerkelien 1902er per Kuler 85, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 75—80, Schottische Goldberinge 1905 0,00, large 44—48, full 38—40, mod. 38—42, deutsche 37—41, Herings, neue Matjes, per 1/2, 70, 60—120, Sardinen, russ., Hoj 1,50—1,60, Brätheringe, Schiffe (4 Liter) 1,50—1,75, Krennungen, Schodach II, kleine 5—6, Rifen 14, Eier, Land, per Schaf 3,75—4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, IIa 110—114, IIIa 107, abfahende 95—100, Saure Gurken Schaf 4,10—4,50, Pfefferkörner 4,00—4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50—2,75, Daberfische 2,25—2,50, Rosen 0,00, weiße 2,00—2,25, Salattartoffeln 6,00—7,00, Spinat per 100 Pfd. 25—30, Karotten per 100 Pfd. 15—18, Sellerie, hiesige, per Schaf 4,00—8,00, do. pommerische 9,00—12,00, Zwiebeln groß, per 100 Pfd. 3,50—4,50, do. kleine 2,50—3,50, do. hiesige (Verl.) 0,00, Charolais 0,00, Peterfische, grün, Schodach 2,50—4,00, Rindfleisch per Schaf 0,00, Riffe, bayr., per Schaf 2,40—4,80, Woberräben per 100 Pfd. 3,00—4,00, Zerkelien Räden per 100 Pfd. 8—10, Weiße Räden, groß 0,00, kleine 0,00, Rote Räden 3,00—4,00, Stutenmilch Hal. per Schaf 2,40—3,00, Rindfleisch per Schaf 2,00—2,50, Bismutöl per 100 Pfd. 3,00—4,50, Kaffee per 100 Pfd. 3,00—3,00, Weigöl 100 Pfd. 2,00—2,75, Kolanöl per 100 Pfd. 18—25, Grünöl per 100 Pfd. 5,00—7,00, Rindfleisch 100 Pfd. 7,00—10,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, bän. 15—20, Hal. 30—35, Kefel, per 100 Pfd. hiesige 5—25, Granensteiner 0,00, Krokler in Raffen 0,00, Riffe 80—90, Amerik. 20—25, Zitronen, Messina, 300 Stück 8,50—10,00, 500 Stück 9,00—12,00, 200 Stück 9—10, Apfelsinen, Java, per Riffe 0,00, Parica 200er Riffe 8—10, do. 300er 7—11, Valerina 420er Riffe 10—16,00, do. 714er 16—23,50, Messina, 10er 8—13,00, do. 300er 8,50—12,00, do. 800er 8—14, Stut. 100er 7—8, do. 150er 7,50—9,00, do. 80er 6,50—10, Val. in Räden per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Riffe 0,75—2,00, do. in Räden per 100 Pfd. 32—35.

Witterungsübersicht vom 13. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. c.	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. u. c.
Schwetende	762,5	SW	2	2	Doparanda	762,9	SW	2	2
Emburg	762,3	SW	4	bedekt	Beterburg	760,9	SW	1	bedekt
Berlin	766,2	SW	1	heiter	Selbo	769,2	SW	4	bedekt
Frankf. a. M.	767,2	SW	3	bedekt	1. Oberden.	755,2	SW	2	heiter
München	770,2	SW	5	mäßig	Barts	769,2	SW	3	bedekt
Gien	769,2	SW	5	mäßig					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. März 1907. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und schließlichen westlichen Winden; später wieder ausfallend mit etwas Kälte. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 13. März. Elbe bei Kuffen — Peter, bei Dresden — 56 Sp. — Elbe bei Radeburg 2,23 Meter. — Uthe bei Straußfurt — Peter. — Oder bei Rathor 1,45 Meter. Dber bei Suckau Oberpegel — 0,24 Meter. — Weisemündung 1,96 Meter. Dber bei Breg 2,70 Meter.

Verbandstag der Bäcker.

Kassel, 12. März.

Dritter Verhandlungstag.

ueber das gestrige Referat von Wilmann zum Punkt: Unsere Lohnbewegungen und Streiks

set noch nachgetragen: Die Bewegungen im Jahre 1906 waren vielfach; solche fanden statt in Dresden-Blauenfelder Grund, Nürnberg, Frankfurt, Oldeslohe, Seestadt, Wiesbaden, Hamburg-Altona, Schwabach, Regensburg, den Frankfurter Wroifabriken, Fischenheim, Höchst, Offenbach, Wilhelmshagen, Mannheim-Ludwigshafen, Stettin, Görlitz, Köln, Breslau, Würzel und Straubing. Außerordentlich zahlreich, auch in bezug auf die Zahl der Beteiligten, waren die Bewegungen im Jahre 1906: Stettin, Braunschweig, Thorn, in den bergisch-märkischen Wroifabriken, München, Vondeshut, Ludenwalde, Straubing, Henningsdorf-Belten, Berlin, Mainz-Wiesbaden, Danzig, Bremen, Starnberg, Reichenhall, Berchtesgaden, Traunstein, Rosenheim, Geesthacht, Hamburg und Speyer. Redner verbreitet sich absonderlich über den Konflikt in der Halleischen Genossenschaftsbäckerei. Aus ihm sei die Lehre zu ziehen, daß bei Konflikten in solchen Betrieben die Frage der Arbeitsniederlegung besonders gewissenhaft geprüft werden müßte. Weil in den meisten Fällen die Lebensmittelerzeugung eines Teiles der Arbeiterschaft von dem Betriebe der Genossenschaftsbäckereien abhängt, ist ohnehin die Anwendung der letzteren Waffe, weil zweischneidig, nicht empfehlenswert. Im allgemeinen ist aus den Ergebnissen der Kämpfe die Lehre zu ziehen, daß alles aufgegeben werden müsse, um Streiks zu vermeiden und den Abschluß guter Tarife zu erlangen. Um dies möglich zu machen, wird gut sein, nicht zu weitgehende Forderungen zu stellen. Der Tarifabschluß vor dem Gewerbegericht sei in der Regel am besten.

Es wird beschlossen, nacheinander noch die Referate über die Punkte 6-8 zu hören und über dieselben gemeinsam zu diskutieren.

Redakteur Geeren spricht über:

Minimal- oder Klassenlöhne?

Er führt u. a. aus: Das System der Klassenlöhne ist zu verwerfen, weil dasselbe die üble Erscheinung der Benachteiligung der jüngeren Kollegen im Gefolge hat und die schädliche Konkurrenz unter den Arbeitern zeitigt. Wenn Kämpfe geführt werden, sollen sie allen Berufsangehörigen Vorteile bringen. In Damburg-Altona sind gute Erfolge erzielt worden mit der Aufhebung der Klassenlöhne und Einführung des Minimallohnes; der Durchschnittslohn ist erheblich gestiegen. Dem Bestreben der Innungsmeister, die Minimallöhne für alle Arbeiter in Anwendung zu bringen, muß durch Aufklärung entgegengetreten werden. Der Minimallohn zeitigt die Tendenz zur Erhöhung des Höchstlohnes. Noch mehr als das System der Klassenlöhne ist die Entlohnung der Bäcker nach dem Größtenverhältnis der Betriebe zu beurteilen. Prinzipiell sollte ein zeitlicher Minimallohn verlangt werden.

Hierauf folgt das Referat von Wagner-München über:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit und der wöchentliche Ruhetag.“

Redner behandelt die Materie mit Gründlichkeit und begründet die Forderung der Arbeiterschaft mit Urteilen der Hygieniker, Wissenschaftler und Volkswirtschaftler. Mit der Arbeitskraft müsse der Arbeiter vornehmlich haushalten. Ruhe sei das beste Mittel zur Erhaltung dieser wertvollen Kraft. Die Länge der Arbeitszeit ist ein Gradmesser der Kultur. Die Frage, ob auch im Bäckerberuf die Arbeitszeitverkürzung nötig und möglich sei, muß bejaht werden; die überhandnehmende Arbeitslosigkeit macht die Verkürzung zur Notwendigkeit. Auch die Abschaffung der Sonntagsarbeit müsse nachdrücklich gefordert werden. In rheinischen Orten sei dieser unchristliche und allen hygienischen Forderungen widersprechende Uebelstand bereits beseitigt. Zudem sei Tatsache, daß altdänisches Brot besser zu verdauen und gesünder sei als frisches. Da von der Regierung gesetzgeberische Maßnahmen nicht zu erwarten seien, müsse man energisch den Weg der Selbsthilfe beschreiten.

Schuld-Verlin referiert über:

„Die Bekämpfung der Lehrlingszuchterei in unseren Lohnbewegungen.“

Die Lehrlingszuchterei sei der Krebsbub der Bäckerberufes. Die bisherigen Arten der Agitation dagegen hätten nur bedingten Erfolg. In Ostelbien besteht ein schreckliches Mißverhältnis zwischen Gehältern und Lehrlingen. In einer pommerischen Stadt wurden bei 7 Gehältern 115 Lehrlinge gezählt. Den gewissenlosen Lehrlingsverrenten, die in Schleifen oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Berlin mit Lehrlingen versorgen, müsse man genau auf die Finger sehen. Von den Handwerkerkammern, denen die Verechtigung zur Einschränkung übermäßiger Lehrlingshaltung gegeben sei, könne man gar nichts erwarten. Neben den Eingaben an Behörden und Handwerkerkammern sei die Selbsthilfe die Hauptfrage. Bei Tarifabschlüssen müßte auch eine Lehrlingsklausel zur Anerkennung vorgelegt werden.

Den Nachmittag füllt die Debatte über die Referate zu den Punkten 6-8 aus. Kumeleit-Frankfurt verbreitet sich über den dortigen Konflikt 1906. Amann-München sagt, der Anwendung des Votums mehr Beachtung zu schenken. Pieschmann-Dresden verlangt die Aufhebung der Bestimmung des Statuts, nach der bei Lohnkämpfen solche Gehältern, die zu neuen Bedingungen arbeiten, ein Gehalt in die Streikklasse zahlen müssen. Redner plädiert für Stundenlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit in Großbetrieben. Strobel-Mannheim warnt vor Abschluß von Tarifen mit langer Frist. Man dürfe nicht über zwei Jahre gehen. Es folgen Kahl-Leipzig, Ollendacher-Regensburg, Kiefer-Hamburg, Viecher-Hamburg, Fischer-Dortmund, Dietrich-Köln, Kreislar-Hauptverwaltung und Friedrich-Halle. Hauch-Essen ersucht um einen Protest gegen das Eingreifen der Militärbehörden in Lohnkämpfe durch Lieferungen von altsilber Soldaten zu Streikverhinderungen.

Es findet folgende Resolution einstimmige Annahme:

In Erwägung, daß durch das in den meisten Bäckereien Deutschlands noch übliche Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber

- 1. den Meistern ein Mittel in die Hand gegeben ist, das Tun und Lassen ihrer Arbeiter auch außerhalb der Arbeitszeit stets zu kontrollieren, hierdurch aber die Arbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis von ihren Arbeitgebern gedrängt werden, das geradezu menschenunwürdig erscheint;
2. von einem nur einigermaßen stabilen Arbeitsverhältnis in den Bäckereien keine Rede sein kann, weil gerade durch dieses System die meisten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen, welche zur Lösung des Arbeitsverhältnisses führen;
3. durch dieses System eine genaue Kontrolle der Bäckereien betr. Einhaltung der Sonntagsruhe, wie der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 betr. des Maximalarbeits-tages und der in verschiedenen Landesstellen und Städten erlassenen Vorschriften über innere Einrichtungen und den Betrieb von Bäckereien unmöglich gemacht wird und gerade durch das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber der sprachlich gemachten Unsauberkeit in den Bäckereien Vorschub geleistet wird,
macht es die 11. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker Deutschlands ihren Resolutionen zur Pflicht, überall da, wo die Kollegen gut organisiert sind und man mit Sicherheit auf Erfolg rechnen kann, zu günstiger Zeit in eine Bewegung einzutreten, um mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft das

Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber abzuschaffen. Wird durch andere Ursachen in irgend einer Stadt ein Kampf gegen unsere Arbeitgeber hervorgerufen, so soll auch darauf Bedacht genommen werden, diese unsere Hauptforderung mit zu erreichen.

Durch rege, fortwährende Belehrung und Agitation sind unsere Mitglieder, wie die unserer Organisation noch fernstehenden Klassen über die unsere Gesundheit und wirtschaftlichen Interessen schädigenden Uebel, die durch das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber hervorgerufen werden, aufzuklären.

An Stelle der teilweisen Entlohnung in Naturalien hat der Arbeiter zu treten, und müssen unsere Forderungen überall darauf gerichtet sein, einen Mindestwöchentlichen Lohn für letzte Arbeiter festzusetzen, um die von den Arbeitgebern systematisch geförderten Klassenlöhne mit unerbittlich großer Unter-schieden zwischen verantwortlichen und jüngeren Kollegen, welche das größte Hindernis von wirklicher Solidarität der in den einzelnen Betrieben zusammen arbeitenden Kollegen bilden, zu beseitigen.

Jede Festsetzung bestimmter Löhne für verantwortliche Köpfe und noch mehr die Klassifizierung der Bäckereien nach ihrer Größe in verschiedene Lohnklassen ist möglichst zu vermeiden.

In solchen Städten, wo das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber bereits ganz oder doch teilweise beseitigt ist, haben die Zahlstellen alles aufzubieten, um die Mitglieder von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen, und ist das Bestreben darauf zu richten, ohne Rücksicht darauf, ob die durch die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 festgesetzte Arbeitszeit in bisheriger Weise erhalten oder durch eine neue Verordnung umgeändert wird, eine zeitgemäße Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden herbeizuführen. Gleichen Schritt muß in solchen Gegenden und Städten (in Rheinland und Westfalen), wo nur teilweise Sonntagsarbeit üblich ist, das Bestreben halten, dieselbe gänzlich zu beseitigen, wie auch in allen anderen Landesstellen für jeden Kollegen pro Woche ein freier Tag mit vollständiger Ruhepause zu fordern ist.

In allen mit elementarer Kraft arbeitenden Großbetrieben, desgleichen solchen, welche heute schon mit mehreren Arbeit-schichten arbeiten, ist die nächstliegende Forderung: sechs Arbeits-schichten pro Woche a 8 Stunden (inkl. 20 Minuten Offens-pause).

Bei unseren Lohnkämpfen muß unser Streben auch darauf gerichtet sein, dem übermäßigen Halten von Lehrlingen in un-serem Beruf durch entsprechende Forderungen zu steuern, wie auch überall danach getrachtet werden muß, die Arbeitszeit der Lehrlinge noch mehr als dies schon durch die Bundesratsverord-nung von 1896 geschehen ist, zu verkürzen.

Ebenfalls muß durch die Gesellenausschüsse bei den Hand-werkern alles versucht werden, daß dieselben die Höchst-zahl der zu haltenden Lehrlinge festsetzen.

Obgleich die Generalversammlung die Beseitigung der Nacht-arbeit als ebenso dringend notwendig wie die Erläuterung obiger Forderungen anerkennt, ist sie doch überzeugt, daß diese Forderung sich nur auf gewöhnlichem Wege verwirklichen läßt.

Weiter findet Annahme ein Antrag Breslau auf Aenderung des § 5 des Streikreglements dergestalt, daß die Unterstützung vom dritten Tage ab gezahlt wird und im Höchstfalle von 14 auf 16 M. erhöht wird. Weibliche Mitglieder sollen die Hälfte erhalten.

Haus der Frauenbewegung.

Die Parlamentsdebatte über das Frauenwahlrecht.

Bei der zweiten Lesung des Initiativantrages betreffend die Gewährung des parlamentarischen Wahlrechtes an die Frauen unter denselben Bedingungen, wie es die Männer haben, wies der liberale Abgeordnete Dickinson auf die Tatsache hin, daß sich 400 Parlamentenmitglieder für das Frauenwahlrecht ausgesprochen haben. Dann leitete die Erfahrung in Australien, einigen Staaten Nordamerikas, in Finnland und auf der Insel Man, daß das Frauen-stimmrecht wohlthätig wirke. Der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman unterstützte den Antrag und erklärte, für die zweite Lesung stimmen zu wollen, obwohl die Vorlage, wie sie jetzt laute, nur den Frauen der bestehenden Klasse zugute komme, aber die große Mehrheit der Arbeiterinnen und der Arbeiterinnen im bisherigen Zustande lassen werde. Dies sei ein großer Nachteil der Vorlage. Da jedoch das Prinzip der Vorlage gut sei, so trete er für sie ein, um dadurch zu erklären, daß der Aus-schluß der Frauen vom Wahlrecht weder zweckmäßig noch gerecht sei. (Beifall.)

Dann sprachen die Gegner der Vorlage und bezeichneten deren Prinzip als revolutionär. Eine derartige Vorlage könne nicht an einem Freitagnachmittag erledigt werden. Das ganze Land müsse an der Debatte teilnehmen können, um sich über die ganze Tragweite dieser Revolution klar zu werden. Kleine Gemeinwesen, wie die australischen Kolonien oder wie Finnland, können sich den Luxus des Frauenstimmrechtes gestatten. Ein Parlament aber wie das englische, das eine weltumfassende Politik treibe, sich mit auswärtigen und militärischen Fragen beschäftige, müsse vorsichtig mit seinem Wahlrechte umgehen.

Für die Arbeiterpartei sprachen Snowden und Shackleton. Snowden trat ohne jeden Vorbehalt für die Vorlage ein und be-trachtete das Frauenwahlrecht als die größte Reform der Gegen-wart. Shackleton war nüchtern und anerkannte, daß die Vorlage un-demokratisch sei, da sie die Arbeiterinnen ausschließe; aber er sei bereit, für die zweite Lesung zu stimmen, da er hoffe, daß sie in der Kommissionsberatung verbessert würde. Sollte dies aber nicht er-folgen, dann würde er gegen die dritte Lesung stimmen.

Es wurden noch mehrere Reden von Vertretern aller Parteien gehalten. Das Niveau der Auseinandersetzungen war sehr hoch. Die Reden waren witzig, geistvoll und gelehr. Man hörte Pläne aus den verschiedensten Schriftstellern - von Tacitus bis Mill; ebenso wurden verschiedene ethnographische Gebräuche angeführt. Aber noch dem Eindrucke zu urteilen, den man aus diesen Debatten ge-winnen konnte, ist eine Verwirklichung der Wünsche der Frauen in nächster Zeit nicht zu erwarten. Der Initiativantrag wurde schließ-lich niedergeredet und es kam zu keiner Abstimmung. Das bedeutet eine Ablehnung der zweiten Lesung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 25. Februar und am 4. März Kurt Eisner zwei Vorträge über Friedrich Nietzsche. Er begann damit, das ruhelose, von schweren physischen Leiden und seelischer Qual durchtönte Leben des vielgeprobten und viel angefeindeten Philosophen zu schildern.

Nietzsche, der Verkörperung der sich durchsetzenden Kraft, der Philosoph der Freude und des Lachens, sei ebenfalls einer der un-gläücklichsten und einsamsten Menschen gewesen, die je auf dieser Erde gewandelt sind. Abgesehen von einer kleinen Freundes-schar, sei er unbedeutend und einsam seinen Weg gegangen, so lange sein Geist noch für das Leben empfänglich war. Erst als ihn unheilbarer Irrsinn umfieng, flucht die Welt seinem Namen Ruhmeskränze. Aber auch dann und noch bis zum heutigen Tage sei das Wesen des Nietzscheischen Geistes von Freund und Feind oft verkannt und mißverstanden worden. Man hat, führte Redner weiter aus, Nietzsche einen Philosophen genannt; im Sinne einer philosophischen Wissenschaft, als Gründer oder Fortbildner erkenntnis-philosophischer Theorien ist er das nie gewesen. Er war eigentlich nur ein Dichter, ein Dichter, der in wunderbar blühender, formen-schöner deutscher Sprache seinem reichen Geistesleben einen Aus-druck schuf.

Was ist nun der eigentliche Kern von Nietzsches Ideenwelt? Die Redegabe der Leute kennt Nietzsche meist nur als den Ver-

fänger des „Uebermenschen“, und unter diesem Uebermenschen pflegt man den rücksichtslos sich durchsetzenden mittellosesten Geistigen zu verstehen. Auf Nietzsches Uebermenschen haben sich deshalb in neuerer Zeit alle kleinen und kleinsten Genies berufen, wenn sie sich „ausleben“, sich über das Recht der anderen hinwegsetzen wollten, und auf der anderen Seite hat man Nietzsche deshalb zum Ver-leidener des ruhelosen Egoismus, zum Philosophen des Kapitalismus stempeln wollen. Das ist indessen eine durchaus falsche und un-gerechte Wertung. Allerdings steht Nietzsche dem Sozialismus wie jeder Art der Arbeiterbewegung überhaupt vollkommen ver-ständnislos gegenüber. Für ihn stellt die Klasse eben die „Biel zu vielen“ dar, die Gleichen, die Normalen, aus denen sich die ihm einzig wertvoll Scheinenden: die Höhergearteten, die Kraft- und Gebennaturen, der „Uebermensch“ herausheben soll. Und diesen Ueber-menschen werden zu lassen, ist ihm tatsächlich der Zweck der Menschlich-entwidelung. Aber gerade dieser Gedanke, der — oberflächlich gesehen — der proletarischen Anschauungsweise so feindlich gegen-übersteht, entspringt bei Nietzsche einer Natur, die sich in ihrer Gefühlseinstimmung stark mit unserer sozialistischen Weltanschauung begnügt.

Dem es ist die Auflehnung gegen die Armut des bürger-lichen Daseins, das ihn umgab, es ist der Haß gegen die ideallose Selbstergebenheit, es ist das tiefe Ungenügen des höheren Geistes an der flachen Mittelmäßigkeit und den kleinen Gefühlen, die unsere Gesellschaft als Tugend preist, es ist in einem Wort die tiefe Sehnsucht nach dem Großen und Ueberwältigenden, was Nietzsche zu seiner Idee des Uebermenschen trieb. Dieser Ueber-mensch, der also in Nietzsches Sinn noch nicht ist, sondern erst kommen und werden kann, soll der Herrscher und Ueberwinder der Mittelmäßigen, er soll der Held, der „lachende Löwe“ sein, der der Freude im Leben wieder den Weg bahnt. Hier aber ist Nietzsche einem sehr irrigen Schluß verfallen. Weil er sich aus diesem Dasein des Leidens, der Enttäuschung und der Anschauung, wie wir es leben, hinausehnt, weil er zu einem Leben der Freude und Kraft strebt; darum sieht er im Dulden, im Mitleid und Opfermut für andere das Entartete und Niederwertige, darum stellt er die Moral des Herrschers, des rücksichtslosen Heldentums als die höhere der „Sklavenmoral“ des Leidens und der Enttäuschung entgegen.

Die Wurzeln von Nietzsches Gedankenwelt liegen auf drei-fachem Boden. Es ist erstens das altindische Gesetz des Manu, in dessen Studium sich der Philosoph tief verkannt hatte und von dem er die Idee der Herrscherlaste übernahm. Es ist ferner die italia-nische Renaissancezeit mit ihrem geistigen Neuwachen, mit ihrer glanzvollen Entfaltung von Wissenschaft und Kunst und ihrem der christlichen Kasse abgewandten üppigen Genüßleben. Die Re-naissance, deren bedeutendster Geschichtsschreiber Burckhardt, der Lehrer Nietzsches, gewesen, erschien ihm wie der Inbegriff dessen, was er suchte. Die Gestalten jener kleinen italienischen Fürsten, der Beschäuer der Künste und Wissenschaften, der Herrscher an den glänzenden Höfen, schwebten vor seiner Phantasie als jene lockenden Heiden von übermenschlicher Größe. Tatsächlich sind sie allerdings nichts gewesen als grausame und rücksichtslose Verdrückernaturen.

Der dritte und maßgebendste Gedanke, auf dem Nietzsche weiterbaut, ist die naturwissenschaftliche Entwicklungstheorie, speziell die Darwinische Theorie von der Entwicklung aller Lebewesen zu höheren Organisationsformen durch die Auslese der Bestorganisierten im „Kampfe ums Dasein“. Diese Theorie führt Nietzsche zur Verwerfung der christlichen Mitleidmoral, vor allem zur Ver-werfung des christlichen wie des modern-politischen Gedankens der Gleichheit aller Menschen. Durch diesen Gleichheitskultus wird — nach Nietzsche — die Herrschaft der „Biel zu vielen“, der Mittel-mäßigen begründet, während durch den ungemessenen Kampf ums Dasein eben der Starke, der Ueberlebende, der „Uebermensch“ siegen und herrschen werde. Das Christentum hat nach Nietzsches Meinung überhaupt im höchsten Maße zur Unterdrückung der gesunden und kraftvollen menschlichen Instinkte beigetragen. Durch das Gebot: „Widerstrebe nicht dem Uebel“, sondern nimm das Gegebene wie es sei, als Schidung des Himmels, durch die fittliche Verherrlichung der Kasse, die Kostung der Sinnenfreude, des kraftvollen Lebens-gefühls, der Lebensbejahung, endlich durch die Furcht vor dem Tode hat die Herrschaft des Christentums die Menschheit zur Entartung geführt. Diese ganze Anschauungsweise Nietzsches — so hohe Ver-dienste er sich in seinen Werken auch gerade durch den klühen Kampf gegen Pfaffen-tum und kirchliche Entschuldigungslehren erworben hat — beruht nun aber auf einem geschichtlichen wie auf einem philosophischen Irrtum. Denn das Christentum — und hierbei dürfen wir nicht an die Lehren seines Gründers, sondern nur an das geschichtlich Gewordene, das kirchlich-christentum denken — hat die Moral der duldbenden Demut wie der sinnlichen Entlohnung stets nur als eine Moral für die Herrschenden, nie aber für die Her-zschenden gepredigt; es hat diese Moral den unterdrückten Klassen eingeschärft gerade zu dem Zweck, sie im Jamme zu halten und die Gewalt der Herrschenden zu stützen. Das kirchlich-christentum stellt also gerade das stärkste historische Beispiel nicht etwa des Gleichheits-gedankens dar, sondern umgekehrt, der Wirkung der Klassenherr-schaft.

Wem ruht Nietzsches Anwendung des „Kampfes ums Dasein“ in der Natur, der ja auch von anderer Seite dem Sozialismus immer wieder entgegengehalten wurde, entschieden auf falschen Voraussetzungen. Der Mensch unterscheidet sich naturwissenschaftlich darin durchaus von jeder Tiergattung, daß sich bei ihm die all-mählige Höherentwicklung in einem ganz anderen Sinne vollzieht. Solange wir überhaupt geschichtliche Ueberlieferungen besitzen, haben wir eine Krümmung des Einzeltypus Mensch noch nicht erlebt; die Entwicklung des Menschen hat sich vielmehr nur aus-gedehnt in einer langamen kulturellen und geistigen Aufwärts-bewegung der ganzen Menschheit. Dieser Aufwärtsbewegung die Bahn zu ebnen in einem Maße, wie das bisher noch nie ge-schehen ist, treibt gerade der Sozialismus an auf der Grundlage der Gleichheit aller. Diese Gleichheit wird der Menschheit erst die Möglich-keit bieten, die Hunderttausende Hochbegabter, die heute aus Mangel an Ruhe und Ausbildung verkümmern, aus der Menge herauszu-heben und dadurch eine ungeheuer reiche Entwicklung aller Mensch-heitskräfte zu schaffen. So begnügt sich fälschlich Nietzsche, trah seiner schroffen Ablehnung des sozialistischen Gedankens, mit dessen höchsten Zielen, und erst dem Sozialismus wird es vorbehalten sein, Nietzsches Ideal der Forderung des Uebermenschen in gewandelter Gestalt zu verwirklichen durch die Schöpfung einer Ueber-menschheit.

Die Frauen im Kreise Niederbarnim hielten ihre Kreis-General-versammlung im „Prälaien“ in Weihensee ab. Genosse Schubert hielt einen Vortrag über: „Unsere Volksschule“. Er unterzog die bestehenden Schulverhältnisse in Preußen einer scharfen Kritik und zeigte an diesen Beispielen die Mängel, unter denen die Volksschule zu leiden hat. Die Sozialdemokratie beschäftigt sich unangelegentlich mit der Frage, wie den Kindern des Volkes eine bessere Schul-bildung zuteil werden könnte und sie stößt dabei auf viele Wider-sprüche, denn die Besitzenden wollen dem Volke nur ein Minimum von Wissen zugestehen, aber desto mehr Wert legen sie auf den Glauben, auf die Religion. Sogar in Berlin sieht es in vieler Beziehung mit der Volksschule sehr betäubend aus; schwer werden die Gegensätze zwischen den höheren Schulen und der Volksschule empfunden. Auf der einen Seite die größte Für-sorge, auf der anderen Seite die ärgste Vernachlässigung. Weit klammer ist es aber auf dem Lande, besonders in den öst-lichen Provinzen bestellt. Die Sozialdemokratie macht es sich zur Aufgabe, zur Hebung der Volksschule beizutragen, soviel sie unter den gegebenen Verhältnissen in den einzelnen Kommunen vermag. Dazu bedarf sie der Unterstützung aller freiheitlich gesinnten Männer und Frauen. Die letzteren sollten als Mütter hohes Interesse daran nehmen, daß ihren Kindern eine gute Schulbildung zuteil werde und deshalb müssen sie die Sozialdemokratie in jeder Weise unterstützen.

Eine rege Diskussion folgte dem Vortrage. Dann berichtete Ge-nossin Neumann über den Stand der Bewegung im Kreise. Die

Age Agitation hat manches gute Resultat gezeigt. Die Zahl organisierten Frauen ist von 883 auf 543 gestiegen, die sich auf folgende Orte verteilen: Weiskene 153, Lichtenberg 120, Ziegel-Forstwald 78, Rankow 69, Friedrichshagen 50, Reinholdsdorf-Dt 89, Reinholdsdorf-West 23, Wilhelmstraße 23, Emma 543.

Die „Gleichheit“, die im Vorjahre 340 Abonnenten hatte, wird jetzt von 652 Frauen gelesen. 17 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Der Kassenericht lautete: An Einnahmen standen zu verzeichnen 382,45 M. Der Bestand war 220,96 M., zusammen also 603,41 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 479,19 M. Bleibt ein Bestand von 124,22 M.

Als Vertrauensperson wurde Frau Neumann wiedergewählt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf, Donnerstag, den 14. März, 8 1/2 Uhr, „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112: Vortrag.

Versammlungen.

Die Diskussion über die Lehren der Reichstagswahl, welche der Wahlverein für den dritten Kreis am 20. Februar begonnen hatte, setzte er in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung fort. — Zunächst stellte Behrmann richtig, er habe in der vorigen Versammlung nicht den Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß sie im Wahlkampf ihre Schuldigkeit nicht getan hätten, sondern er habe ausgeführt, der Wahlausfall habe gezeigt, daß es Mitgliedern der Gewerkschaften an politischer Erziehung gefehlt habe. — Hierauf begann die Diskussion selbst.

Reclus stellte Betrachtungen an über den Wahlausfall in der Provinz Brandenburg mit Ausnahme von Groß-Berlin. Das für uns ungünstige Stimmenergebnis und den Stimmenzuwachs der Gegner führt er zurück auf die große Kraftentfaltung der Gegner in der Agitation durch Kriegervereine, Geselligkeit und besonders den Reichsverband. Weiter meint der Redner, daß auch Fehler in unserer Agitation gemacht worden seien. „Fidel“ und „Märtyrer-Landbote“ hätten Artikel über den Wahlstandtag gebracht, mit denen man wohl in Berlin, aber nicht auf dem Lande agitieren könne. Auf die Debatte in der vorigen Versammlung eingehend bezieht der Redner den Ton, welchen Behrmann gegen bestimmte Parteigenossen anschlug, als unpassend. Ferner verurteilt er es, daß Heine für die Aufnahme der Verächtigung Bernhards im „Vorw.“ eintrat. Dieser Verächtigung habe die Aufnahme versagt werden müssen, weil sie für die Redaktion beleidigend war. Wenn Bernhard glaube, ihm sei Unrecht geschehen, dann habe er sich an die Parteinstänzen, aber nicht an die bürgerliche Presse zu wenden. Heine habe gesagt, wir leiden darunter, daß wir zu wenig Akademiker in der Partei haben. Redner meint dagegen, wir können die Akademiker doch nicht an den Haaren heranziehen. Wenn sie zu uns kommen, dann wollen sie gleich Reichstagsmandate haben. In dieser Hinsicht sollten die Parteigenossen vorsichtiger sein. Schließlich betont der Redner die Notwendigkeit, die Landarbeiter für uns zu gewinnen. — Fickert versuchte, den Wahlausfall in Sachsen zu erklären.

Reuser führt den ungünstigen Wahlausfall wenigstens zum Teil darauf zurück, daß die Abgeordneten sich um die Parteiarbeit in ihren Wahlkreisen zu wenig kümmern. Wir müßten für Gewinnung von Parteigenossen und für deren Aufklärung sorgen, Stänkerereien aber müßten vermieden werden. Wenn in einer großen Versammlung gesagt wurde, wie seien unserem Ziele näher wie je, so sei das nicht als eine Phrase.

Kräcker erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in der vorigen Versammlung einverstanden. Zu der Kritik, die Heine am „Vorw.“ abte, sagt der Redner, es werde wohl immer einzelne geben, die mit dem „Vorw.“ nicht zufrieden sind. Der „Vorw.“ schreibe für die große Masse der Arbeiter, und deren Meinung bringe er zum Ausdruck. Unter der neuen Redaktion habe sich die Abonnentenzahl bedeutend vermehrt. (Zuruf: Nicht durch die Redakteure.) Nachdem Bernhard keine Meinung in der „Volks-Zeitung“ zum besten gegeben hat, könne er nicht mehr als Parteigenosse gelten. Heine sage zwar, Bernhard habe sich deshalb an eine bürgerliche Zeitung wenden müssen, weil der „Vorw.“ seine Einsendung abgewiesen habe. Diese Einsendung habe aber nicht aufgenommen werden können, weil sie von Beleidigungen der Redaktion klangte, sachlich aber nichts brachte. Wenn Genossen wie Bernstein, Calwer, Schippel während des Wahlkampfes unsere Partei kritisierten, dann müßte ihnen auf die Finger geklopft werden. Auch Braun habe in der „Neuen Gesellschaft“ den „Vorw.“ beleidigt. Solche Genossen liefern unseren Gegnern Material zur Verleumdung der Partei. Wenn Genosse Heine noch mehr solche Akademiker in der Partei wünsche, so dante man bestens für diese Leute; die Arbeiter agitieren besser wie solche Akademiker.

Heilmann nimmt die Genossen Bernstein, Calwer und Schippel gegen den Vorwurf in Schutz, sie hätten während des Wahlkampfes unserer Partei Knäppl zwischen die Beine geworfen. Das sei unwar. Die betreffenden Artikel der genannten drei Genossen seien erst nach der Stichwahl (heftiger Widerspruch) in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienen. Jeder könne sich davon überzeugen, denn in derselben Nummer, welche diese Artikel brachte, seien auch die Resultate der Stichwahl bekanntgegeben. Bernstein, Calwer und Schippel hätten von der Auflösung des Reichstages bis zur Beendigung der Stichwahl nichts gegen die Partei geschrieben. Der „Vorw.“ aber habe den Genossen Calwer während des Wahlkampfes Knäppl zwischen die Beine geworfen indem er schrieb, Calwer werde von keinem Menschen in der Partei ernst genommen. — Was die Lehren des Wahlkampfes betrifft, so erkläre sich der Wahlausfall aus einer großen Reihe von Ursachen. Wir hätten unsere Gegner unterschätzt, wir seien auf ihre umfangreiche und wirre Agitation nicht vorbereitet gewesen und deshalb überrollt worden. Aber die Partei selbst habe auch Fehler gemacht. Unsere Agitation und Presse sei rückständig, namentlich die Provinzpresse. Im Wahlkreise Hagen habe unser Parteiorgan, welches in Eibersfeld erscheint und auch für Hagen zuständig ist, versagt, und zwar aus folgenden Gründen: Genosse Polkenbuh brauchte in der Stichwahl im Kreise Hagen die Hilfe der Freisinnigen, deshalb brachte unser Parteiblatt kein Wort gegen den Freisinn. In Hagen aber standen wir mit dem Freisinn in Stichwahl und da habe uns denn unser Parteiorgan im Stich gelassen. Ähnliche Verhältnisse hätten auch in den Wahlkreisen Duisburg und Essen geherrscht, die zum Verbreitungsbezirk unseres Dortmunder Parteiblattes gehören. In dem einen Kreise standen wir in Stichwahl mit den National-Liberalen und das Zentrum gab den Ausschlag, in dem anderen Kreise hatten wir Stichwahl mit dem Zentrum und die National-Liberalen gaben den Ausschlag. Da habe denn unser Parteiblatt weder die eine noch die andere der beiden gegnerischen Parteien vor den Kopf stoßen können. Im solchen Mißverhältnissen zu entgehen, müßten wir für jeden derartigen Kreis ein besonderes Organ haben. Es geht nicht an, daß verschiedene Kreise mit ganz verschiedenen Parteigruppierungen im Wahlkampf auf ein und dasselbe Blatt angewiesen sind. Aber nicht nur der Wahl, sondern auch den Kräfte nach sei unsere Provinz- und Kreispresse nicht ausreichend. In unserer Presse brauchen wir Akademiker. Wir müssen sie deshalb zu gewinnen suchen und zu diesem Zweck die früher betriebene Agitation unter den Studenten wieder aufnehmen. Das würde allerdings unter den jetzigen Verhältnissen in unserer Partei wenig Erfolg haben. Wenn ein junger Akademiker in diese Versammlung gekommen wäre und wenn den Genossen Kräcker gehört hätte, dann wäre er nicht Sozialdemokrat geworden. Wenn wir gute Schriftsteller haben wollen, brauchen wir freie Diskussion. Die Akademiker kommen nur aus Idealismus zu uns; sie wollen nicht stumme Hunde sein, die man reden und schreiben läßt, denen man aber das Recht der freien Meinungsäußerung kürzt. — Zweite Kreise der Bevölkerung hätten wir damit vor den Kopf gestoßen, daß jede Diskussion mit der Drohung des Ausschlusses aus der Partei geschlossen wird. (Heine: So ist es!) In der liberalen Presse seien Schriftsteller

tätig, die 1003 für uns gestimmt haben. Wenn uns auch an solchen Leuten nichts liegt, so haben sie doch einen großen Einfluss, den wir uns zunutze machen müßten, indem wir die betreffenden nicht vor den Kopf stoßen. Der Einfluss jedes Akademikers bedeute für uns Hundstausende von Arbeiterstimmen, die durch solchen Einfluss gewonnen werden. (Widerspruch.) Der Streit in der Partei könne nicht beseitigt werden, aber es sei nötig, daß er in gesunden Formen ausgefochten werde. Auch taktische Fehler habe unsere Fraktion im Reichstage gemacht. Es seien zwar viele Reden gehalten worden; aber die Fraktion habe nicht vermocht, sich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu halten. Unser Kampf gegen den Sozialismus habe die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und uns 1903 einen großen Stimmenzuwachs gebracht. Jetzt dagegen habe das Zentrum bei den Kolonialdebatte im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden. Das Zentrum, obgleich es diesen Wahlkampf unter ebenso ungünstigen Bedingungen führte, wie wir, habe über eine Million Stimmen gewonnen. Wir müssen bestrebt sein, bei allen politischen Aktionen die Führung zu haben, das sichere und Wahlerfolge. — Vom „Vorw.“ sagt der Redner, er könne ihm keinen Tag lesen, ohne herzlich zu lachen. Als Posadowsky im Reichstage von Gebuld und vielen Sessionen sprach, habe der „Vorw.“ einen Leitartikel überschrieben: „Gebuld und viele Millionen.“ Als Bälow sagte, das deutsche Volk werde auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken wie der Grieche auf die Krankheit, habe der „Vorw.“ daraus gemacht: „Wie der Chinese auf die Krankheit.“ Solche Fehler gebe es noch viele im „Vorw.“. Sie hätten mit der Festlegung der Redaktion nichts zu tun, rechtfertigten aber das Verlangen, die Redakteure sollten nicht so unfähig sein. In der journalistischen Technik könne unsere Presse mit der bürgerlichen Presse nicht konkurrieren. Es müsse dafür gesorgt werden, daß tüchtige Leute in die Redaktion des „Vorw.“ kommen, damit uns der „Vorw.“ nicht vor aller Welt blamiert. Man solle die Parteigenossen nicht nach ihrer Befinnung werten, sondern nach dem, was sie leisten können und jeden an den rechten Platz stellen; dann würden wir Erfolg haben.

Wartenberg polemisiert gegen Heilmann. Wenn wir hübsch lachend vorgehen, würden wir nicht zum Ziel kommen. Als Arbeiter könne man sagen, der „Vorw.“ sei gut. An den Akademikern könne uns nicht allzu viel liegen, sie seien wenig für praktische Arbeiten zu haben, desto mehr aber für Aemter. Weiter wendet sich der Redner gegen Ausführungen, die Genosse Heine in der vorigen Versammlung über die Differenz Bernhards mit dem „Vorw.“ gemacht hat. Wenn Bernhard sage, der „Vorw.“ werde von einer Clique beherrscht, so sei das auch für den Parteivorstand beleidigend. Wenn es auch vielleicht zutreffen möge, daß die Artikel von Bernstein, Calwer und Schippel erst nach der Wahl veröffentlicht sind, so gebe doch das Schreiben dieser Genossen schon seit Jahren und ihre Ausführungen würden im Wahlkampf gegen uns ausgenutzt. Gewiß brauchen wir in der Partei Schriftsteller, aber solche, die nur Stänkerereien machen und unsere Bewegung stören, die brauchen wir nicht.

Behrmann wendet sich gegen Heine, der in der vorigen Versammlung gesagt habe, Partei und Gewerkschaften seien zu eng mit einander verbunden. Weiter weist der Redner den ihm gemachten Vorwurf der Unduldsamkeit zurück und meint, er sei nicht der erste, der diesen Ton angeschlagen habe, es werde doch jetzt in der Presse und in den Organisationen Stellung genommen gegen diejenigen, die den Streit jetzt wieder angefangen haben. Denen, die sich nicht fügen, müßten wir die Tür weisen. Unmittelbar nach der Wahl dürfe die Partei nicht kritisiert werden. Gegenüber der Angabe Heilmanns, daß die Wahlbetrachtungen von Bernstein, Calwer und Schippel erst nach der Stichwahl erschienen seien, sagt der Redner, ihm sei der betreffende Bernstein'sche Artikel schon am 3. Februar in der Wahltagung von einem konservativen Gegner entgegengenommen worden. Ferner vertritt der Redner die Ansicht, daß wir im Wahlkampf nichts verloren haben. Trotz der schmutzigen gegnerischen Kampfesweise sei die Stärke unserer Partei nicht zurückgegangen. Wenn Heilmann darin recht habe, daß jeder Akademiker Tausende von Arbeiterstimmen bedeute und daß uns alle die Wähler weggelaufen seien, die wir 1903 durch den Einfluss der Akademiker bekommen hätten, dann sei ja unser Erfolg bei der letzten Wahl noch viel größer, wie wir selbst geglaubt haben. Es sei richtig, daß wir durch diese Wahl unserem Ziele bedeutend näher gekommen sind. — Der „Vorw.“ habe sich im Wahlkampf sehr gut gehalten. Wenn er etwas gegen Calwer geschrieben habe, dann werde der es auch verdient haben. Bernhard fühle sich gekränkt, weil der „Vorw.“ seinen Bericht über seine Rede brachte. So etwas geschähe auch mandem anderen Genossen, ohne daß sich jemand darüber beschwere. Die Polemik, die Bernhard in der „Welt a. N.“ gegen die Partei führt, sei ein Skandal.

Heine sagte unter anderem: Wartenberg werfe ihm vor, daß er den „Vorw.“ gelobt habe. Wenn es nicht gestattet sein solle, im Wahlverein wirkliche oder vermeintliche Uebelstände in der Partei zu besprechen, dann höre die Möglichkeit der freien Diskussion auf. Es werde gesagt, Äußerungen von Bernstein, Calwer und Schippel würden gegen uns ausgenutzt. Gegen solche Anschuldigungen, die Gegner mit Artikeln unserer Parteigenossen vornehmen, könne sich niemand sichern. Würden denn nicht auch Ausführungen von Weber, Mehring, Kaustib in gegnerischen Flugblättern gegen die Partei ausgenutzt. Redner wolle diesen Genossen daraus keineswegs einen Vorwurf machen. Wenn man aber diejenigen Genossen verdammen wolle, deren Äußerungen uns von den Gegnern als Knäppl zwischen die Beine geworfen werden, dann müßte man auch unsere verdienstvollsten Genossen verdammen. Sollte man sich denn bei jedem Wort überlegen, ob es die Gegner gegen uns ausnutzen können, oder solle man sagen, was man im Interesse der Partei für nötig hält. Man möge doch die Gegner reden lassen. Nicht darauf komme es an, daß sie uns Knäppl zwischen die Beine werfen, sondern daß in der Partei ein frisches geistiges Leben herrsche. Gott sei Dank beschränke unsere Partei die freie Meinungsäußerung nicht. Wäre es anders, dann würde für viele kein Platz in der Partei sein. Es werde gesagt, die Minderheit hat sich zu fügen. Gewiß, soweit es sich um gemeinsame Aktionen handelt. In Bezug auf Ueberzeugungen aber hat sich die Minderheit nicht zu fügen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, wenn es in der Partei nicht gefällt, der solle hinausgehen, dann sei das ja gerade so wie in der katholischen Kirche und noch schlimmer wie im preussischen Staate. Was Bernstein, Calwer und Schippel in den „Soz. Monatsheften“ geschrieben haben, sei zum Teil falsch, zum Teil halb falsch, einiges sei richtig. Außerdem sei es falsch, die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, unmittelbar nach den Wahlen zu diskutieren. Wenn man das den Genossen Bernstein, Calwer und Schippel gesagt hätte, so wäre das berechtigt. Wenn man ihnen aber unlautere Motive unterstellt, wenn man sagt, sie seien un-

*) Es ist unwar, daß der „Vorw.“ die Rede Wilhofs unrichtig wiedergegeben habe. Davon hätte sich auch der Genosse Heilmann durch Lektüre des Parlamentsberichts überzeugen können. Wenn in derselben Nummer im Reichstagsreferat über die Genesende in einen Chinesen verwandelt ist, so mag den Genossen Heilmann, der sich als Akademiker beufen läßt, über „journalistische Fähigkeit“ ein Urteil zu fällen, vielleicht interessieren, daß nicht akademisch vorgebildete Arbeiter hier sofort bei akademischer Draufschereitens entdecken. Ob dieser Teufel bei akademischer Vorbildung weniger Unheil anrichten würde? Trotz der erstenlichen Steigerung der Auflage und trotz des kürzlich erklärten Rohstandes der Druckerei, die in 17 Monaten um mehr als die Hälfte der früheren Exemplare des „Vorw.“ vermehrte Auflage mit denselben technischen Mitteln wie die kleinere Auflage bewältigen zu müssen, ist es übrigens gelungen, das niemals ganz ausrottende Spiel des Setzereibohobes etwas einzuschränken. Durch einen Vergleich der Druckfertigkeit im Oktober und November 1903 mit dem heutigen Zustand kann sich Genosse Heilmann hiervon überzeugen. Wir unterlassen es, auf die am „Vorw.“ von einigen Rednern in der Versammlung geübten abfälligen Kritikversuche einzugehen. Die persönliche, unsachliche Art ihrer Methode ist selbst

bezahlte Helfer des Reichsverbandes, so sei das eine Gemeinheit. Die Motive anderer zu verdächtigen sei eine Unduldsamkeit der schlimmsten Art. Wenn man sagt, diese Genossen sollen der Partei den Rücken kehren, so sei das nicht anders, als wenn uns von den Gegnern gesagt wird, wir sollen dem Vaterlande den Rücken kehren. — Die Verächtigung, die Bernhard dem „Vorw.“ sandte, strotze von Beleidigungen. Das sei richtig. Aber der „Vorw.“ sei der Letzte, der sich über Beleidigungen beschweren dürfe, der „Vorw.“ könne ja seit Jahren über Bernhard nicht anders als beleidigend schreiben. Die Verächtigung Bernhards sei doch nur die Antwort gewesen auf einen Artikel des „Vorw.“, der einzelne Sätze aus dem Bernhardschen Interview herauszöge und sie in einer Fikt von Schimpfereien in den Lesern vorsetzte. Der „Vorw.“ habe mit Schimpfen angefangen; er dürfe deshalb nicht so empfindlich gegen Bernhard sein. Bernhards Verächtigung enthalte zwar sachlich nichts von Bedeutung, aber solange Bernhard Parteigenosse ist, hätte sie aufgenommen werden müssen. Weil das nicht geschah, ging Bernhard an die bürgerliche Presse. Dieser Vorgang rechtfertige aber nicht die anderen Artikel Bernhards in der „Welt am Montag“. Diese seien nicht zu billigen. — Ueber die Kritik des „Vorw.“ durch Heinrich Braun sagt der Redner, er hätte gewünscht, daß Braun den Artikel nicht geschrieben hätte; aber wenn Braun den „Vorw.“ für schlecht halte, so sei es sein Recht, das auch zu sagen. — Wenn der „Vorw.“ viele Abonnenten habe, so beweist das nicht, daß das Blatt gut ist. Auf der Höhe, auf der der „Vorw.“ im Wahlkampf 1903 stand, habe er in diesem Wahlkampf nicht gestanden. Im allgemeinen seien die Artikel im „Vorw.“ viel länger, als es ihrem tatsächlichen Inhalt nach nötig wäre. Auch an politischen Tatsachen bringe der „Vorw.“ manches unwissenschaftliche. — Wir hätten jetzt alle Veranlassung, zu fragen, wie wir die Wunden heilen können, die uns der Wahlkampf geschlagen hat. Dazu gehöre, daß wir die Partei nicht in den Ruf bringen, unduldsam und unfrei zu sein. Wir müßten alle Leute heranzuziehen versuchen, die eine eheliche volksfreundliche Gesinnung haben. Die Partei stehe vor der Frage, ob sie nichts weiter sein wolle, als die Interessensvertretung eines gewissen Teils des industriellen Proletariats. Die Partei könne sich hierauf beschränken, sie hätte damit immer noch eine große Aufgabe zu erfüllen; aber sie würde damit verzichten auf das Ziel, eine große Kulturbewegung zu sein im Sinne unserer großen Vorkämpfer Marx und Liebknecht. Wenn die Partei in diesem Sinne wirken will, dann müsse sie eine Haltung einnehmen, die es ermöglicht, Leute heranzuziehen, welche mit unserem großen kulturellen Endziel einverstanden sind. Das könne aber nur geschehen, wenn man nicht unduldsam sei. Es sei eine erfreuliche Erscheinung in diesem Wahlkampf gewesen, daß unsere Genossen alle Unterschiede in der Partei zu vergessen schienen, daß man nicht fragte, welcher Richtung gehört der eine oder der andere an. Jetzt gebe nun wieder das Gerede los, welches die richtige Richtung sei. Innerhalb der Fraktion habe es diese Gegensätze schon früher nicht gegeben und jetzt erst recht nicht. Aus dem Wahlkampf müßten wir lernen, daß wir noch viel eitiger sein müssen, als wir bisher waren.

Ein Schlusstrat wurde angenommen. Sichorn erhielt als Referent das Schlusswort. Der Ausschall der Wahl sei für uns nicht so schlimm, wie es manche Genossen glauben. Die Gewerkschaften hätten sich in glänzender Weise am Wahlkampf beteiligt; die Idee der gewerkschaftlichen Neutralität sei hoffentlich für immer beseitigt. Die Wahlbewegung habe uns von den unsicheren Mittläufern befreit. Was könnten uns vier Millionen Anhänger nützen, wenn sie nicht alle bereit seien, ihre ganze Persönlichkeit für die Ziele der Partei einzusetzen. Wir hätten keine Veranlassung, unsere Kampfesweise bestimmen zu lassen durch Rücksichten auf die Kreise der Intellektuellen. Der Vergleich, den Heine zwischen der Partei und dem Staat anstelle, sei nicht zutreffend. Dem Staat gehöre nur durch Geburt an, die Partei aber sei eine freiwillige Vereinigung von Personen mit gemeinsamen Zielen und gemeinsamem Programm. Wer mit den Zielen und dem Programm der Partei nicht einverstanden ist, der müsse die Partei verlassen. Die Genossen, welche fortwährend an unserem Programm mäkeln, hindern unsere praktische Arbeit. So lange unser Programm nicht durch Parteibeschluß geändert ist, dürfe nicht daran gerüttelt werden. (Heine: Katholizismus!) Rein, das ist kein Katholizismus. Wenn Heilmann meinte, wir müßten gewisse Rücksichten nehmen auf solche Journalisten, die in der bürgerlichen Presse arbeiten, aber 1903 für uns gestimmt haben, so könnten wir nur sagen: Gott hab sie selig (Beifall), diese Leute, die einmal für uns gestimmt haben und nun davongelaufen sind. Solche Akademiker brauchen wir nicht. Wir haben nicht nötig, Leute aufzusuchen, die nicht aus Ueberzeugung zu uns kommen. Am allerwenigsten hätten wir Ursache, um solcher Leute willen unsere Taktik zu ändern. Zum Schluß gab der Redner der Erwartung Ausdruck, daß diese Aussprache ein weiterer Schritt zur gegenseitigen Verständigung und damit eine Voraussetzung weiterer Siege gewesen sein möge.

In einer persönlichen Bemerkung sagte Kräcker, namens der Prekommission weise er die Anrempelungen des „Vorw.“ durch Heilmann zurück. Das Urteil über die Leistungen des „Vorw.“ müsse Heilmann der zuständigen Parteinstanz überlassen. — Heilmann entgegnet, er habe den „Vorw.“ nicht angerempelt, hinsichtlich seines Urteils über den „Vorw.“ lasse er sich von der Prekommission keine Vorschriften machen.

Es folgten noch mehrere persönliche Bemerkungen der Genossen Heine und Sichorn, die sich auf Äußerungen bezogen, die letzterer in seinem Schlusswort über Ausführungen Heines gemacht hatte. — Um 1 1/2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter, Ortsverwaltung Berlin II, hielt seine ordentliche Generalversammlung am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause ab. A. Werner führte den Vorsitz und teilte u. a. mit, daß zu Pfingsten die Haupt-Generalversammlung des Verbandes in Berlin stattfinden werde; er machte noch auf eine Reihe von anderen bevorstehenden Versammlungen aufmerksam und wies auf die eingeleitete Lohnbewegung der Leitergebäude hin, von der man auf friedlichem Wege günstige Resultate erwarte.

Der Jahresbericht, der den Mitgliedern gedruckt vorlag (und der im „Vorw.“ bereits besprochen wurde), fand die volle Zustimmung der Versammelten, von einigen nebenhässlichen Bemerkungen abgesehen. Die Versammlung war mit dem Vorstehenden darin einig, daß der Verband mit Stolz auf das verfloßene Jahr zurückblicken kann. Die Zahl der Mitglieder ist gewachsen, die Masse ist gestärkt worden und tapfer hat der Verband für eine Besserstellung der Mitglieder gekämpft. Werner machte auf den neugegründeten Arbeiterverein im Transportgewerbe aufmerksam und ermahnte die Versammelten, nicht nachzulassen in der Agitation und immer neue Mitglieder zu werben. Die Interessentverbände wachsen überall empor und den Arbeiterorganisationen werden die Kämpfe immer schwerer gemacht, darum müssen die Arbeiterverbände immer mehr erstarken; jeder muß seine Mitarbeiter für die Organisation zu gewinnen suchen. Aller kleine Streit untereinander sollte nach Möglichkeit vermieden werden, um den großen Zielen des Verbandes die ungeteilte Aufmerksamkeit widmen zu können.

Die Neuwahl der inneren Ortsverwaltung ergab die Wiedererhebung aller Beamten bis auf den ausscheidenden Franko, an dessen Stelle Hachbarth gewählt wurde. Die innere Ortsverwaltung bilden: Werner, Reuer, Steinide, Utes, Wolf, Werner, Freude, Friedrich, Hachbarth. Zu der Frage der erweiterten Ortsverwaltung wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung beschließt, daß auch in diesem Jahre die Hauptkassierer und Sektionsvorstehenden die erweiterte Ortsverwaltung bilden und dementsprechend sich und Stimme haben.

Ein Antrag, dem Hauptvorstande den Ausschluß von 12 Mitgliedern zu empfehlen, die Streikbrochendienste geleistet haben, wurde angenommen.



ist der
kürzeste Weg
zur Gesundheit

CACAOL
ist das beste Frühstücksgetränk.

Überall zu haben.

Paket 1/4 Pfund 50 Pf.
1/2 Pfund 1,00 Mk.

General-Vertreter Max Henneking,
Berlin W. 50, Pragerstr. 31-33.
Amt Wilmersdorf No. 2766.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bad Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**
Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 16, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Frankbinderei W. Thiedtke,
Ritzdorf, Hermannstr. 65.

Zahn-Klinik G. Anders
Frankfurter Allee 153
Sprach. 2-8, Sonnt. 9-1. Plomben,
Künstl. Zähne, schmerzlos. Zahnziehen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. f.
H. Unger, Gemüswaarenhändler
Berlin NW. - Friedrichstraße 91/92.

Lichtenrade 20 Pf. - Tour!
Eisenstraße 20 W. verkauft Eigen-
tümer Paris, Berlin, Graunstr. 27,
Gde. Meierstraße. Auch bei monatl.
Raten von 40-50 M. 17865*

Die
Möbel-Fabrik
von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M.
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und
Eisart sowie auch Vorkosten eigener Fabrikation zu
äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-
dienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. [13862]*

Bäcker-Gesellschaft Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht.
Zentrale: **Blugauerstraße 28.**
Nachtrag zur Tagesordnung der
Generalversammlung am Sonntag,
den 17. März 1907. Punkt 2 muß
heßen:
Bericht des Aufsichtsrats und Be-
richt über die geleistete Revision des
gerichtlich vereidigten Bücherrevisors.
Der Vorstand, 20868
Hob. Hummel, Franz Wietlich.

Münchener Geld-Lose
Hauptgewinne *
80 000 M., 30 000 M., 10 000 M.
bar Geld ohne Abzug.
Ziehung am 21. u. 22. März d. J.
Lose à 3 M., Porto u. Liste 30 Pf.
Cofferie Bötzow
Wallstraße 1, am Spittelmarkt.

Englische Unterricht,
einzel und im Bistiel, erteilt 36872*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Möbel Fabrik Rudolf Bartsch Oranien-Str. 73. Gegr. 1889.

Brautleute, achtet auf meine Firma!

Möbelkauf ist Vertrauenssache. Tausende meiner Kunden bestätigen gern, daß sie nicht nur billig, sondern auch reelle Möbel bekommen haben. Versäumen Sie also nicht, mein Lager zu besichtigen. Fachmännische Bedienung. Kaufswang ausgeschlossen. Jede Einrichtung ist fertig aufgestellt im Preise von **Mark 167-10 000.**

mahag. Salon, eich. Speisezimmer dts. Schlafzimmer, Küche modern Mk. 1500.-	Wohn- und Speisezimmer engl. Schlafzimmer, Küche modern Mk. 930.-	Gutes Wohnzimmer Schlafzimmer und Küche Mk. 653.-	2 Zimmer und Küche Mk. 394.-
---	---	---	--

Teilzahlung eventuell gestattet. Große Posten gebrauchter Möbel billig.
Geöffnet Wochentags von 8-9 Uhr. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

Jedes Wort 10 Pfennig. Kleine Anzeigen

Verkäufe.
Anventur-Auflösung! Teppich-
fabrikanten mit 10 Prozent Rabatt.
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 135. 22928*

Stehbetten, Fabrikanten jetzt
2,95, 3,25, 3,95, 4,55 etc. Große
Frankfurterstraße 125. 22938*

Anventur-Auflösung! Kallbeden-
den Tisch 1,95, 2,35, 2,85, 3,25,
3,75 etc.; Gardinenreihe 1 bis 6 Fenster
10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,55,
2,45 etc. 22942*

Gehobene Tisch- und Tisch-
decken (Fabrikanten) spottbillig
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 135. 22938*

Zufabzüge (Kette), Maße und
Wäsche, 15 Prozent Rabatt. Große
Frankfurterstraße 125. 22938*

Teppiche mit Gardinensystem,
Fabrikantenlager, Frankfurter Allee 107.
Gardinenhaus, Reihe und einzelne
Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank-
furter Allee 107. 22938*

Stehbetten, Kabinen (spott-
billig). Vorlesen (Schals, 1 Lambre-
quin) 3,50, 3,85, 4,25, 6.- etc. Frank-
furter Allee 107. 22938*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bran-
denburgerstraße 20, Stalderstraße 40.
Teppiche! (Schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Grün, Gadecher
Markt 4, Bahnhof Böse. 25532*

Teppiche mit Gardinensystem (Fabri-
kantenlager) Große Frankfurterstraße 9,
parterre kein Laden. Mauerhof. +1

Stehbetten billig Fabrik Groß
Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. Kein Laden.
Mauerhof. +1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattrottem Anlett 10,50, Wandleiche
Küchenschrank achtunddreißig. 22938*

Kotzgerüstgestrichenes Deckbett, Unter-
bett, zwei Kissen 18,00, Damastbezüge,
Stehbetten, Andreasstraße achtund-
dreißig, Wandleiche. 22938*

Spannendeckbett, Unterbett, zwei
Kissen 27,00. Große Laten 1,00.
Reichhaus Andreasstraße achtund-
dreißig, Kleinteile nach Bedarf.

Stehbetten spottbillig, Fabrik
Große Frankfurterstraße 60. 21673*

Gastrolen, Petroleumlampen ohne
Anzahlung, Boche 1,00. Louis Köhler
(Selbst): Böhlagenerstraße 39 (Bahn-
verbindung Warschauerstraße), Reim-
sendorferstraße 116, Schönhauser
Allee 80, Potsdamerstraße 81, Ri-
ber, Rother Friedhofstraße 247.

Wandleichen Weidenweg 10.
Verlässliche Wanderverkauf, Winter-
paletts, Winteranzüge, Bettdecken,
Gardinenverkauf, Wäscheverkauf,
Küchengeräte, Kleiderverkauf, Teppich-
verkauf, Steppdecken, Nähmaschinen,
Hausengeräte Spottpreise. Verbin-
dungen allerwärts. 17/1

Möbel auf Teilzahlung Prinzen-
straße 62. 196*

Herrenrad, Damenrad,
wie neu, 45,00. Holz Blumen-
straße 30 b. 22359*

Verfallene silberne Herrenuhren
4,00, goldene Damenuhren 6,00,
Reiten, Schmal spottbillig Gadecher-
straße 3, Wandleiche. +46*

Betten, Stand 11,00, zweifach-
16,00, Gadecherstraße 3, Wandleiche.

Gebrauchte Teppiche, Steppdecken,
Gardinen, Betten, Tischdecken, Vor-
leser, Spiegel, Bilder, Regulatoren,
Reinigungsapparate, Uhrketten spottbillig,
Lude, Schönebergweg 113. 20355*

Wandleiche! Hermannplatz sechs.
Staubend billiger Bettdeckenverkauf,
Brauchwaren, Vermietungsbett, Bett-
stühle, Bettmöbel, Verfallene Wand-
verlauf, Spottbilliger Uhrenverkauf,
Schmuckwaren, Teppichverkauf, Gar-
dinenverkauf, Steppdeckenverkauf,
hochmoderne Gedeckelung, Jackett-
anzüge, Sommerpaletts. +135*

Wonnensaal und Sommer-
paletts von 5,00, Hosen von 1,50,
Gedeckelung von 12,00, Strick von
2,50, sowie für torpente Figuren.
Kette Garderobe zu Hausen billigen
Preisen, aus Wandleichen verfallene
Sachen kauft man am Billigsten bei
Hob. Alalalstraße 14. 20329*

Teppiche (Herbsteher), Tisch-
decken, Stühle, Steppdecken spott-
billig, Auktionsannahme, Grüner-
weg 3. 22938*

Nähmaschinen! Vergleibe bis 15,00
wer Teilzahlung kauft oder nach-
weist. Gemüllte Systeme. Brauer,
Kistlerstraße 90. Lauer. +138*

Möbelangebot. Im Anhalter
Bahnhof, Böhlagenerstraße 23, An-
halter Innenbahnhof, direkt Hoch-
bahnstation Böhlagenerstraße, stehen ver-
schiedene Einrichtungen zum Ver-
kauf. Darunter befinden sich hoch-
modernes Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, auch einzelne Salon-
garnituren, Ganeelsofa, Bild-
stühle, Anlehbücherei, Kuhbaum-
bänke, Bronzekrone, Delgemälde,
Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit
prachtvoller Dimandende 22,50, muer-
derische Säulentrumeau 30,00,
hochlegante Salonteppe schon 14,00
bis zu allergrößten Saalteppichen,
allerlei kleine Zimmermöbel, 8,00,
reichhaltige Nebengardinen, Spachtel-
Salonbilder, Standuhren, prachtvolle
Bildstuhlbänke 8,00, verschiedene
Gelegenheiten. Übernahme voll-
ständiger Warenlager, Wirtschaften,
Konkursmassen, Nachlässe zum schnellsten
Verkauf und Versteigerung. Otto
Waldes Auktions- und Möbelverkaufer.
Kostloser Transport. Lagerung. *

Möbelstücke! Jeher gediegene
Wohnungseinrichtungen äußerst billig.
Bunte Küchen, Reelle Arbeit. Be-
stimmung meines Hauses großen
Lagers erbeten. Auf Teilzahlung.
Für Keller und Hinterhaus.
Hann. Tischlermeister, Dresden-
straße 124, zwischen Driemenplatz und
Rottbuler Tor. 17882*

Waldparzelle 900 Mark, bei
Sadowa, Gartendeben, große Zu-
kunft, keine Anzahlung. Reitermann,
Blumenstraße 9. +127*

Möbelwerk, Driemenstraße 59
direkt Rottbuler Tor. In meinen fünf
Etagen stehen komplette Wohnungs-
einrichtungen in jeder Preislage vom
Einfahten bis zum Eleganten.
Besondere Gelegenheit biete ich in
verleihen geräumten, fast neuen
Möbeln, die bedeutend herabgesetzt
sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kau-
fzwang. Ausfallend billig verkaufe ich
neue Chaiselongs 20, Schlaf-
sofa 29, Bettstellensofa 45,
Ganeelsofa 55, hochlegante Gar-
nituren 75, Säulentrumeau 82,
Bettstelle mit Matratze 18, Auszieh-
tisch 18, Ruheliege, Bettsofa 27.
Gekaufte Möbel können drei Monate
kostenfrei lagern. Teilzahlung ge-
stattet. Kein Laden, direkt Fabrik.
Nach Sonntags geöffnet. Kuster-
buch gratis. 2192K*

Wohnmöbel, Teilzahlungen,
ohne Anzahlung. Heide, Driemen-
straße 55. 22219*

Möbelstücke sind vorteilhaft im
Möbelagerverkaufer Driemenstraße 122.
Ganz Einrichtungen von 200.- an.
Gelegenheitskäufe mang gebrauchter
Möbel, Küchengeräte, Schreibtische,
Ganeelsofa, Säulentrumeau, Kuh-
baumbänke, Anlehbücherei, Ruhelie-
ge, Bettsofa 28.-, Teppiche, Bücher-
stühle, Spiegel, Spiegelständer,
Kommodes, Ausziehische 10.-,
Ruheliegen, Englische Betten, Tisch-
sofa, Ruhebetten, Armortolletten,
moderne Küchen, Schlafsofa 12.-,
und viele andere Zufallskäufe, alles
spottbillig. Sonntags geöffnet. Koster-
lofer Transport und Lagerung. *

Zingerbobbin spottbillig wegen
Ausgabe Blumenstraße 9, II. +127*

Schneidertische nach Maß billig,
gute Arbeit, Blumenstraße 9, II. +127*

Herrenrad erbeten nach Maß, belie-
los fahrend, billig Blumenstraße 9, II.

Kinderwagen, Kinderbettstellen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgelegte
spottbillig. Schneider, Ruischen-
straße 172. 22478*

Badeneinrichtung aller Branchen,
Kommodes, Gelbdrucke, Men-
schentafeln alt und neu, Spottpreise.
Steincke, Oranienburgerstraße 2
(Gadecher Markt). 2571*

Verkauf Ruhbaum - Wirtschaft,
gut erhalten. Dresdenstraße 28,
Seltenslager parterre. +78*

Inventur - Räumungspreise nur
kurze Zeit. Extraliste gratis und
franko. Teppichhaus Emil Lejebore,
Oranienstraße 158. 22938*

Zweifelhafte Steppdecken 4,85
(Seldener), Wolltisch-Steppdecken
6,75. Inventur - Räumungspreise.
Teppichhaus Emil Lejebore, Oranien-
straße 158. 22938*

Kinderwagen, Kinderbettstellen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgelegte
spottbillig. Sommer, Driemenstraße 51.

Wirtschaftliche Einrichtungen,
Ruheliegen, Kammern, Küche, Rühr-
becken, Buttermaschinen usw.,
billig. Jordan, Rühlstraße 21.

etten 11,00, weißkörnig
Fabrik Dresdenstr. 38.
fabrik Dronienstr. 172/173,
ab Fabrik an Privatpublikum
angroßpreisen gediegene Ein-
geräten von 285,00 bis 438,00,
ante 650,00, englische Schiffs-
272,00, englische oder russische
Stühle mit Kissen 45,00, ein-
fache 1,00, Kleiderkasten, Vertiko 45,00,
Stuhl mit Spinnweben 40,00, Tisch-
60,00, Stühle in modernem
Anstrich 58,00, verleihe und zurück-
geleiste spottbillig. Auch Teilzahlung
Betten, Stand 20 Mark, Tisch-
bestellen mit Federbetten 38,00,
Kleiderständer 25,00, Kuchentisch 25,00,
Sofa, Kissen, geschliffen 34,00,
Sofa, Tisch 15,00, Teppich 8,00, Ver-
schieden. Dresdenstr. 38, vorn
II, links. 20/18*

Wohnung. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sind sämtliche
Kleiderkästen, Vertiko, Bettstellen
mit Kissen, Federbetten, Herren-
schreibtisch, Teppich, Bilder, Vasen,
Sessel, Sofa, Kuchentisch, verleiht
Prinzstr. 94, vorn I. 20/18*

Restaurant wegen Ver-
kauf Marktstr. 16. 20/78B

Federbetten, Stand 10,50, große
16,00, Brautbetten, Bettmöbel, Ver-
schieden, Steppdecken spottbillig Hand-
leibhaus, Kärntnerplatz 7. 23/45B

Garbinnen, Portieren, Tisch-
decken, Wanduhren, Schmalen
spottbillig. Handleibhaus, Kärntner-
platz 7. 23/45B

Wädel verkauft Martin, Lange-
str. 12, vorn. In jedem 5 Uhr
abends und Sonntag vormittag.

Federbetten, verschiedene Wädel
billig veräußert. Dierck, Schwab-
kopffstr. 36/37. 20/88B

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Büch-
str. 94a. 92/76*

Kaufhäuser von Frau Koloff,
Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *

Handschuhe aus Fingerringen
Prinzstr. 63. 17/6*

Rixdorf, Neues Fein- und Klei-
dergeschäft 113, Restaurant, Garten,
Vereinigung, Parkettfußboden (600 Per-
sonen). Sonntag Ball. 23/88A*

Wasserpflanzen, alle Goldfische,
Elster, Gobi, alte Uhren, Kuchengold,
Staubgold, sowie sämtliche gold-
und silberhaltige Kleinfunde, Gold-
schmelze, Prob, Brangelstr. 4,
Telephon IV, 6958. 19/12*

Vermietungen.

Wohnungen.
Kleine hübsche Wohnungen zu ver-
mieten Dandorfstr. 21. 20/45B*

Cubenorderstr. 36, 38. Sofort
billige Wohnungen von 18 Mark ab. *

Wartbekestr. 63, 64. Sofort
billige Leben, Wohnungen 2 Stuben,
Küche, Balkon, Erker hübsch.

Wartbekestr. 63, 64 sofort Leben
und Wohnungen, 2 Stuben, Küche,
Bad, Balkon, Erker. 20/75B

Cubenorderstr. 36, 38, sofort
und 1. April Wohnungen von 18
Mark ab. 20/75B

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Witwe
Kamenzel, Büttnerstr. 7. 7/81

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht zum 1. April
möblierte Schlafstelle, Nähe Straus-
bergerplatz. Offerten M., Expedition
Rüdersdorferstr. 3. 7/47

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Klavierlehrer und Geiger suchen
Tanzmusik im Sommerlokal. Offerten
"Vorwärts" Postamt 58. 20/82B

Bücher Einbinder suchen
Arbeits- Stühle werden abgedollt und
zurückgeleitet. H. Götz, Rusch-
str. 27. 14/88B

Stellenangebote.
Wagenfahrer, selbständig, ban-
dernde Beschäftigung, verlangt Fahrer,
Lützenstr. 37/38. 20/51B*

Erzieher - Lehrlinge verlangt
Kleberstr. 28. 20/45B*

Wärterlehrling verlangt Fabrik
feiner Bronzewaren Dörfel, Welle,
Seibitzstr. 71. 19/15*

Lehrling mit guter Schulbildung
gegen hohe monatliche Vergütung
verlangt Max Rahnmann, Verband-
Kaffeehaus, Hohenstr. 59. 21/19B*

Lehrer auf Kurzwagen ver-
langt J. B. Miermöhle, Große Frank-
furterstr. 137. 20/81B

Goldleisten Verkäufer gesucht.
Offerten mit Angabe bisheriger Tätig-
keit unter B. 3 Expedition dieses
Blattes. 20/72B

Quadranten 1. April zu ver-
geben, fünf Aufgänge, Cubenorder-
str. 37. 20/74B

Wagenfahrer, 16-17 Jahre alt, mit
eigenem Hometr., finden dauernde
Beschäftigung. Schützenstr. 24/25.
Arbeitszeit: Morgen 4-11 Uhr, nach-
mittags 4-7 Uhr. 20/15*

Gesucht wird 20/65B

tüchtiger Färber
für antike und moderne Möbelleder.
Offerten unter Angabe bisheriger Tätigkeit und Referenzen an
Sächsische Möbelleder-Industrie, Geringswalde i. S.
Gesamtverwalter: Hans Meber, Berlin. Für den

Lehrling für chirurgische In-
strumente. Sauer, Kaitanen-Allee 46.

Gärtner, erfahrener, auf Kronen
und Yarn in Bronze und Schwarz
mit Kupfer gefacht. Er muß die
Anfertigung selbständig übernehmen
können. Offerten unter C. 3 an die
Expedition dieser Zeitung. 20/88B

Platzhose, Kleiderständer 21, Ver-
tiko 28, (Beistellen, Matrassen 10),
Spiegel, Kommode, Kasse, Schaf-
fisch 13, Kleiderkasten, Westschleife.
Königsbergerstr. 13, Welle. 7/48

Herrenrad, Prachtmaschine,
umfangreicher. Klein-Schmidt, Woborn-
str. 27a. 7/44

Brennrohr, gut erhalten,
billig. Schmidt, Stettinerstr. 42.

Parteilokal, Preis 1600, Miete 60,
zu verkaufen. Passend für Anläufer.
Bismarckstr. 10. 7/58

Restaurant anderen Unternehmens
halber sofort zu verkaufen. Kaufkraft
Expedition Stettinerstr. 10. 7/101

Kinderwagen, grau, Gondelform,
15 Mark, verkauft Krenzel, Schön-
hauser Allee 139. 7/69

Verhülde verlangt Kreyer,
Überstr. 20. 20/89B

Zahnärztliche Behandlung gegen Ver-
gütung sucht Garinger, Blumen-
str. 26. 21/1*

Schneiderin, die selbständig ab-
stecken kann, zu sofortigem Eintritt
gesucht. Gebrauer, Deussel-
str. 4, Ecke Dittenstr. 7/147

Herrenkleider auf Damenmäntel
sucht per sofort E. Klein, Jerusalem-
str. 44/45. 20/71B

Kaufmädchen verlangt Heßmann,
Ballstr. 37. 20/84B

Mod- und Arbeiterin. Heß-
mann, Ballstr. 37. 20/85B

Im Arbeitsmarkt durch
befindlichen Druck hervorzuheben
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Schmiedelehrling

verlangt Schmiedemeister **Matthes**,
Waltersdorf bei Luckenwalde.

Tüchtige Grundrieger

nach Leipzig gesucht. **Rüders**
Gros, Berlin, Ritterstr. 27. 20/20

Ein durchaus selbständiger
Siegelmaler-Arbeiter
bei hohem Lohn sofort gesucht.
Arnold Schmitz, Kopenhagen,
Bismarckstr. 41. 20/16

Achtung!

In der Tages- und Jahrbuch-
verlagsanstalt

R. Priester & Co.

Michaelkirchstr. 17
hat das Personal die Arbeit nieder-
gelegt und ist für Drucker, Presserinnen,
Korrekturen, Sprikerinnen, Buch-
binder usw.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Verein der Einsetzer Berlins.

Zur Beachtung!

Dieses Inserat erscheint
Sonntag
Dienstag
Donnerstag.

Bauarbeiter!

Wegen der Knappheit in der
Berliner Holzindustrie sind folgende
Bauten geplant: 7/5

Bauten der Firma Sawatzki:
Supte, Wittenbergstr. 37
Ede Liebenburgerstr. Lands-
bergerstr. 18.
Sprengelstr. 19, 20, 21, Beamten-
häuser.
Thomson, Nieder-Schöneberg, Ver-
linerstr. Ede Bräunerstr.

Bauten der Firma Jäger,
Charlottenburg:
Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25.
Jablonski, 25.
Lantow, Sanatorium.

Bauten der Firma Jarotzki:
Nagelschloß, Glienke.

Bauten der Firma Plagemann:
Hilfenhof, Potsdamer Platz.
Wittig, Kleberstr. und Scham-
bergstr.

Bauten der Firma Traxel:
Schallhorn u. Köp, Tempelhof,
Germania- und Seelitz Dantel-
str. u. Ede.
Waldstr. 20.

Bauten der Firma Iden:
Bokanstr. in Panitzsch neben
dem Polawitzschhaus, Baumwäcker
Köpen.

Bauten der Firma Dombrowsky:
Tempelhof, Germania- u. Seelitz-
Dantelstr. u. Ede, Panzer
Tauf u. Bergstr.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Walter,
Reinickendorf:
Gemeinschaft, Reinickendorf.
Sprengel- und Samsstr. u. Ede.
Dausstr. und Residenzstr. u. Ede.

Bauten der Firma Karl Hammer,
Gitschiner-
str. 63:
Tropfste, Baumstr. 33.
Hammer, Ede.
Hammer, Lantow.

Bauten der Firma Zieho:
Rixdorf, Garzstr. 3.

Bauten der Firma Marquardt:
Rixdorf, Welle- und Allee- u. Ede.

Bauten der Firma Emmeloth,
Rixdorf:
Gewerkschaftshaus der Metall-
arbeiter, Charlottstr. 3.
Silberbrandstr. 16.
Bamsee, Friedrich Karlstr. Bau
Schmied.

Bauten der Firma Schmidt,
Frankfurter Allee:
Lichtenberg, Ragdalenstr. 42,
Höher.

Bauten der Firma Erdmann:
Ministerialdirekt. Neuhaus, Dahlem,
Parkstr.

Bauten der Firma Langemann:
Charlottenburg, Bismarck- und
Wilmersdorfer-Allee, Bau Köpen.

Bauten der Firma Grün & Heilig:
Buch, Eichenstr.

Bauten der Firma Gebr. Faul:
Köpenickerstr. 44/45.
Höherstr. 83, Berlin.
Wobornstr. 15.

Bauten der Firma Gebr. Prill,
Friedrichstr. 13.
Hemmi, Charlottenburg, Suarez-
str. 13.

Bauten der Firma Walz:
Roß, Liebenburger- und Holz-
burgerstr. u. Ede.
Bau Lantowstr. 29, Friedenau.

Bauten der Firma Sperling & Kapelke:
Friedrich, Werder- u. Jungferstr. u. Ede.
Schulstr. 56 und 57.
Rene Wilhelmstr. 10.

Bauten der Firma Glatzer,
Blücherstr. 35:
Jehlendorf, Waldemarstr. 41.

Bauten der Firma Schirmer:
Breder, Nikolaussee, Rehwiese.
Schirmer, Jühlendorf, Knechtstr.
Schirmer, Brunnenstr. Parkstr.

Bauten der Firma Spohna:
Weichselstr. 56/57, Rixdorf.

Bauten der Firma Wagenknecht:
Sprede, Charlottstr. 17.
Rixe, Rixdorf, Richardstr. und
Barteldstr. u. Ede.
Grotze, Mariendorf, Dorfstr. 18
(Ede).

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung:
Hardt u. Lesser, von der Heide-
str. 12.
Ritterstr. 11, Fabrikgebäude.

Bauten der Firma Schuler:
Wilmersdorf, Landsberger- u. Ver-
linerstr. u. Ede, Bau Welle.

Bauten der Firma Repke,
Charlottenburg:
Verens, Edestr. 47.
Seib, Bismarckstr. Ede Räder-
str.

Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Jelder u. Wachen, Lichtenberg,
Dorfstr. 9.
Wig u. Genert, General Papellstr.

Bauten der Firma Schuber:
Wig u. Genert, General Papellstr.
Holland, Rixdorf, Edestr. 37.
Holland, Wilmersdorf, Hohenstr.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Walter,
Reinickendorf:
Gemeinschaft, Reinickendorf.
Sprengel- und Samsstr. u. Ede.
Dausstr. und Residenzstr. u. Ede.

Bauten der Firma Karl Hammer,
Gitschiner-
str. 63:
Tropfste, Baumstr. 33.
Hammer, Ede.
Hammer, Lantow.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Jelder u. Wachen, Lichtenberg,
Dorfstr. 9.
Wig u. Genert, General Papellstr.

Bauten der Firma Schuber:
Wig u. Genert, General Papellstr.
Holland, Rixdorf, Edestr. 37.
Holland, Wilmersdorf, Hohenstr.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Walter,
Reinickendorf:
Gemeinschaft, Reinickendorf.
Sprengel- und Samsstr. u. Ede.
Dausstr. und Residenzstr. u. Ede.

Bauten der Firma Karl Hammer,
Gitschiner-
str. 63:
Tropfste, Baumstr. 33.
Hammer, Ede.
Hammer, Lantow.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Jelder u. Wachen, Lichtenberg,
Dorfstr. 9.
Wig u. Genert, General Papellstr.

Bauten der Firma Schuber:
Wig u. Genert, General Papellstr.
Holland, Rixdorf, Edestr. 37.
Holland, Wilmersdorf, Hohenstr.

Bauten der Firma Kussin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203
Grünfeld, Schützenstr. 4.
Bandmann, Landsbergerstr.
Hochschule, Barbarossaplatz.

Bauten der Firma Henke,
Mariendorf:
Erdmann, Mariendorf, Chausseestr.
Tempelhof, Fensterbau, Schön-
burgerstr.

Bauten der Firma Wolf:
Härtenhof, Potsdamer Platz.
Buch, Eichenstr.

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne:
Kalt, Schöneberg, Barbarossaplatz
Landsbergerstr.

Bauten der Firma Jost,
Glogauerstr. 117.
Schönholzerstr. 1.
Kaiser Friedrichstr. 63, Schule.

Bauten der Firma Altstadt,
Lippenstr. 23:
See- u. Waldpflanzstr. u. Ede.
Hufelndstr. 8.

**Bauten der Firma Schulen-
burg,** Charlottenburg:
Franken, Bogenheimerstr. u. Ede.

Bauten der Firma Hegelmann:
Schumann, Wilmersdorf, Kaiser Allee,
Ede Wilhelmstr.

Bauten der Firma Braun:
Rüller, Rixdorf, Weller- und
Kuhstr. u. Ede.

Bauten der Firma Grünberg,
Märgrafendamm:
Springer, Schöneberg, Luther- u.
Freiherrstr. u. Ede.

Bauten der Firma Stellmack
Wilmersdorf, Dörfelstr. an der
Barrischen Straße.
Charlottenburg, Neue Kantstr.,
Ede Dornburgstr.

Bauten der Firma Röder & Comp.:
Schmal, Waldstr. u. Ede
Edestr. 2b.
Laurigenerstr. 2.

Bauten der Firma C. Prachtel, Bauherr:
Dahlem, Botanischer Garten
Charlottenburgerstr.

Bauten der Firma Thal,
Lebterstr. 44:
Nichtenberg, Steglitz, Friedrichstr. 6.
Rüllerstr. 52.

Bauten der Firma Heinemann:
Sophie Charlottenstr. u. Ede
Knobelschloßstr.

**Bauten der Firma Metz, Urban-
str. 10:**
Tempelhof, Eplenerstr.

Bauten der Firma Herrgott
u. Hübner, Wilmersdorfer-
str. 10:
Charlottenburg, Werner Siemensstr.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Händt,
Grimmstr. 35:
Ruggenbogen, Lichtenberg, Harn-
str. 5.

Bauten der Firma Hoffmann,
Wilmersdorf:
Gleimstr. 16/17.

Bauten der Firma Koloff:
Nobornhof, Friedrich, Ede Köpen-
str.

Bauten der Firma Schwarze,
Rixdorf, Rogatzstr. 25:
Rixdorf, Edestr. 32-34.

Bauten der Firma Holstein:
Schule, Lichtenberg, Schamweber-
str. 22.

Bauten der Firma Schneider,
Griebenowstr. 34:
Waldstr. 9.

**Bauten der Firma Müller, Schön-
hausen:**
Pankow, Schmidtstr. 6.

**Bauten der Firma Ruchfall, Ko-
nauer-Allee 10:**
Leibnizstr. 46.

Bauten der Firma Scharwis:
Ede, Friedenau, Granostr.

**Bauten der Firma Weise, Woborn-
str. 22:**
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 1.
Rixdorf, Schönweberstr. 5.

Bauten der Firma Völker,
Tempelhof:
Gräß, Dornholzerstr. u. Ede Schön-
hauser Allee.

Bauten der Firma Seeger,
Nieder-Schöneberg, Bismarck-
u. Ede Wilmersdorferstr.

**Bauten der Firma Mitsch, Bar-
nimerstr. 22:**
Christburgerstr. 41.

Bauten der Firma Schrammer
in Rixdorf:
Hedemann, Jun- u. Domstr. u. Ede.

Bauten der Firma Krause in
Rixdorf:
Rudolf u. Tempel, Mariendorf,
Feldstr. 65.

Bauten der Firma Gustrau,
Rixdorf:
Eier, Ober-Schöneberg, Edison-
str. 40.

Bauten der Firma Löchel,
Rixdorf:
Steglich, Pflanzstr. 10/11.
Bauer Lange.

Bauten der Firma Ruge,
Cabinerstr. 18:
Kunze, Kommandantenstr. a. d. Straße.
Rühlstr. 18, Tempelhof, Rühlstr. u. Ede
Ede Wobornstr.

Bauten der Firma Harms:
Beitenstr. 28.

Bauten der Firma Klempau
Nachh.
Welfenhaus in Bernau.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co.,** Schönhauser Allee:
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-
lindestr. u. Ede.